Horst Leps

Gewissensbildung ohne Kontroverse?

Digitale Erstausgabe
https://www.leps.de

edition pace | Band 51
Digitale Erstausgabe

Horst Leps

Gewissensbildung ohne Kontroverse?

Eine Kritik der EKD-Denkschrift „Welt in Unordnung“ von 2025

Digitale Erstausgabe
edition pace

Im Anschluss an diese digitale Erstausgabe
erscheint zeitnah noch eine BoD-Buchversion
mit ISBN-Nummer | Reihe: edition pace

© 2026 Horst Leps
GEWISSENSBILDUNG OHNE KONTROVERSE?
Eine Kritik der EKD-Denkschrift
„Welt in Unordnung“ von 2025

edition pace (Gründungsreihe) | Band 51
Satz & Gestaltung: Peter Bürger

https://www.leps.de
Digitale Erstausgabe, 24.11.2026

Inhalt

Vorbemerkungen 8

1. Eine kurze theologische Grundlegung — Helmut Gollwitzer 9

2. Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden 13

3. Der Titel: „Welt in Unordnung“ 18

4. „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“ 23

5. Hauptteil – „Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik“ 35

5.1 *Der theologisch-ethische Teil* 36
5.1.1 Der Rechtsstaat 36
5.1.2 Pädagogik der Resilienz 43
5.1.3 Kriegstüchtige Kirche 45

5.2 *„Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“* 45
5.2.1 Innere Repression 45
5.2.2 Rüstung und Sozialabbau 46
5.2.3 Rüstung und Hunger 49
5.2.4 Frieden und Gemeinsame Sicherheit 52
5.2.5 Der hybride Krieg 55
5.2.6 Ein historischer Versuch 56

5.3 *Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten* 57
5.3.1 Atomwaffen und Politik 57
5.3.2 Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht 60
5.3.3 Heidelberger Thesen 63

5.3.4 Kriegsdienstverweigerung 66
5.3.5 Legitime Gewalt 68
5.3.6 Ausklang 71

6. Resümee 74

ANHANG

Materialien

Texte aus den Kirchen 81

Die Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR 81
Heidelberger Thesen 1959 82
Eine Erklärung des Moderamens des Reformierten Bundes (1982) 86
Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift 89
Ökumenisches Rahmenkonzept — Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall 91

Theologische Texte 92

Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit 92
Martin Luther: Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können 95
Friedrich Schleiermacher 96
Heinrich Vogel 97
Karl Barth 98

Andere Texte 100

Carl von Clausewitz 100
Gustav Heinemann 102
Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen 103

Literaturverzeichnis 107

„Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen."

THESE EINS DER BARMER THEOLOGISCHEN ERKLÄRUNG

„Krieg ist eben die Ultima ratio, das letzte Mittel Gottes, die Völker durch Gewalt zur Raison zu bringen, wenn sie sich anders nicht mehr leiten und auf den gottgewollten Weg führen lassen wollen. Kriege sind Gottesgerichte und Gottesurteile in der Weltgeschichte. Darum ist es aber auch der Wille Gottes, daß die Völker im Kriege alle ihre Kräfte und Waffen, die er ihnen in die Hand gegeben hat, Gericht zu halten unter den Völkern, zur vollen Anwendung bringen sollen. Darum mehr Stahl ins Blut! Auch deutsche Frauen und Mütter gefallener Helden können eine sentimentale Betrachtungsweise des Krieges nicht mehr ertragen. Wo ihre Liebsten im Felde stehn oder gefallen sind, wollen auch sie keine jammerseligen Klagen hören. Gott will uns jetzt erziehen zu eiserner Willensenergie und äußerster Kraftentfaltung. Darum noch einmal – Mehr Stahl ins Blut!"

KONSISTORIALRAT RABE[1]

[1] KRAUS [1922] 1986, S. 356.

Vorbemerkungen

Der Text[2]

> **Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick**
> Evangelische Friedensethik angesichts neuer Herausforderungen.
> Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen
> Kirche in Deutschland
> Herausgegeben von der Evangelischen Kirche in
> Deutschland (EKD)

ist nicht nur lang, er ist vor allem auch sehr gefüllt und anspielungsreich. Manche Sätze, ja ganze Abschnitte enthalten protestantische Standards, vor allem zu Beginn[3].

Meine Analyse beginnt mit dem eigenen theologischen Bezug[4], mit Helmut Gollwitzer (1) und mit Vorklärungen zum Anspruch einer Denkschrift (2). Danach wird die Denkschrift am Text geprüft: das Vorwort (3), die Kernaussagen (4) und der Hauptteil (5). Es folgt ein Resümee. Die Denkschrift wird von vorn nach hinten gelesen. Dabei werden die theologisch wichtigen Aussagen auf ihre Stimmigkeit überprüft und die politisch wichtigen Aussagen an ihrer möglichen Praxis gemessen: Was heißt das genau, was da geschrieben steht? Löst es Probleme, hilft es dem Frieden?

[2] EKD 2025g. Als Buch und als PDF erhältlich.

[3] Etwa bis zum Abschnitt 57 des Hauptteils, S. 63 in der Druckausgabe. Danach trübt immer mehr politische Engwahrnehmung die Qualität des Textes.

[4] Dieser Text ist nur eine Anwendung des vor langen Jahren an der FU Berlin und der KiHo Berlin Gelernten.

1. | Eine kurze theologische Grundlegung — Helmut Gollwitzer

Die Denkschrift gibt sich theologisch konservativ. Ich habe bei den Theologie-Professoren Helmut Gollwitzer[5] und Heinrich Vogel[6] studiert, zwei Lutheraner. Mein Text bleibt in diesem theologisch eher „konservativen" Rahmen.

Beide Professoren waren in der westdeutschen Bewegung „Kampf dem Atomtod" mit ihren theologischen Reden aktiv. Helmut Gollwitzer hat in einem Beitrag für die Prager Christliche Friedenskonferenz (CFK) 1960 grundsätzliche, bis heute nicht überholte theologische Gedanken zum „Friedensbeitrag der Christen"[7] vorgetragen; seine politisch-militärischen Überlegungen müssten vielleicht aktualisiert werden. Hier einige Zitate aus diesem Text:

> *„Der Christ ist ein Mensch, der von einem sehr überraschenden und unvergleichlichen Friedensschlusse lebt und in einen alles übertreffenden Frieden versetzt ist. Diese Botschaft ist eine frohe Botschaft, Evangelium, weil in ihr der Frieden – und zwar die Wirklichkeit des schon gestifteten Friedens – die Hauptsache ist, wogegen vom Krieg sowohl in der alten wie in der neuen Bedeutung nur um des Friedens willen die Rede ist. Jesus Christus – das heißt nichts anderes als: Gott will Frieden, und Gott schafft Frieden.*
>
> *Indem Gottes Friede in Jesus Christus hereinkommt in die unerlöste Welt, ohne daß diese dadurch schon in die Vollendung verwandelt würde, ist eine Zwischenzeit gegeben, in der der Gottesfriede schon für*

[5] WIKIPEDIA 5. Feb. 2026e.

[6] WIKIPEDIA 11. Aug. 2025d. Heinrich Vogel war einer der Dekane der theologischen Fakultäten der DDR, deren Aufruf vom 27.04.1957 (s. Anhang) die Atomwaffendebatte in der EKD ausgelöst hat. Von ihm wären Texte aus VOGEL 1960b heranzuziehen, insbesondere seine Rede in der Frankfurter Kongresshalle am 23. März 1958.

[7] GOLLWITZER 1962a. – Der Vortrag kann als eine einfachere Fassung des grundlegenden Textes GOLLWITZER [1957] 1981 gelesen werden, der immer noch und immer wieder ein genaues Studium verdient. Eine Neuauflage ist erforderlich.

uns da ist und schon nach unserem Herzen greift, in der aber seine umfassende Bedeutung noch nicht offenbar ist.

Auf Gottes Tun bezogen ist Frieden so viel wie Heil, Freude, volles Leben. Auf unser menschliches Tun bezogen, heißt Frieden zunächst nicht mehr als: daß nicht aufeinander geschossen wird, daß die Menschen einander nicht umbringen. Dafür Politik, Friedensbewegungen, Abrüstungskonferenzen, Verträge und was dergleichen nötige Unternehmungen und Anstrengungen mehr sind. Auch dieses menschliche Tun, das ein soviel bescheideneres Ziel hat als das Tun Gottes, kann nicht gelingen, wenn nicht Er seinen Segen dazu gibt.

Wir müssen unter uns Christen Klarheit darüber schaffen, daß die Beteiligung an einem Atomkrieg mit dem uns aufgetragenen christlichen Zeugnis schlechthin unerträglich ist. [...] *die entscheidende Frage ist, ob in einem bestimmten Tun sich das Zeugnis vom Evangelium ausdrücken kann, das der Hauptauftrag jedes Christen ist. Ob dann überhaupt Beteiligung an kriegerischem Handeln für den Jünger Jesu in Frage kommen kann, wird sehr fraglich sein, keine Frage aber kann sein, daß Beteiligung an atomarer Kriegführung unvereinbar ist mit dem christlichen Zeugnis. Weil das unter uns leider noch unklar ist, müssen wir Klarheit schaffen.*

Unbequem müssen wir werden auch dadurch, daß wir genau das betreiben, was der Pharisäismus versäumt und scheut: das Kehren vor der eigenen Tür, das Fragen nach der Schuld, die unsere eigene Seite an einer Krise, an einem bösen Zwischenfall im internationalen Leben hat. Beginnt christliches Leben mit der eigenen Buße, so muß sich das auch im politischen Leben des Christen auswirken. Wir werden also je in unserem eigenen Lager die selbstkritischen Stimmen sein müssen, über deren Vorhandensein im anderen Lager man sich gewöhnlich außerordentlich freut. Die gehässige Einrede, daß wir damit das Geschäft der anderen Seite betreiben, den Gegnern Material liefern usw., darf uns nicht imponieren. Sie ist töricht, wenn man bedenkt, daß wir heute in einem Boot sitzen, beide Lager in ein und demselben gebrechlichen Kahn auf stürmischer See sich befinden; auf die Fehler der anderen Seite haben wir nur beschränkten Einfluß, auf unserer eigenen Seite müssen wir deshalb um so mehr nach dem Rechten sehen."

Gollwitzer argumentiert mit Analogien:

1. Gott hat in Jesus Christus seinen Frieden mit den Menschen schon geschlossen.
2. Also hat der Christenmensch den Frieden mit seinen Mitmenschen zu suchen. Dieser Frieden meint sowohl
   a. den Frieden mit dem unmittelbaren Nächsten,
   b. den Frieden im Staat,
   c. als auch den Frieden zwischen den Staaten.
3. Christen konzentrieren sich in ihren Bemühungen auf ihre eigene Umgebung, den Staat, dem sie angehören.

Gollwitzer spricht sich nicht pazifistisch gegen Militär aus; er war nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft Anfang der 1950er Jahre Befürworter einer deutschen Selbstverteidigung gegen den „Osten“[8].

Ein ordentlicher Staat schützt den Frieden im Inneren mit Polizei und Justiz und mit dem Militär nach außen. Dabei verfolgt dieser Staat eine Politik der Verminderung der Spannungen und der Gewalt. Militärische Einsätze können dann gerechtfertigt werden, wenn mit ihnen die eigene Bevölkerung geschützt wird[9].

Die Atomwaffen haben das Wesen des Kriegs jedoch grundlegend verändert: Werden Atombomben eingesetzt, wird im Krieg genau jenes zerstört, das mit Krieg geschützt werden soll. Deshalb sind Atomwaffen grundsätzlich zu verwerfen[10], sie können aber für eine kurze Übergangszeit noch geduldet werden, in der Vereinbarungen über ihre Abschaffung getroffen und realisiert werden.

Diese im engeren Sinn theologische Grundlegung einer christlichen Friedensethik gilt weiterhin. Sie wird von der Denkschrift nicht nur nicht bestritten, sondern weitgehend bestätigt[11].

---

[8] GOLLWITZER 1998, S. 263.

[9] Gollwitzer beginnt seine Überlegungen mit der mittelalterlichen Lehre vom „gerechten Krieg“, s. GOLLWITZER [1957] 1981, S. 12f und prüft dann, wie weit sie heute noch tragfähig ist.

[10] S. auch GOLLWITZER 1982b.

[11] Die Denkschrift bezieht sich auf dieselben Grundlagen (Nr. 1-21, 33-57), da gibt es auf den ersten Blick keinen Unterschied. Sie bezieht sich auf dieselbe Lehre von „gerechten Krieg“ (Nr. 38). Allerdings ist dieser Teil in einen Abschnitt mit

Die Politik und das Militär hatten damals allerdings auch schon verstanden, dass Waffen, deren Einsatz zerstört, was mit ihnen verteidigt werden soll, militärisch nicht sinnvoll sind[12]. Die Strategie der „Massiven Vergeltung" wurde durch die der „Flexible Response"[13] ersetzt. Kriegsführung unterhalb der Nuklearschwelle wurde entworfen und vorbereitet. An der Verfeinerung militärischer Möglichkeiten wird ständig gearbeitet.

einem ideologisierten Verständnis von Recht eingebaut.

[12] WALLACH 1972, S. 37-357.

[13] WALPUSKI und WOLF 1979, 20f, 27f, ROSENKRANZ und WOLF 1979, S. 87-91.

2. | Vorklärungen für eine Denkschrift zu Krieg und Frieden

Der Rat der EKD möchte mit diesem Text

> „zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung", dazu geht der Text den „aus der Sozialethik bekannten Dreischritt Sehen – Urteilen – Handeln und skizziert stets zuerst die neuen Herausforderungen, nimmt sodann eine Bewertung aus der Perspektive des Leitbilds des Gerechten Friedens vor und spricht dann konkrete Handlungsempfehlungen aus, für Politik und Zivilgesellschaft, aber gerade auch für das konkrete friedensethische Engagement der Kirche." (S. 5)

Krieg und Frieden sind in der Tat Gewissensfragen, denn es geht um das Leben und Sterben von Menschen. Was könnten „Orientierung" und „Gewissensbildung" also bedeuten?

Schaut man leicht zugängliche Literatur an, dann sieht das anzustrebende Ergebnis der Orientierung in etwa so aus: Ein Mensch guten Gewissens soll in Einheit mit sich selbst denken und handeln können[14].

Ein Gewissen kann irren, schon weil der Mensch, der eine Gewissensentscheidung treffen will, sich über den Sachverhalt nicht wirklich im Klaren ist. Gewissensbildung setzt also die Kenntnis der Vielfalt der Stimmen voraus.

Der einzelne Mensch kann unwissend sein, er kann aber auch durch gesellschaftliche Mechanismen an Erkenntnis gehindert werden. Damit ist nicht gezielte Manipulation gemeint, sondern ein sozialpsychologischer Vorgang, der den Erkenntnisprozess in der Politik, in der Gesellschaft und im Einzelnen blockiert: Jeder weiß irgendwie, dass Krieg fürchterliches Leid für die betroffenen Menschen bedeutet, vielleicht sogar für diesen Einzelnen selbst. Nie-

[14] EKD 2025c, S. 337, ARISTOTELES 2003, S. 251, 1166a.

mand will Krieg, alle sind für den Frieden. Wie kommt es, dass die meisten Menschen dennoch den kommenden Krieg mit vorbereiten? Über Krieg wird gesprochen, als ob Schach gespielt wird: Wer die richtigen Züge macht, richtig gerüstet ist, richtig abschreckt, richtig zuschlägt, gewinnt am Ende.

Zur Gewissensbildung hilft, wer Widersprüche zwischen dem Wissen um den Sachverhalt und dessen Realität und in der Verarbeitung der Gedanken, Absichten und Gefühle bewusst machen kann und Wege zeigt, auf denen die Einheit des guten Gewissens, also eine Einheit von kenntnisreichem Wissen und normativer Haltung gewonnen werden kann.

Soll eine Gewissensentscheidung von einem akademisch gebildeten Gremium, egal ob kirchlich oder nicht, vorbereitet werden, ist deshalb nicht nur Normenklarheit erforderlich, so es sie denn geben sollte, sondern auch die äußerst mögliche Sachkunde. Entscheidungen, die den Einzelnen in seiner Person betreffen, dürfen nicht auf ein Hören-Sagen gegründet werden.

Genau deswegen ist das „Sehen" so wichtig: Was überhaupt ist die Frage, um die es geht? Welches ist der Sachverhalt? Einfach gesagt: Der Konflikt, mit dem das Gewissen ringt, muss von allen Seiten betrachtet werden, sowohl von den äußeren Seiten der Welt als auch im Inneren des einzelnen Menschen.

Politische Fragen sind immer umstritten. Geht es um politische Fragen von Leben und Tod, dürfte der Streit noch heftiger sein. Soll aufgrund des „Sehens" eine Entscheidung getroffen werden, sind alle Seiten des Problems zu erfassen und zur Darstellung zu bringen[15].

Noch schwieriger steht es mit dem „Urteilen". Beim theologisch-ethischen Urteil fängt die Möglichkeit des Irrtums schon damit an, dass dem Text der Bibel nichts über die politischen Probleme der Gegenwart zu entnehmen ist, auch nicht durch Analogie-Schlüsse oder andere Auslegungsverfahren. Das Neue Testament ist durch

[15] Spätestens seit Schleiermacher ist dieses Vorgehen in der Theologie eine Selbstverständlichkeit, in der Politik sowieso, s. NOWAK 2001, S. 286, ein Rückgriff auf Aristoteles und Platon. – Anders gesagt: Niemand weiß alles, das Wissen entsteht in Rede und Gegenrede. – Unfassbar, dass solche Selbstverständlichkeiten erinnert werden müssen.

die Erwartung des nahen Reiches Gottes geprägt, in dem die Herrschaft von Gott selbst ausgeübt wird, von seinem Sohn und dem Heiligen Geist; Krieg und Frieden waren keine ethischen Herausforderungen, weder für die junge Gemeinde noch für den Einzelnen, denn die Welt war eh morgen zu Ende.

Alles änderte sich, als die Kirche Staatskirche wurde, die sogenannte „Konstantinische Wende". Der römische Staat führte Kriege, absichtlich oder notgedrungen, er brauchte Soldaten, wollte er nicht untergehen. Aber damit wurde das Christentum eine Religion gegenwärtiger politischer Herrschaft, das Reich Gottes verschwand in den Gottesdienst.

Nach 2000 Jahren bleibt ein sehr weit gespanntes christliches Erbe: Von der Gewaltfreiheit Jesu bis zur christlichen Armee. Was hier und heute unter Christen der Maßstab des Urteils für den konkreten Fall sein könnte, dürfte deshalb umstritten bleiben. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass ein Urteil Folge eines schon bestehenden politisch-weltanschaulichen Verhältnisses zur gegebenen Welt ist, das die Wahrnehmung und Beurteilung jeder Herausforderungen mitbestimmt.

Natürlich ist es völlig richtig, die Haltung zu Krieg und Frieden vom Gewissen bestimmen zu lassen. Eine kirchliche Denkschrift kann eine außerordentliche Hilfe sein. Aber nur, wenn sie die Vielfalt der möglichen Analysen und Entscheidungen ausbreitet, die der Einzelne für sich verarbeiten sollte. So fordert es die EKD in ihrer „Denkschrift über Denkschriften" von 2008:

> *„An kirchlichen Äußerungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen sollte erkennbar sein, dass sie die pluralistische Situation, bezogen auf das Thema, mit dem sie sich befassen, ernsthaft zur Kenntnis genommen haben und sich damit argumentativ auseinandersetzen."*

Ein quasi offizieller Text der Kirche wie eine Denkschrift des Rates der EKD zu politischen Herausforderungen muss also auch den üblichen Kriterien der politischen Bildung entsprechen. Es geht nicht unter einem kirchlichen „Beutelsbacher Konsens"[16].

[16] BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG 7. April 2011.

Diese Denkschrift verfolgt aber eine ganz andere Absicht, wie ein Interview mit Reiner Anselm, Mitautor des Textes, erkennen lässt[17]:

> *„Die Denkschrift argumentiert auch deutlich stärker theologisch-ethisch. Ihr Ausgangspunkt ist die Forderung Jesu zur Gewaltlosigkeit. Intensiver aber als 2007 setzt sich die Denkschrift mit der Frage auseinander, wie diese Forderung ins Verhältnis zu setzen ist mit der biblischen Einsicht in die Sündhaftigkeit des Menschen und mit der Erfahrung, dass unsere Welt auch von Gewalt, Krieg und Unrecht bedroht ist. Sie endet dabei mit dem Vertrauen, dass Gottes verheißener Friede uns in den schwierigen Abwägungen der Friedensethik orientieren kann.*
>
> *Diese Zielrichtung, zur ethischen Urteilsbildung von Christinnen und Christen, zur Gewissensschärfung beizutragen, stellt ebenfalls einen neuen Fokus dar – wie überhaupt die neue Denkschrift sich stärker an konkreten Fragen orientiert: Was hat Friedensarbeit mit Klimaschutz zu tun? Wie kann hybrider Kriegsführung begegnet werden? Welche ethischen Abwägungen sollten bei Fragen des Wehrdienstes und der Kriegsdienstverweigerung leitend sein? Gibt es in bestimmten Fällen eine Pflicht zur Waffenlieferung?“*

Es geht im Text jedoch nicht um Fragen und mögliche Antworten, sondern um eine Einstimmung in jene Analyse und Politik, die die Obrigkeit als richtig ansieht, durch die Kirche. Diese Politik soll ins Gewissen eingeschärft werden[18].

Luther hat in seiner Obrigkeitsschrift den staatlichen Autoritäten die Macht abgesprochen, die Gewissen zu formen. Er wäre nicht damit einverstanden, dass die Kirche eine politische Ideologie, die nichts mit dem Glauben zu tun hat, über ihre Einrichtungen in das Gewissen der Gläubigen transportieren will. Hier fängt Häresie an.

Eine kurze, aber völlig ausreichende Kritik der Denkschrift 2025 könnte sich auf ein einziges Hauptmerkmal des Textes beschränken:

---

[17] EVANGELISCHE AKADEMIE ZU BERLIN 2026.

[18] Eine klassische Funktion von Religion. – Nach Machiavelli braucht der Krieg Soldaten, die nicht nur den Gesetzen, sondern der Religion gehorchen, MACHIAVELLI 1977, S. 43-56 = I 11-15. Ungehorsam gegenüber den Kommandeuren ist Ungehorsam gegen Gott.

Entspricht der politische Teil der Denkschrift dem Kontroversgebot der politischen Bildung? Antwort: Die politische Analyse, die dieser Text enthält, ist vollständig mit Regierungs- und/oder Bundeswehrtexten kompatibel. Abweichende Sichtweisen werden noch nicht einmal erwähnt[19]. Der Text berücksichtig den Standard politischer Bildung in keiner Weise. Man könnte ihn ignorieren.

Aber der Text wird in der Kirche und darüber hinaus seine Wirkung haben. Also muss er sowohl in seinen Hauptlinien als auch in vielen Einzelheiten kritisiert werden. Das wird – jedenfalls in diesem Rahmen – nur an einzelnen Textteilen möglich sein. (Die Auswahl mag man kritisieren.)

[19] Alternative Sichtweisen wären DOHNANYI 2022 oder VERHEUGEN und ERLER 2024. Helmut Schmidt sah die Russland-Ukraine-Politik des Westens sehr kritisch (Reuters 16. Mai 2014). Nichts davon wird in die Denkschrift aufgenommen, geschweige denn diskutiert.

3. | Der Titel: „Welt in Unordnung“

Ein Vorwort kann als Begründung und als Versprechen gelesen werden: Warum gibt es diesen Text und was erwartet den Leser? (S. 5ff)

> **Vorwort der Bischöfin Kirsten Fehrs – Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland**. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) weiß sich in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet. Im Vertrauen auf den Frieden Gottes setzt sie sich dafür ein, dass ein Zusammenleben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit möglich wird. Sie versteht diesen Einsatz als Teil ihrer öffentlichen Verantwortung. Mit dieser Denkschrift möchte sie daher zur Gewissensbildung beitragen und Orientierungspunkte geben für ein Leben aus dem Geist der Versöhnung.

Wenn die Kirche „in besonderer Weise dem Frieden verpflichtet“ ist, muss sie sich dieser Aufgabe auch mit besonderer Anstrengung unterziehen. Der Text kann also daraufhin überprüft werden, ob die Autoren diesem Anspruch gerecht geworden sind.

> Die Welt ist in Unordnung: Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht ins vierte Jahr. Seit dem Terrorakt der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verschärft sich die Situation im Nahen Osten immer weiter – mit grausamen humanitären Folgen. Die Subsahara-Region Afrikas bleibt Brennpunkt gewaltsamer Auseinandersetzungen, mehr als die Hälfte der weltweiten Gewaltkonflikte werden hier ausgetragen. Demokratien weltweit stehen unter Druck. In den USA kann man beobachten, wie autoritäre Umstrukturierungen erfolgreich sein können. Der Wille zur Verständigung schwindet, Interessenskonflikte und das kaum mehr kaschierte Bemühen, die eigenen Interessen durchzusetzen, sind unübersehbar.

Dieser Absatz in einem Vorwort soll sicher nur schlaglichthaft die gegenwärtige Situation verdeutlichen und keine Analyse sein. Aber stimmen diese Schlaglichter? Der russisch-ukrainische Krieg hat

seinen politischen Zusammenhang ebenso wie der Angriff der Hamas. Vorgeschichte verschwindet in diesen Formulierungen. Bei einem Vorwort mag das in Ordnung sein; im weiteren Verlauf bietet die Denkschrift allerdings auch nicht mehr.

Und wenn Demokratien „unter Druck" stehen: Will ein äußerer Feind diese Demokratien beseitigen, oder haben diese Demokratien sich mit ihrer Politik im Inneren selbst unter Druck gesetzt?

„Der Wille zur Verständigung schwindet", wenn etwa Russland eine Beachtung seiner (selbstdefinierten) Sicherheitsinteressen verlangt und der Westen sie demonstrativ verweigerte?

Keine Frage, dass es sich um sehr ernste Gegenstände handelt. Allerdings kommen diese Schlaglichter aus einem einzigen gerichteten Scheinwerfer. Einen anderen scheint es nicht zu geben. Und was dann im Dunkeln bleibt, gibt es nicht. – Kein guter Start für eine Denkschrift der EKD.

> Orientierung will diese Denkschrift für zentrale Themen unserer Zeit geben: Es geht um friedensethische Güterabwägungen in Bezug auf konventionelle und nukleare Abschreckung, um Waffenlieferungen, um Wehr- und Dienstpflicht, um die Herausforderungen hybrider Kriegsführung und Terrorismus. Die Denkschrift bietet keine fertigen Antworten an, erst recht keine einfachen Patentrezepte, sondern sie lädt dazu ein, Fragen neu zu stellen, die eigenen Positionen zu prüfen und das Gewissen zu schärfen. Denn erst auf der Grundlage einer eigenen, reflektierten Position ist eine Verständigung über den besten Weg zur dauerhaften Sicherung des Friedens möglich. […]
>
> In dieser Denkschrift findet sich eine weiterentwickelte friedensethische Akzentsetzung der Evangelischen Kirche in Deutschland. So werden neben der Betonung der bleibenden prinzipiellen Orientierung evangelischer Friedensethik an Jesu Predigt der Gewaltfreiheit zugleich die vier Dimensionen neu profiliert, die in ihrem Zusammenspiel den Gerechten Frieden auszeichnen: Nun ist von dem Schutz vor Gewalt, der Förderung von Freiheit, dem Abbau von Ungleichheiten sowie dem friedensfördernden Umgang mit Pluralität die Rede. Darüber hinaus gilt der Schutz vor Gewalt als grundlegendes Gut, auf dem die anderen drei Dimensionen aufbauen. Ohne den Schutz vor Gewalt kann es weder

> eine Förderung von Freiheit noch den Abbau von Ungleichheiten oder einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität geben – und umgekehrt ist ein Friede, der nur auf die Abwesenheit von Gewalt setzt, die anderen Dimensionen aber vernachlässigt, nicht dauerhaft stabil. Neu akzentuiert werden außerdem u. a. das Zusammendenken von Friedensethik und Sicherheitspolitik, die Bedeutung von Konflikten im digitalen Bereich, von Kriegsverbrechen im Kontext der sexualisierten Gewalt, von Fragen des Klimaschutzes sowie die bildungspolitische Verankerung friedensethischer Fragestellungen und der Schöpfungsbewahrung als Querschnittsthemen der gesamten Friedensethik.

Dagegen kann man – mindestens auf den ersten Eindruck – nichts sagen. Man kann nur hoffen, dass dieser Anspruch eingelöst wird.

> Im Hintergrund dieser Akzentsetzungen steht das Bemühen, grundlegende normative Maßstäbe und konkrete politische Herausforderungen aufeinander zu beziehen.

In dieser Allgemeinheit sicher richtig. Aber welches sind die Herausforderungen und wie bestimmt man sie?

> Dies zeigt sich etwa in der Einschätzung der Anwendung von Gegengewalt im Fall eines Staates, der einem völkerrechtswidrigen Angriff ausgesetzt ist. Trotz des grundsätzlichen Vorrangs der Gewaltfreiheit, so die Argumentation, ist hier nicht nur völkerrechtlich, sondern auch ethisch die Anwendung von Gegengewalt legitim.

Es geht um den Krieg Russlands in der Ukraine. Da scheint es so gewesen zu sein, dass die russische Regierung eines Tages aus irgendwelchen Motiven, die niemand kennt, beschlossen hat, die Ukraine zu überfallen, unprovoziert, wie man sagt. Bei Clausewitz hätte man erfahren können[20]:

[20] CLAUSEWITZ [1832] 1973, S. 197.

> *„Der Krieg entsteht nicht urplötzlich; seine Verbreitung ist nicht das Werk eines Augenblicks; es kann also jeder der beiden Gegner den andern großenteils schon aus dem beurteilen, was er ist, was er tut, nicht nach dem, was er, streng genommen, sein und tun müßte."*

Gegengewalt ist legitim; die Frage könnte aber sein, ob die deutsche Regierung sich klug verhalten hat, dafür zwar Waffen und Geld zu liefern, aber jede politische Initiative zur Beendigung des Kriegs zu unterlassen.

Oberflächliche „Analysen" führen zu falschen Schlussfolgerungen.

> Schwieriger stellt sich die Lagebeurteilung in Spannungsverhältnissen bei Staaten dar, die mit der Bedrohung durch die atomare Aufrüstung anderer konfrontiert sind, wie im Fall von Israel und dem Iran. In solchen Konstellationen ist es mitunter notwendig, zwischen der ethischen Beurteilung und der politischen Einschätzung zu unterscheiden. Dann gilt: In solchen Konstellationen gibt es keine „guten" Lösungen im ethischen Sinn, wohl aber Optionen, die unter den gegebenen Umständen als am wenigsten problematisch erscheinen. Das ist besonders im Blick auf Atomwaffen der Fall: Der ethisch gebotene Verzicht bleibt orientierend, ist angesichts der politischen Konstellation im Blick auf die Folgen aber politisch schwer zu vertreten – ein Zustand, der sich wiederum für eine friedensethische Perspektive nur als eine zu überwindende Übergangslösung denken lässt.

Auch hier wieder eine Aussage, die den Kern des Problems nur streift, vielleicht auch nur streifen soll. Hier fehlt die Konsequenz: Wie schafft man Atomwaffen ab?

> Christliches Ringen um den Frieden geht im ethischen und politischen Engagement nicht auf. Es ist getragen und geleitet vom Glauben an den Gott des Friedens.

Was mag „geht im […] Engagement nicht auf" bedeuten? Worin besteht ein Wirkungs-Mehr, ein Mehrwert der Wirkung? – Es wird

nicht geklärt. – Aber so kann eine Entschuldigung vorbereitet werden:

> Als Ausblick möchte ich all unser menschliches Bemühen um eine verantwortbare evangelische Friedensethik unter den Frieden Gottes stellen, der höher ist als alle Vernunft. Er richtet unsere ethische Theoriebildung ebenso aus wie unser friedenspraktisches Handeln und hält uns an, an einer Überwindung aller Gewalt zu arbeiten.

Was mag das bedeuten? Dieser Abschnitt reizt angesichts der Qualität der Denkschrift zu einem ironischen Kommentar. – Peinlich.

4. | „Zehn Kernaussagen dieser Denkschrift“

> **1. Angesichts der Grausamkeit von Tod, Vergewaltigung, Verletzung und Traumatisierung durch bewaffnete Konflikte muss der Schutz vor Gewalt im Zentrum der Bemühungen von Politik, Zivilgesellschaft und Kirche stehen**. Schutz vor Gewalt beinhaltet die Garantie der territorialen Integrität eines Landes. Einem rein sicherheitspolitischen Friedensverständnis ist zu widersprechen. Denn Gerechter Friede entsteht erst dort, wo neben der Waffenruhe auch Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen. Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik Bedingungen dafür schafft. In Verteidigung muss investiert werden, denn sie dient dem Schutz von Menschen, Rechten und öffentlicher Ordnung. So wichtig dieser Schutzauftrag ist, so sehr bedarf es des richtigen Augenmaßes beim Ausbau der militärischen Kapazitäten. Verteidigung muss rechtsstaatlich eingehegt, ethisch begründet und parlamentarisch legitimiert bleiben. Es braucht Rüstungskontrolle, Abrüstungsperspektiven und größtmögliche Transparenz.

Von einer globalen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit wie in der Denkschrift von 2007 ist in diesem Text nicht mehr die Rede, sondern von den Bedingungen der eigenen Lage[21]. Das ist keine Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Es ist – nach Gollwitzer geurteilt – ein Text der Ängstlichen[22]:

[21] Man vergleiche PAPST LEO XIV. 15. Mai 2026 ab Abschnitt 182. Die EKD ist nun mal germanische Eigenkirche.
[22] GOLLWITZER 1988d, S. 453 f.

„Sprechen wir von der Kirche in der zerspaltenen Welt, so bekennen wir die Botschaft von dieser umfassenden und einenden Liebe. Gilt jenes ‚alle' und jenes ‚einer', so gibt es also schlechthin keinen Grund mehr, andere Menschen als außerhalb dieser Umfassung befindlich anzusehen, keinen Grund mehr, das Miteinander einzuschränken oder ganz aufzuheben, keinen Grund mehr, jenen Unterschieden eine Geltung und Kraft zuzuschreiben, durch die die Realität dieser Einung irgendwie beschränkt oder spiritualisiert oder unsichtbar gemacht würde.

Würde ich aber irgendeinem Unterschied auf Erden, einem Unterschied der Rasse, der Nation, der Klasse (oder des Sicherheitsbedürfnisses [HL]) und der Ideologie eine Kraft der Trennung zubilligen, die jene Kraft der Einung überträfe oder ihr mindestens eine Bedeutung nur noch für den Himmel, aber nicht für die Erde, nur noch für das Jenseits, aber nicht für das Diesseits, nur noch vor Gott, aber nicht unter den Menschen ließe, so hätte ich damit sofort bekannt, daß ich mindestens hier auf Erden nicht von jener umfassenden Liebe lebe, sondern von den Gütern und Werten, um die es sich bei jenen Unterschieden handelt, daß also das Evangelium vielleicht für die Ewigkeit, sicher aber nicht für die Zeit, vielleicht für den Himmel, sicher aber nicht für die Erde tauge; ich hätte eine Platonisierung des Christentums vollzogen, mit der die Leiblichkeit der Inkarnation, die historische Realität des Kreuzes, die Leiblichkeit der Auferstehung und die Hoffnung der neuen Welt als einer wirklichen Welt, also der ganze Inhalt des christlichen Bekenntnisses durchgestrichen wäre."

Die Denkschrift beschäftigt sich hier mit dem Verhältnis von Außen- und Militärpolitik. Das Konzept erinnert von fern an die traditionelle Nato-Politik des Harmel-Berichts von 1967[23].

Die NATO sollte als ein Faktor des dauerhaften Friedens gestärkt werden. Sie sollte:

1. Einerseits durch ausreichende militärische Stärke abschreckend wirken, um die militärische Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten eindeutig und zweifelsfrei zu gewährleisten.
2. Andererseits sollten unter dem Vorzeichen gesicherten mili-

[23] WIKIPEDIA 16. Mai 2025c.

tärischen Gleichgewichts dauerhafte Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts hergestellt werden, um grundlegende politische Fragen lösen zu können.

Vom „Gemeinsamen Haus Europa" (Gorbatschow)[24] und einem Europa der „Charta von Paris"[25] ist nicht die Rede. Die Denkschrift beschäftigt sich mit beidem nicht. Merkwürdigerweise ist der Schutz der Souveränität vor Umstürzen im Innern, die von außen angeleitet und befördert werden, nicht Teil dieses gerechten Friedens. Regime-Change in einem Bündnis mit illegitimen Kräften im Inneren, also der illegale Regierungswechsel in der Ukraine, ist möglich.

Wenn neben der Waffenruhe auch „Freiheit, Gerechtigkeitsperspektiven und ein friedensfördernder Umgang mit Pluralität aufscheinen" müssen, kann das heißen: Frieden mit Russland gibt es erst, wenn Russland in sich selbst so frei, gerecht, friedensfördernd und in sich so plural ist, wie die Nato-Staaten behaupten, es zu sein. Unter der Kapitulation geht es dann nicht[26].

Dazu muss aufgerüstet werden, ideologisch und militärisch, rechtsstaatlich natürlich.

Dieser Abschnitt der Denkschrift lässt schon das Konstruktionsmuster des ganzen Textes erkennen: Sein (von irgendwo her) vorgegebenes Konzept politischer Analyse und Herausforderung modifiziert die theologischen und ethischen Postulate bis zur Brauchbarkeit[27].

---

[24] JÄGER 3. Apr. 2025.

[25] KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG 14. Juni 2007.

[26] KIESEWETTER und WORSCHECH 11. Mai 2026.

[27] „Die Augurien bildeten nicht nur, wie oben gesagt, die Hauptgrundlage der altheidnischen Religion, sondern sie waren auch die Ursache des Gedeihens der römischen Republik. [...] Fraßen die Hühner, so focht man mit guten Vorzeichen, fraßen sie nicht, so gab man den Kampf auf. Gebot jedoch die Vernunft, etwas auszuführen, so wurde es auch bei ungünstigen Auspizien unter allen Umständen ausgeführt; nur wandte und deutete man die Sache so geschickt, daß sie nicht unter Mißachtung der Religion zu geschehen schien." MACHIAVELLI 1977, S. 53-55 = I 14.

2. Hybride Kriegsführung, digitale Desinformation und Cyber-Operationen fordern ein breites Verständnis von Sicherheit. Die staatliche Verteidigungsfähigkeit ist sowohl in Bezug auf hybride Kriegsführung als auch auf Cyber-Angriffe im europäischen Netzwerk zu denken. Demokratien, die angewiesen sind auf mündige Bürgerinnen und Bürger, sind besonders anfällig für hybride Kriegsführung. Zivilgesellschaftliche Resilienz, Bildung und der Schutz demokratischer Diskurse sind daher neben Verteidigungsfähigkeit zentrale Aufgaben einer präventiven Friedenspolitik. Die Kirche ist in der Pflicht, zur Aufklärung beizutragen und gegen gesellschaftliche Polarisierung und (algorithmisch verstärkte) Radikalisierung Stellung zu beziehen.

Praktisch meint das: Die Demokratie muss das Denken sich für mündig haltender Bürger so betreuen, dass sie in dem Rahmen denken, in dem sie sich bewegen sollen. Alles andere ist russische Desinformation. Und die Kirche hat die Pflicht, an der Herstellung der politischen und auch kriegerischen Folgebereitschaft ihrer Mitglieder mitzuwirken[28].

Dass christlich gesehen der Mensch als Einzelner sich vor seinem Gott zu verantworten hat, ist auf diese Weise politisch und christlich beseitigt. Ebenso wird gleichgültig, dass das GG dem Einzelnen das Recht auf freie Meinungsbildung gewährt (*GG Art 5 Abs 1 Satz 1*):

> *„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten."*

Denn wir leben in einem mentalen Belagerungszustand. Da muss man es mit dem Recht, das sonst so zentral in diesem Text ist, ausnahmsweise mal nicht so ernst nehmen. Denn es gilt Prinzip 10 der Kriegspropaganda nach Lord Ponsoby[29]:

> *„Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter."*

---

[28] Hier kommt der Kern des neuen Gewissensbegriffes zum Vorschein.

[29] MORELLI 2014, S. 121 ff, zu *Lord Ponsoby*, WIKIPEDIA 15. Juni 2026b.

Grundrechte gelten nur noch unter dem Vorbehalt der politischen Lage. Die politische Freiheit des einzelnen Christenmenschen setzt ihre kirchlich bestätigte Richtigkeit voraus.

Vielleicht hilft diese Zitat aus dem Autorenkreis der Denkschrift, den Kontext zu klären[30]:

> *„Anselm: Am längsten und intensivsten haben wir über die Architektur und die theologische Grundlegung diskutiert. Das war nicht wirklich strittig, allerdings haben wir lange danach gesucht, wie eine angemessene Interpretation evangelischer Anthropologie angesichts der gegenwärtigen Erfahrungen und Herausforderungen aussehen könnte. Sie sollte sich den Realitäten der Sünde stellen und zugleich die Verheißungen des Evangeliums nicht aus dem Blick verlieren. Als wir dies für uns geklärt hatten und uns über die Zuordnung von Sünde und Schuld, Evangelium und Gesetz, staatlicher Ordnung und individueller Freiheit verständigt hatten, hatten wir ein Koordinatensystem, das uns geholfen hat, die einzelnen Fragen in großer Einigkeit zu beantworten."*

Dass die allgemein anerkannten Deutungen aus Sünde entspringen könnten, wird nicht bedacht[31]. Die Demokratie macht Herrschaft nicht schon sündfrei. Eine doppelte Anthropologie schleicht sich ein[32]: Nur die Untertanen leben in Sünde und nur sie müssen deshalb gelenkt werden.

---

[30] EVANGELISCHE AKADEMIE ZU BERLIN 2026.

[31] Machiavelli hat eine viel klarere Anthropologie: Die Menschen sind völlig unabhängig von ihrer sozialen Stellung von Ehrgeiz und Gier getrieben, MACHIAVELLI 1977, S. 100f = I 37. Die Denkschrift fällt weit hinter Machiavelli zurück. – Weil sie Sünde nur halb denkt, kann sie auch Rechtfertigung und Heiligung nicht klären, zur Heiligung s. VOGEL 1960a, S. 183-186, und KIRCHENLEITUNG DER VELKD 2010, S. 299ff.

[32] Dieses Doppeldenken ist schon den Atomdiskussionen der 1950er Jahre von Götz Harbsmeier als Folge einer falschen Rezeption der Zwei-Reiche-Lehre Luthers gezeigt worden: „Sie löst die Identität der Menschen als Christperson und als Weltperson auf. Sie versteht das ‚simul' als ein Nebeneinander ‚zweier Seelen' in der Brust des Christen in zwei verschiedenen Stockwerken. […] Sie versteht den garstigen politischen Raum als ein ‚Reich für sich' und das geistliche Leben als ein frommes Oberstübchen." Götz Harbsmeier: Kirchenspaltende Atomwaffen, in WALTHER 1981, S. 81 ff.

Werden Kriegsursachen mit „Sünde“ wegerklärt – den Sünden der anderen Seite –, können sie politisch nicht mehr beseitigt werden.

> **4. Politisches Handeln muss einer Herrschaft des Rechts statt der Macht des Stärkeren dienen**. Die internationale regelbasierte Ordnung steht unter Druck. Politik, die sich von ethischen Prinzipien geleitet versteht und die Menschenrechte ins Zentrum ihres Handelns stellt, wird von zahlreichen politischen Akteuren auch in Demokratien bewusst verneint, ignoriert oder instrumentalisiert. Das gilt auch für das Völkerrecht. Die evangelische Friedensethik steht klar für die Bindung politischen Handelns an das Recht und für eine menschenrechtsgeleitete Außenpolitik. Dazu gehört auch die Unterstützung multilateraler Organisationen sowie der Einsatz für Verbindlichkeit in der globalen Rechtsdurchsetzung.

Das Völkerrecht ist zweifellos eine große Errungenschaft. Es wird jedoch schwierig, wenn man die „regelbasierte Ordnung“ mit dem Völkerrecht identifiziert. Nicht, weil dieses Völkerrecht keine Ordnung der Regeln wäre, sondern weil die „regelbasierte Ordnung“ mehr und teils auch anderes beinhaltet[33]. Es ist ein Kampfbegriff, der Russland und China aus dem Völkerrecht ausschließen will.

Menschenrechte gehören sicher in das Zentrum der internationalen Politik. Schwierig wird es jedoch, wenn Menschenrechte gegen Staaten instrumentalisiert werden[34], denn dann kann es geschehen, dass Menschenrechtspolitik den Frieden und damit die Menschen selbst gefährdet (Farbrevolutionen[35]).

Eine Förderung der Menschenrechte ist letztlich nur kooperativ möglich. Staaten, die Menschenrechtspolitik als gegen sie gerichtete *Regime Change*-Förderung sehen, haben kein Vertrauen in die Politik anderer Staaten und reagieren repressiv. – Was hier evangelische Friedensethik genannt wird, kann also für die Betroffenen katastrophal enden.

---

[33] ROBERT 7. Nov. 2024.
[34] SCHISSLER 25. Okt. 1980.
[35] WIKIPEDIA 18. Juli 2025b.

6. Der Besitz und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen widersprechen dem Geist des Gerechten Friedens. Ethisch ist die Ächtung von Atomwaffen aufgrund ihres verheerenden Potenzials geboten. Der Besitz von Nuklearwaffen kann aber angesichts der weltpolitischen Verteilung dieser Waffen trotzdem politisch notwendig sein, weil der Verzicht eine schwerwiegende Bedrohungslage für einzelne Staaten bedeuten könnte. Dies führt in ein Dilemma: Egal welche Option gewählt wird, die Verantwortlichen machen sich schuldig. Dieses Dilemma kann im Moment nicht aufgelöst werden. Die Denkschrift erkennt das Dilemma an. Sie spricht sich trotzdem dafür aus, innerhalb der NATO Initiativen zu entwickeln, wie Sicherheit dauerhaft ohne Nuklearwaffen gedacht und organisiert werden kann.

Hier geht es darum, ob diese Atomwaffen, die die USA in die Weltpolitik und auch in Europa eingeführt haben, auf absehbare Zeit bleiben dürfen. Der Atomwaffenverbotsvertrag wird in der NATO und in der EU jedoch nicht als aktuelle Herausforderung behandelt. Deshalb könnten problemlos von der Denkschrift Initiativen der Nato für diesen Vertrag angeregt werden[36]. Warum geschieht das hier nicht? Ein kaum zu glaubendes Versagen.

Ernsten Fragen und ernsthaften Antworten weicht die Denkschrift aus, redet drum herum, kommt nicht zum konkreten Punkt. Bonhoeffer hat 1934 auf Fanö genau diese Art des Argumentierens schon gekannt[37]:

> *„Unsere theologische Aufgabe besteht darum hier allein darin, dieses Gebot als bindendes Gebot zu vernehmen und nicht als offene Frage zu diskutieren. ‚Friede auf Erden', das ist kein Problem, sondern ein mit der Erscheinung Christi selbst gegebenes Gebot. Zum Gebot gibt es ein doppeltes Verhalten: den unbedingten, blinden Gehorsam der Tat oder die scheinheilige Frage der Schlange: sollte Gott gesagt haben? Diese*

[36] Rainer Anselm, Mitautor der Denkschrift, sagte in einem Podcast (EVANGELISCHE AKADEMIE 2026), man habe auf die Erwähnung des Atomwaffenvertrags verzichtet, weil dieser Vertrag Folgen für die Stellung Deutschlands in der Nato haben könnte. – Ein Beispiel für „Rumpolitisierei" in der Theologie, s. dazu GOLLWITZER S. 37.

[37] BONHOEFFER 1970a, S. 120.

Frage ist der Todfeind des Gehorsams, ist darum der Todfeind jeden echten Friedens. Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, daß Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? Sollte Gott nicht gemeint haben, wir sollten wohl von Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Giftgase bereitstellen? Und dann das scheinbar Ernsteste: Sollte Gott gesagt haben, Du sollst dein Volk nicht schützen? Sollte Gott gesagt haben, Du sollst Deinen Nächsten dem Feind preisgeben? Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, daß Friede sein soll unter den Menschen, daß wir ihm vor allen weiteren Fragen gehorchen sollen, das hat er gemeint. Wer Gottes Gebot in Frage zieht, bevor er gehorcht, der hat ihn schon verleugnet."

Die „Anerkennung des Dilemmas" scheint es zu erlauben, einerseits Abrüstungsinitiativen in Sachen Nuklearwaffen zu fordern und gleichzeitig den Atomwaffenverbotsvertrag zu ignorieren, und dann doch weiter zu machen, wie bisher. Diese bequeme Mittellage – jammern, aber nichts tun – ermöglicht einen Missbrauch der Gnade, mit Bonhoeffer[38]:

„Das ist billige Gnade als Rechtfertigung der Sünde, aber nicht als Rechtfertigung des bußfertigen Sünders, der von seiner Sünde läßt und umkehrt; nicht Vergebung der Sünde, die von der Sünde trennt. Billige Gnade ist die Gnade, die wir mit uns selbst haben."

Dass der Einzelne sich immer schon in Sünde befindet und nach keiner Seite einen Ausweg weiß, wird zur bequemen Entschuldigung, Gnade mit Vorweg-Rabatt.

7. Es gibt – jenseits von Bündnisverpflichtungen – keine generelle ethische Pflicht zur Nothilfe durch Waffenlieferung, wohl aber die Notwendigkeit der Einzelfallabwägung. Eine solche Abwägung muss die politische Situation einbeziehen und bedenken, dass die Gefahr besteht, dass das Beistandsargument

[38] BONHOEFFER 1970b, S. 50.

auch für andere politische Ziele missbraucht werden kann. Die Auswirkungen gegenüber der eigenen Bevölkerung sowohl eines Beistandes als auch eines Nicht-Beistandes müssen in die ethische Urteilsabwägung einbezogen werden. Sollten Waffenlieferungen erfolgen, sind die Kriterien rechtserhaltender Gewalt analog anzuwenden. Die Entscheidung für Waffenlieferungen und Rüstungsexporte wird sich daran messen lassen müssen, dass eine Eskalation der Gewalt vermieden wird.

Der Artikel 5 des Nato-Vertrags[39] enthält, anders als gerne gesagt wird, keine Beistandsverpflichtung:

> *„Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten."*

Statt sich von der Oberfläche des Wortlauts täuschen zu lassen: Der Beistandspflicht genügt ein unwilliger Mitgliedstaat mit einem Solidaritätstelegramm für den angegriffenen Staat. Es gibt keine Pflicht zum militärischen Beistand, die die anderen Vertragsstaaten automatisch in den Krieg hineinzieht. Anders wäre 1949 eine Zustimmung zu diesem Vertrag im US-Senat nicht möglich gewesen.

Aber dieser Abschnitt der Denkschrift meint womöglich nicht nur Waffenlieferungen an die Ukraine. Warum wird mit den „Bündnisverpflichtungen" die Nato erwähnt? Soll ein Eingreifen der Nato mitbedacht werden? Klar wird das nicht. – Die Unterstützungsmaßnahmen sollen dem Kriterium unterworfen werden, dass mit ihnen eine Eskalation vermieden wird. – Als die Waffenlieferungen 2022

[39] NORDATLANTIKVERTRAG (1949), *3. Juni 2004.*

begannen, wurden sie mit zwei Argumenten gerechtfertigt: Sie würden erstens die ukrainische Bevölkerung schützen und sie würden zweitens der Ukraine eine stärkere Positionen bei Friedensverhandlungen geben. Nichts davon ist eingetreten.

Dieser Abschnitt ist frei von jedem seriösen Realitätsbezug.

Bündnisverpflichtungen sind übrigens nicht per se ethisch gerechtfertigt. Auch dann kann nur im Einzelfall entschieden werden. – Der erste Satz dieser Kernaussage zeigt also eine abstruse Sicht auf die Nato als einer von vornherein ethisch einwandfreien Organisation. Bundeswehrangehörige mögen von Berufs wegen so denken müssen, Christenpflicht ist das gewiss nicht.

> **8. Gemeinschaftliche Sicherheit braucht den Einzelnen**. In der Frage einer allgemeinen Dienstpflicht – etwa in Form eines sozialen, zivilen Friedensdienstes oder eines alternativen Militärdiensts – regt die Denkschrift eine gesellschaftliche Debatte an. In einer zunehmend individualisierten Gesellschaft wird neu zu bedenken sein, wie gemeinschaftliche Verantwortung für Schutz, Versorgung und soziale Kohäsion organisiert werden können. Die evangelische Friedensethik sieht hier eine Chance, ein neues Bewusstsein für den Zusammenhang von Freiheit und Gemeinsinn zu stärken.

Viele dieser Dienste sind zweifellos nützlich für die Allgemeinheit und fördern obendrein die Persönlichkeitsentwicklung junger Leute. Weil die Bundeswehr sich aufgrund einer falschen Analyse und falscher Politik erweitern will, kann der Wehrdienst nicht in die Reihe dieser Dienste gestellt werden.

> **9. Das Engagement für Friedensbildung und Friedensarbeit ist für Christinnen und Christen ein unverzichtbarer Beitrag zu einer friedensfähigen Gesellschaft**. Friedensbildung vermittelt nicht nur Wissen über Konflikte und Frieden, sondern stärkt die Fähigkeit zur ethischen Urteilsbildung, zur Achtsamkeit im Miteinander und zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung. Friedensarbeit macht exemplarisch deutlich, dass und wie friedensförderndes Handeln möglich werden kann. Sie lädt dazu ein, die Friedensbotschaft des Evangeliums im Alltag zu leben

und fördert gemeinsam mit der Friedensbildung Haltungen, die Gewalt überwinden helfen und Versöhnung ermöglichen – im Kleinen wie im Großen.

In dieser Pauschalität sicher richtig. Allerdings kann Friedensbildung letztlich nur auf der Grundlage des Beutelsbacher Konsenses gelingen. Damit hat diese Denkschrift aber nichts zu tun.

10. Die Kirche spricht von Hoffnung. Die Kirche ist keine politische Entscheidungsinstanz, aber sie begleitet das öffentliche Ringen um Orientierung mit theologischer Stimme. Sie bringt das Evangelium als Perspektive der Hoffnung ins Gespräch: nicht als fertige Lösung, sondern als Einladung zum verantwortlichen Handeln. Die Kirche erinnert an die Grenzen des Machbaren und an die bleibende Aufgabe, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zusammenzudenken.
Sie stärkt all jene, die sich in Politik, Gesellschaft und Zivilgesellschaft für ein Leben in Würde einsetzen. Und sie erinnert: Friede ist mehr als Sicherheit. Er beginnt mit der Haltung des Herzens – und wächst dort, wo Menschen gemeinsam für eine gerechte und vielfältige Gesellschaft eintreten.

Die Christentumsgeschichte kennt zwei Arten von Hoffnung:

1. Die eine sieht die Erde völlig unter der Herrschaft der Sünde, der Mensch kann nur auf die jenseitige Zukunft hoffen.
2. Die andere sieht immer wieder das Reich Gottes in die Geschichte hineinbrechen und versucht, ein Stück dieses Reiches im Jetzt schon zu verwirklichen, ohne außer Acht zu lassen, dass die Vollendung bei Gott selbst liegt[40].

Um welche geht es hier? Die erste Art von Hoffnung bleibt letztlich quietistisch: Bete und überlass alles andere Gott. In einer Zeit von Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können, unabhängig von Weltanschauungen, Religionen, besonderen wirt-

[40] SCHLEIERMACHER [1799] 1993, S. 89; SCHLEIERMACHER [1830] 1999, S. II 408, § 157; GOLLWITZER 1962b, S. 31-37, Thesenreihe: Transzendenz und Immanenz des Reiches Gottes; sogar KIRCHENLEITUNG DER VELKD (Hrsg.), 2010, S. 958.

schaftlichen Interessen und verschiedenen, gar gegensätzlichen politischen Systemen, würde diese Haltung den Anforderungen der Zeit nicht entsprechen.

Andere Christen gingen die Probleme handfest-politisch an: Bischöfe des Mittelalters haben zum Beispiel die Gottesfriedenbewegung ausgerufen[41], damit der Herr Jesus Christus bei seiner Wiederkunft sehen kann, dass und wie die Gläubigen sich bemüht haben. Die Welt kann langsam zu einem besseren Ort gestaltet werden, allen Rückschlägen zum Trotz.

Welche dieser beiden Hoffnungen meint die Denkschrift?

[41] SUTOR 2004, S. 28 f.

5. | Hauptteil – Ein Beitrag zur Gewissensbildung: Anlass, Kontext und Aufbau dieser Denkschrift im Horizont evangelischer Friedensethik

Der Hauptteil der Denkschrift beginnt mit der Erläuterung der Aufgabe des Textes[42]:

> Diese Denkschrift versteht sich als protestantischer Beitrag zur Orientierung in den kontroversen Fragen zu Frieden und Krieg. Sie setzt dabei auf die Bildung des Gewissens und die Schärfung der ethischen Urteilskraft von Christinnen und Christen. Auf der Grundlage der biblischen Überlieferung, der reformatorischen Tradition und einer theologischen Deutung gegenwärtiger Krisenerfahrungen stellt sie ethische Kriterien bereit, die Einzelne in ihrem Urteil und Handeln in Kirche, Politik und Gesellschaft unterstützen sollen. Sie will damit auch einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion leisten. Dabei werden komplexe politische Lagen in ihren Ambivalenzen ernst genommen. Die Denkschrift gibt keine einfachen Antworten. Sie lädt zum informierten Durchdenken ein und ermutigt zur verantwortlichen Entscheidung. Diese Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Urteilsbildung steht zugleich all jenen entgegen, die meinen, mit vereinfachenden Formeln und populistischen Zuspitzungen Klarheit schaffen zu können. Demgegenüber setzt die Denkschrift auf die Kraft des persönlichen Gewissens und der gemeinsamen Verantwortung. Denn es ist Aufgabe aller Christinnen und Christen, dem Frieden je nach eigenen Möglichkeiten zu dienen: im privaten, gesellschaftlichen und politischen Raum.

Dieser Einleitung kann man nur zustimmen. Aber die Lektüre der zusammenfassenden Aussagen hat schon deutlich gemacht, dass

[42] DENKSCHRIFT 2025 pdf, S. 17 ff.

der Text die selbstgesetzten Ziele nicht erreichen kann. Orientierung in den Kontroversen heißt hier nicht, Orientierung *durch* die Kontroversen. Politische Kontroversen werden im Laufe des Textes weder erwähnt noch geprüft noch bewertet. Die politischen Lagen werden dort gerade nicht in ihrer Komplexität wahrgenommen und zum eigenen Durchdenken der politischen Fragen wird nicht angeregt. Nur theologisch-ethische Differenzen werden eher kurz angesprochen und eingeordnet.

5.1 Der theologisch-ethische Teil

5.1.1 Der Rechtsstaat

In diesem Abschnitt der Denkschrift wird im Kern protestantisches Gemeingut vorgetragen, jedenfalls auf den ersten Blick, etwas lutherisch, etwas reformiert, eingebettet in die ökumenische Diskussion zum „gerechten Frieden".

Vielleicht kann man den Kern dieses Abschnittes aber auch mit Helmut Gollwitzer akzeptieren[43]:

> *„Wir Christen tragen Verantwortung dafür, daß die Staatsmacht ihre Grenzen und ihre Bindung anerkennt. Wo wir in einem Staate leben, der sich als Rechtsstaat bekennt, das heißt, der diese Grenzen und diese Bindung anerkennt, da sind wir mitverantwortlich dafür, daß er Rechtsstaat bleibt. Das heißt einmal: wir sind mitverantwortlich dafür, daß er nicht einer Unrechtsmacht, die ihn von außen angreift und die anstelle des Rechtes die Willkür der Macht setzen will, zum Opfer fällt. Wir sind also mitverantwortlich für die Verteidigung des Rechtsstaates, und in dieser Verantwortung kann es wohl geschehen, daß auch die bewaffnete Verteidigung, auch der Waffengebrauch zum Gehorsam gegen Gottes Gebot gehört. Gottes Gebot erlaubt uns darum m. E. nicht, grundsätzliche Pazifisten zu sein. Der gleiche Christ, der ein Mensch*

[43] GOLLWITZER 1962c, S. 66. Der Lutheraner Gollwitzer könnte hier auf Martin Luthers Obrigkeitsschrift verweisen, s. S. LUTHER [1523] 1967a, S. 19f, 26ff, s. S. 57.

des Friedens ist, wird die Verantwortung seiner Regierung für die Verteidigung des Rechtsstaates bejahen und sie dabei unterstützen; er wird also sich auch im Dienst der Waffen ausbilden und sich nötigenfalls, das heißt dann, wenn es wirklich um die Verteidigung des Rechtsstaates geht, zu den Waffen rufen lassen."

Die Denkschrift sagt Ähnliches in anderen Worten:

> (15) Demgegenüber lehnen andere christliche Traditionslinien Gewalt zu jedem Zeitpunkt und in jeder Situation ab und fordern, dass Gewalt kein Mittel der Politik mehr sein solle. Diese Position haben die historischen Friedenskirchen im 20. Jahrhundert verstärkt in die internationale Ökumene eingebracht. Solche radikalpazifistischen Traditionen fordern dazu auf, sich von einer Politik zu distanzieren, die unter bestimmten Umständen Gewalt als legitimes Mittel ansieht. Legitime Mittel sind in diesen Traditionen allein Formen der zivilen Konfliktbearbeitung, des zivilen Widerstands, des aktiven Gewaltverzichts und der sozialen Verteidigung, und zwar auch dann, wenn Gefahr für das eigene Leben oder das Leben anderer besteht.
> (17) In der ethischen Bewertung des kategorischen Gewaltverzichts muss aber klar sein, dass radikale Gewaltfreiheit nur die ethische Entscheidung von Einzelnen oder kirchlichen Gemeinschaften sein kann. In der von ihr ausgehenden Zeichenwirkung hat sie ihre besondere Bedeutung – auch in der Ökumene. **Als universale politische Ethik lässt sich der Pazifismus des kategorischen Gewaltverzichts ethisch nicht legitimieren**.

Damit befindet die Denkschrift sich in lutherischer Tradition: Die Sünde und ihre Folgen lassen sich nur mit einem starken Staat eindämmen[44], allerdings nicht beseitigen. Grundsätzlicher Verzicht auf Gewalt nimmt dem Bösen alle Hindernisse. Gollwitzer würde zustimmen, das Zusammenleben der Menschen geht nicht ohne einen Staat, der über durchgreifende Gewaltmittel verfügt[45].

Dass es geschmackvoll sein könnte, diesen Teil des Textes so zu unterstreichen, wie der Militärbischof es in einem Interview mit

[44] Es geht um die göttlichen „Erhaltungsordnungen", s. VOGEL 1960a, S. 95-105.
[45] LUTHER [1523] 1967a.

einem Militärmagazin gemacht hat, kann man aber bestreiten[46]:

> *„Was sagt denn die pazifistische Fraktion innerhalb der Kirche dazu? Die pazifistische Fraktion ist ‚not amused', das muss man ganz deutlich sagen. Es gab sogar einen Aufschrei, weil bei den behandelten Themen ein starker realistischer Akzent gesetzt wird."*

> (33) Das Leitbild des Gerechten Friedens versteht das Recht als zentrales Mittel für die Schaffung und Aufrechterhaltung von Frieden in der Welt. Friede bedarf einer engen Bindung an das Recht. Innen- wie auch außenpolitisch ist im Sinne eines Gerechten Friedens nur eine friedenssichernde Ordnung denkbar, die durch Recht gesichert wird. Rechtsstaatlichkeit, Geltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und Prinzipien globaler Gerechtigkeit sind unverzichtbare Elemente der evangelischen Friedensethik. Zur Geltung des Rechts gehört auch die strikte Begrenzung des Einsatzes von Gewalt. Das muss vor allem und zuvörderst für militärische Gewalt gelten, weil sie besonders verheerende Folgen für Menschen und Umwelt haben kann. Sie ist nur dann legitim, wenn sie vom Recht gedeckt ist und die ethischen Kriterien für ihren Einsatz erfüllt sind. Militärische Gewalt ist allein als rechtserhaltende Gewalt rechtlich und auch ethisch legitim. Und sie ist auch nur dann gerechtfertigt, wenn sie eine letzte, begrenzte und verhältnismäßige Maßnahme ist, um Frieden wiederherzustellen und Recht zu schützen. Gewalt muss stets der Friedenslogik untergeordnet sein. Zivile Konfliktbearbeitung besitzt grundsätzlich Vorrang vor militärischen Mitteln.

Luther würde diesem sehr klar erscheinenden Text dennoch nicht zustimmen, sein Vertrauen in das Recht war gering, denn es steht ja nicht außerhalb der Sünde.

Das gesatzte Recht fällt nicht vom Himmel, es kann auch nicht so behandelt werden, als wäre es eine andere Form göttlicher Offenbarung. Was ist Recht[47]?

---

[46] UZULIS 11. Sep. 2026.

[47] GRAMMES und LEPS 2014, S. 27.

„Recht ist aus Konfliktschlichtungsprozessen hervorgegangen, in denen ein Zusammenleben und eine Verständigung zwischen Personen oder Gruppen ohne eine ‚dritte Gewalt' nicht mehr möglich war. Recht dient der Wiederherstellung sozialen Friedens (Friedensfunktion). Aber Recht hat auch eine Ordnungs- und Herrschaftsfunktion."

Ist aber Recht ein Ergebnis von Aushandlungsprozessen, müssen die Akteure dieser Aushandlungen betrachtet werden. Das Lexikon für die politische Bildung „Gesellschaft und Staat" beschreibt die Tätigkeit von Interessenverbänden in der pluralistischen Demokratie[48]:

„Interessenverbände sind Organisationen, die materielle oder ideelle Interessen ihrer Mitglieder verwirklichen wollen und dazu meist in vielfältiger Weise Druck auf Regierung, Parlament, Parteien und Öffentlichkeit ausüben (Pressuregroups). Während politische Parteien – die auch Interessen vertreten – den Anspruch erheben, den staatlichen Gesamtwillen mit zu bilden, repräsentieren die Verbände partikulare Interessen der verschiedensten Art. […] *Obwohl sie nur die Interessen eines Teils der Bevölkerung vertreten, agitieren viele Verbände aber im Namen des Gemeinwohls und verschleiern so ihre Ziele.* […]

Neben den Interessenverbänden und Parteien mit festen Organisationen (Verbands-/Parteiapparat) vermitteln auch Bürgerinitiativen, die Neuen sozialen Bewegungen und die Massenmedien die sozialen und politischen Strömungen in der Gesellschaft gegenüber Öffentlichkeit und Staat.

Die Vorstellung, staatliche Willensbildung sei von jeder Einflussnahme der Interessenverbände prinzipiell freizuhalten, geht entweder vom Bild des Obrigkeitsstaates aus, der sich aus den Niederungen der Interessenkämpfe fern hält, von der konservativen Auffassung der Trennung von Staat und Gesellschaft oder von einer liberalen Position, nach der der Staat als unparteiischer Schiedsrichter über den sozialen Gegensätzen thront. Der demokratische Staat verträgt sich aber nicht nur mit Interessenkämpfen, er setzt sie sogar voraus. In einer Zeit der immer undurchsichtiger werdenden gesellschaftlichen Realität sorgen die Verbände für eine ständige Vermittlung zwischen den politischen Machtträgem und den Staatsbürgern."

[48] DRECHSLER, HILLIGEN und NEUMANN 2003, S. 491 f.

Dieser hier nur angedeutete Ursprung des Rechts – es müssten noch die Rechtssetzung durch die Europäische Union, die Gesetzgebungsverfahren des Bundes und der Länder betrachtet werden, sowie die Verordnungskompetenz der Ministerien und vieler Einrichtungen mehr, um einen Überblick über den Ursprung konkreten Rechts zu bekommen – wird von der Denkschrift ignoriert; das Recht an sich ist ihr ein so besonderer Wert, dass es eine der Quellen theologischer Ethik sein kann, genauer gesagt: die Denkschrift unterstellt die Geltung eines von Interessen und Politik freien Rechts. So wenig, wie sie die internationale Politik genetisch betrachtet, so sehr ideologisiert sie etwas, das sie für das Recht hält. Nichts wird problematisiert.

Diese Sicht auf das Gesetz ist aber nur die alte protestantische Sicht auf die Obrigkeit: Die Gesetze werden nicht aufgrund von Interessen und ihren Gegensätzen von einem parlamentarischen Gesetzgeber beschlossen, in dem die Interessen selbst vermittelt präsent sind, sie entstehen vielmehr in einem Prozess, in dem ein über den Interessen stehender Gesetzgeber die Interessen filtert und als Gesetze an die Untertanen zum Vollzug weitergibt. Der Monarch vermittelt die Politik seiner Untertanen, ohne selbst politische Interessen zu verfolgen[49]. Seine Gesetze sind Ausdruck der allgemeinen Interessen, die dem Untertan durch eine vorsichtige Presse und ausgebildete politische Multiplikatoren nahezubringen sind.

In der Welt der Denkschrift vermittelt auch die Kirche mit ihren eigenen pädagogischen Prozessen diesen in den Gesetzen fixierten allgemeinen Willen an jene Untertanen, die noch auf die Kirche hören. Dabei unterstellt die Denkschrift, dass die deutsche Politik sich im Prinzip so verhält, wie diese theologische Ethik sagt, dass sich ein Staat zu verhalten habe[50]. Eine immer schon erstaunliche Annahme, denn sie könnte nur gelten, wenn der Staat mit seinen Politikern außerhalb der Sünde agiert.

---

[49] SCHLEIERMACHER [1818] 1984, S. 295; NOWAK 2001, S. 314; ARNDT 2019, S. 205f.

[50] Am Verhältnis zu Staat und Recht wirft diese Denkschrift Glauben und Erkennen, Glauben und Wissenschaft durcheinander. Sie erhebt zum Teil des Glaubens, was sozialwissenschaftlich aufgeklärt werden kann. Sie vermengt Glaube und Denken ins Irrationale, s. MÜLLER 1989, S. 156f.

Dass die Obrigkeit ihr Amt von Gott hat, besagt mit Heinrich Vogel auch, dass sie[51]

> „[…] *Gott gehorchen soll, wenn sie über uns herrscht. Und hier hörst du die klare Grenze aller obrigkeitlichen Gewalt! Mutet sie uns etwas zu, was wider Gottes Gebot und Willen ist, so macht sie uns den Gehorsam unmöglich, so müssen wir sie an ihren Herrn erinnern, der auch unser Herr ist, indem wir ihr solchen falschen Gehorsam nicht leisten; denn ‚man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen'* (*Apostelgeschichte 5, 29*). […] *Keiner menschlichen Gewalt schulden wir unbedingten und vorbehaltlosen Gehorsam; denn der eine Vorbehalt und die eine Bedingung bleibt auf der ganzen Linie und in allem und jedem in Kraft, nämlich Gottes Gebot.*"

Aufgabe einer kirchlichen Friedensdenkschrift wäre also, die Unterscheidungen herauszuarbeiten: Welche Politik verfolgt eine Obrigkeit, die ihr Amt in Gehorsam ausübt und der der Christ also auch dann zu gehorchen hat, wenn er einen politischen Sachverhalt ganz anders beurteilt als seine Regierung, und wo liegt für Christen die „Rote Linie", von der ab er nicht mehr mitmacht. Eine solche Denkschrift hätte sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik Deutschlands viel grundlegender, auch viel kontroverser untersuchen müssen.

> (35) Für die nachhaltige Etablierung einer Friedensordnung ist das Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, politischer Teilhabe und Gewaltenteilung notwendig. Denn im weltweiten Nebeneinander diverser demokratischer wie nichtdemokratischer Staatsformen greifen zwar nichtdemokratische Staaten immer wieder einzelne Elemente der vier Dimensionen des Gerechten Friedens auf, etwa wenn die Volksrepublik China den Schutz vor äußerer Gewalt und in Teilen den Abbau von Ungleichheiten durch wirtschaftlichen Aufschwung sicherstellt. Allerdings können die Förderung von Freiheit und der friedensfördernde Umgang mit Pluralität wohl nur in Staaten mit einer liberalen, rechtsstaatlichen, auf Grund- und Menschenrechten aufbauen-

[51] VOGEL 1960a, S. 103f.

den Ordnung verwirklicht werden. **Der Einsatz für den liberalen Rechtsstaat ist als Teil christlichen Friedenshandelns sowie – im Einklang mit der Demokratiedenkschrift der EKD von 1985 — als kirchlicher Beitrag für ein am Leitbild des Gerechten Friedens orientiertes politisches Handeln zu sehen**. Das gilt auch und insbesondere im Wissen, dass Demokratien, zumal liberale Demokratien, global gesehen eher die Ausnahme darstellen, sie weltweit auf dem Rückzug zu sein scheinen und weit über zwei Drittel der Menschen in teilweise oder gänzlich geschlossenen Autokratien leben.

Deshalb muss sich die Kirche in diese Politik auch politisch-ideologisch und organisatorisch einordnen; das gegenwärtige politische System des Westens wird getauft und ist damit sündenfrei[52].

Diese Kirche ist nur noch Kirche in der Welt, aber nicht mehr Kirche gegen die Welt, sie verliert ihre prophetische Funktion[53].

Allerdings könnte die Wirklichkeit anders aussehen, als diese Denkschrift meint. Die Untersuchungen der Brown-Universität aus den USA zeigen[54]:

„Die Forschung ‚Kosten des Krieges' untersucht die menschlichen Kosten der US- Militäroperationen und -ausgaben für US-Soldaten, Veteranen, Militärunternehmer und Verbündete sowie für getötete und vertriebene Zivilisten.
Schätzungsweise über 940.000 Menschen wurden zwischen 2001 und 2023 durch direkte Kriegshandlungen nach dem 11. September im Irak, in Afghanistan, Syrien, Jemen und Pakistan getötet. Mehr als 432.000 davon waren Zivilisten. Die Zahl der Verwundeten und Erkrankten infolge der Konflikte ist weitaus höher, ebenso wie die Zahl der Zivilisten, die ‚indirekt' durch die Zerstörung von Wirtschaft, Gesundheits-

[52] Es kommt den Autoren der Denkschrift nicht in den Sinn, dass auch in einer repräsentativen Demokratie, die wohl die beste bislang erfundene Ordnung ist, Ämter missbraucht werden könnten. Oder dass ganze Politikbereiche einfach dumm konzipiert und praktiziert werden könnten. Luthers Misstrauen gegenüber den Inhabern der „Ämter" ist ihnen unbekannt, LUTHER [1526] 1967b, S. 52. Was bleibt, ist ein affirmativ halbiertes Luthertum, das sich selbst nicht ernst nimmt.

[53] Zu dieser Unterscheidung s. TILLICH 1987, S. 248-250.

[54] BROWN UNIVERSITY, 17. Juni 2026.

systemen, Infrastruktur und Umwelt infolge der Kriege ums Leben kamen. Schätzungsweise 3,6 bis 3,8 Millionen Menschen starben indirekt in den Kriegsgebieten nach dem 11. September, wodurch sich die Gesamtzahl der Todesopfer auf mindestens 4,5 bis 4,7 Millionen erhöht – Tendenz steigend."

Dagegen liegt die Zahl der Toten in Kriegen mit militärischer Beteiligung Chinas seit 1990 bei genau Null[55]. – Es gibt also keinen Grund für die Annahme, liberale westliche Demokratien seien von vornherein friedlicher als andere politische und gesellschaftliche Systeme.

Die Denkschrift verweigert sich in den folgenden Abschnitten der Möglichkeit, dass Staaten, die sich als liberaldemokratisch beschreiben, Ursache illegitimer Gewalt sein könnten. Dabei war schon das demokratische Athen ein imperialistischer, kriegführender Staat.

Luther nahm die Fürsten nicht sonderlich ernst, er rechnete vielmehr damit, dass sie ohne nachvollziehbaren Grund Krieg führen[56]. Dann dürfen die Untertanen nicht folgen.

Damit aber verschiebt sich die Gewissensfrage: Nicht der Staat mit seinem Anspruch auf Gehorsam befindet über das Gewissen, sondern der Einzelne selbst. Die Aufgabe der Kirche kann es dann nicht sein, den Gehorsam in das Gewissen hineinzupredigen oder zu erziehen. Macht sie es dennoch, wird sie übergriffig.

Hier zeigt sich der grundlegende Fehler dieses Textes. Er besteht nicht in ungenauer Theologie, sondern in ideologischen Annahmen zu den Staaten des liberaldemokratischen Typs, die dann sukzessive die Theologie selbst verschlechtern.

5.1.2 Pädagogik der Resilienz

(60) Die Verteidigungsfähigkeit umfasst nicht nur die Streitkräfte. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten im Sinne einer umfassenden

[55] Der Kontrast der Zahlen ist unfassbar groß. Kaum anzunehmen, dass die Autoren der Denkschrift sie nicht kennen. Sie scheinen sich in einem selbstgewählten ideologischen Gefängnis zu bewegen, freiwillig und deshalb voll verantwortlich. Die Autoren müssten denken können, dass in der liberalen Demokratie der Wahlakt kein Taufvorgang ist.

[56] LUTHER [1523] 1967a, S. 48, s. S. 59.

> sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit verteidigungsfähig sein. Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen leisten dafür einen wichtigen Beitrag. Sie sensibilisieren für die Aufgaben und bieten zugleich die Chance, der Gefahr einer schleichenden Militarisierung entgegenzutreten. **Die Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit bleibt ein unverzichtbarer Bestandteil der sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit**. Mit ihrer vielfältigen Bildungsarbeit, etwa im Religions- und Konfirmandenunterricht oder in der Erwachsenenbildung, aber auch über Verlautbarungen und öffentliche Stellungnahmen sowie ihre Präsenz in der zivilen Friedensarbeit und in der Militärseelsorge leisten die Kirchen hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Alle Bürger sind irgendwie Soldaten[57]. Und in der Schule sollen die Kinder und Jugendlichen in der „Friedenserziehung als Teil der Friedensarbeit" per Religionsunterricht zur „sicherheitspolitischen Widerstandsfähigkeit" erzogen werden[42]; mal sehen, wann die Kirchen über ihre Mitbeteiligung an den Lehrplänen der staatlichen Schulen entsprechende Akzente setzen werden. Und der Konfirmandenunterricht soll vormilitärische Mindset-Schulung enthalten.

Zum Vergleich kann man die „Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen" von 1983 heranziehen, die im Anhang abgedruckt sind. Es ist der Unterschied zwischen einem Unterricht, der ein inhaltlich bestimmtes Ergebnis in den Köpfen und den Herzen der Schülerinnen und Schüler erreichen will, – Überwältigung und Indoktrination wären hier die Stichworte[58] –, und einem Unterricht, der die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler in einer schwierigen Situation stärken will. Ein Unterricht, der dieser Denkschrift folgt, wäre nach dem gegenwärtigen Stand der pädagogischen und didaktischen Diskussion illegitim und – vermutlich – nach den Richtlinien der meisten Bundesländern nicht richtlinienkonform, gar ungesetzlich[59].

---

[57] Ein alter Wunsch militaristischer Thinktanks geht in Erfüllung, ein Beispiel SWP und GMF 2013, S. 39.

[58] S. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, 7. Apr. 2011.

[59] BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG 2023, § 2 Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule, Abs. 2: „Unterricht und Erziehung sind auf die Entfaltung der geistigen, körperlichen und sozialen Fähigkeiten sowie auf die Stärkung der

5.1.3 Kriegstüchtige Kirche

(61) Seit Jahrzehnten haben die Kirchen ein Netz von Notfallseelsorge, Krankenhausseelsorge, Seelsorge in Blaulichtorganisationen und in den Streitkräften mit einem umfassenden Angebot an seelsorglichen Aktivitäten, gottesdienstlicher Begleitung und Ausbildungskonzepten aufgebaut. **Es geht darum, Resilienz in einer konfliktreichen Welt aufzubauen. Die etablierten Strukturen und Netzwerke der Seelsorge müssen so ausgebaut werden, dass die Kirchen für den Krisenfall handlungsfähig sind**. Es ist notwendig, dies schon im Vorfeld zu tun, damit entsprechende Strukturen im Ernstfall zur Verfügung zu stehen. Dabei ist es wichtig, dass sich die Kirchen als Teil der Gesellschaft verstehen, die verteidigungswürdig ist, ohne aber als Instrument der Systemstabilisierung zu dienen.

Die Denkschrift bereitet den „Seelsorgerahmen“[60] (gemeinsam mit der katholischen Kirche) vor, s. Anhang. Diese Kirche will sich selbst kriegstüchtig machen.

5.2 „Aktuelle Herausforderungen evangelischer Friedensethik in einer Welt im Umbruch“

5.2.1 Innere Repression

(63) Mit Russlands Angriff auf die Ukraine Ende Februar 2022 hat sich das Bewusstsein für Krieg im Raum der EU verändert. Ob-

---

Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler auszurichten. 2. Sie sind so zu gestalten, dass sie die Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperations-, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie die Fähigkeit, verantwortlich Entscheidungen zu treffen, stärken.“ Ein Unterricht, wie ihn die Denkschrift vorschlägt, würde eine Änderung des Schulgesetzes voraussetzen, die die Erziehungsziele illiberal ändern müsste.

[60] Dieser Rahmen lässt sich so dem „Operationsplan Deutschland“ (KIRSCH 2026) zuordnen.

gleich bereits seit der Annexion der Krim 2014 ein militärischer Konflikt in Europa schwelte, hat die Grausamkeit des Krieges mit dem Februar 2022 eine neue Präsenz gewonnen. Zusätzlich hat der Krieg im Nahen Osten als Reaktion auf den brutalen Terrorakt und die Geiselnahme israelischer Zivilisten durch die Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel die Präsenz des Krieges noch mehr in die Mitte der Gesellschaft gerückt. **Dass diese Welt (auch) ein Ort gewaltvollen und brutalen Tötens ist, ist damit überdeutlich geworden — so sehr, dass dies mittlerweile ein maßgeblicher Faktor auch der deutschen Innenpolitik geworden ist**.

Dies ist – wie auch sonst in der Denkschrift – keine Analyse, die die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt[61]. Vorgeschichten und Motivationen werden ausgeblendet, das Böse wird personifiziert, die Guten sind auch bekannt, ein manichäisches Bild, das gerade unter Christen, also Anti-Manichäern, unmöglich sein sollte.

Nicht nur draußen ist Krieg, er bestimmt inzwischen auch das innere politische Leben Deutschlands. Auch hier gibt es den tödlichen Feind, in welch verkappter Gestalt auch immer, der ausgeschaltet werden muss.

5.2.2 Rüstung und Sozialabbau

(66) Die Militärausgaben haben weltweit einen neuen Höchststand erreicht. Abrüstung und Rüstungskontrolle stehen derzeit nicht im Fokus der Weltpolitik. Eine verlässliche globale Architektur der Rüstungskontrolle existiert nicht oder nicht mehr. Es ist

[61] Wie man die Welt in ihrer Komplexität wahrnimmt, zeigte der Politikdidaktiker Hermann Giesecke, indem er eine Liste von Kategorien und Leitfragen formulierte, mit denen die Analyse eines Konfliktes gelingen kann, s. GIESECKE 1965. Ein Politiklehrer würde an das Problem mit den „Giesecke-Kategorien" herangehen: Interessen, Werte, Normen, Rollen, Institutionen, Ressourcen, Macht, Gefühle, Kommunikation, Geschichte, Identität, Recht, Moral). Solche Kategorien sind nicht nur für die Schule von Bedeutung, sondern für jeden, der einen politischen Konflikt verstehen will. Und wer beraten will, muss die Alternativen der Situation offenlegen. Sonst sucht er nur Gefolgsleute.

ein deutliches Zeichen gewachsener Spannungen, dass die Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle und der Abrüstung, die seit den 1970er Jahren zwischen Russland bzw. der Sowjetunion und den USA ausgehandelt wurden, durch beide Seiten infrage gestellt oder gekündigt wurden. Auch in Deutschland sind die Militärausgaben zuletzt gestiegen – und werden weiter steigen. **Der Mehraufwand für das Militär hat zur Folge, dass Geld für andere Investitionen fehlt oder Staaten sich hoch verschulden**. Diese Schulden belasten nachfolgende Generationen. Inwieweit diese Belastung durch Veränderungen auf der Einnahmeseite abgemildert werden können, ist eine Frage politischer Entscheidungen, sollte aber geprüft und transparent diskutiert werden.

Der Lebensunterhalt der Armen scheint also von den Rüstungsausgaben nicht betroffen zu sein, jedenfalls ist davon nicht die Rede. Gibt es überhaupt Arme[62]? Die Autoren der Denkschrift haben die damalige haushaltspolitische Diskussion nicht zur Kenntnis genommen?

Ein Beispiel aus dem Handelsblatt[63]:

„Nein, die Sicherheit Europas wird auf dem alten Kontinent entschieden, und zwar an der Staatskasse.
‚Kanonen statt Butter' – auf diese einfache Formel hat die Londoner Tageszeitung ‚The Times' das Dilemma gebracht, in dem alle europäischen Volkswirtschaften stecken. Eine Aufrüstung auf 2,5, drei oder gar fünf Prozent der Wirtschaftsleistung lässt sich nur bezahlen, wenn anderswo hart gespart wird.
Auch Ifo-Chef Clemens Fuest benutzte vor einem Jahr die Aufrüstungsformel, die auch die Nazis schon gebraucht hatten, und stellte fest: ‚Kanonen und Butter – es wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.'
Der öffentliche Aufschrei war groß. Damals wurde jedoch noch um das Zwei-Prozent-Ziel der Nato und eine Lücke im deutschen Wehretat von 50 Milliarden Euro gerungen. Inzwischen hat Trump 2.0 die Welt

[62] Eine evangelische Sonntagszeitung hätte Auskunft geben können, s. SANDER 1. Aug. 2024.
[63] RIECKE 28. Feb. 2025, vorher in der FAZ: NIALL FERGUSON 26. Juni 2024.

verändert, der kommende Bundeskanzler Friedrich Merz verhandelt mit seinem Juniorpartner SPD angeblich über eine Aufrüstung von 200 Milliarden Euro.
Ob man deshalb gleich den Gürtel enger schnallen – sprich: weniger konsumieren – kann, sei dahingestellt. Sicher ist, dass sich die historische Lücke im europäischen Wehretat nicht allein und dauerhaft durch ein Sondervermögen und eine kluge Neuverschuldung schließen lässt. Insofern hatte Fuest durchaus recht, als er davor warnte, man könne nicht aufrüsten und bei den Staatsausgaben ansonsten nach dem Motto ‚Weiter so' verfahren."

In den gegenwärtigen Diskussionen um Verschlechterungen der Alters- und der Krankenversorgung[64] geht es also im Kern um die Finanzierung der Aufrüstung, auch wenn dieser Zusammenhang in der Regel ausgeblendet wird.

Rüstungsausgaben Deutschland nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums[65]:

„Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das Bündnis.
Das BMVg hat für das Jahr 2026 Investitionen von mehr als 108 Milliarden Euro in die äußere Sicherheit vorgesehen. In den Folgejahren soll diese Summe bis auf rund 152 Milliarden Euro für den Haushalt des Verteidigungsministeriums im Jahr 2029 steigen. Gegenüber 2023 entspricht das einer Verdreifachung. […]
Mit allen für 2029 geplanten Ausgaben für die Verteidigung beabsichtigt die Bundesrepublik bereits im Jahr 2029, die NATO-Zielquote von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erreichen. Diese Verteidigungsausgaben enthalten zusätzlich zum Haushalt des Verteidigungsministeriums auch Ausgaben aus anderen Einzelplänen der Bundesregierung, welche zum Beispiel den Soldatinnen und Soldaten als Fürsorgeleistung zu Gute kommen oder militärisch notwendige Baumaßnahmen ermöglichen. Das BMVg beabsichtigt den Beschluss des NATO-Gipfels, 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, sechs Jahre früher umzusetzen, als von der NATO auf dem Gipfel gefordert. Die Berechnung und Veröffentlichung der „NATO-Quoten" aller Alliierten nimmt die NATO selbst vor."

[64] TAGESSCHAU 2026.
[65] BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG 26. Nov. 2025.

5.2.3 Rüstung und Hunger

Die Denkschrift hat kein Problem damit, dass Geld gänzlich unproduktiv ausgegeben wird. Rüstung ist wirtschaftlich ohne Nutzen[66]. Dass sie politisch geboten sein kann, ändert daran nichts. Es gilt immer noch, was Gollwitzer dazu schon 1979 sagte[67]:

> *„[…] bevor wir noch an diesem Genozid (= in einem zukünftigen Weltkrieg; HL) sterben, werden wir an seiner Vorbereitung sterben, an der Rüstung. Jetzt schon sterben ungezählte Menschen daran. Würden die vielen Milliarden, die allein NATO und Warschauer Pakt für Rüstung und Waffenproduktion in die Luft jagen – in die Luft, denn es soll ja nach den Erklärungen beider Seiten nicht zum Ernstfall kommen! – würden diese Mittel für das Leben der Menschheit eingesetzt, die Sahara würde zu der Kornkammer, die sie früher einmal gewesen war; in Afrika, Asien und Lateinamerika würden nicht in dieser Stunde Hunderte von Menschen an Hunger sterben und durch Unterernährung verblöden; entwickelte Alternativenergien ließen uns dem Ende der Ölzeit unbesorgt entgegensehen; Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialfürsorge würden nicht wegen der Kostenexplosion schrumpfen müssen.*
>
> *An der Rüstung sterben unsere dringendsten Reformen, weil Geld und Menschen dafür fehlen. An der Rüstung stirbt unsere Demokratie; Heere, hierarchisch aufgebaut, und der militärisch-industrielle Komplex, von Geheimnissen umgeben und von Geheimdiensten geschützt, sind Fremdkörper in der Demokratie. Parlamentarische Kontrolle wird zur Farce, wie man es bei der Entwicklung des Milliardendings Tornado erlebt hat. Bei inneren Konflikten, wie wir sie durch zunehmend schärfer werdende Verteilungskämpfe auch bei uns erleben können, steigt die Versuchung der Mächtigen, für ihre Interessen dem Militär*

[66] „Krieg versteht sich von selbst (als wirtschaftlich nutzlos; HL), da er unmittelbar ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser würfe." MARX 1967, S. 61. – Der Fiskalmultiplikator wird auf höchstens 0,5 geschätzt, d. h. von 1 Euro Rüstungsausgaben kommen über den Wirtschaftskreislauf nur 50 Cent zum Staat zurück, während der Rücklauf bei Bildungs- und Investitionsausgaben mehrmals so hoch sein kann, KREBS und KACZMARCZYK Juni 2025, S. 19, 23.

[67] GOLLWITZER 1982, S. 9 f.

die diktatorische Macht zu übergeben, wie es in Brasilien, Chile, Argentinien usw. geschehen ist."

Das ist keine politische Belanglosigkeit, sondern greift schon in den Kern des Evangeliums. Gewaltige wirtschaftliche Ressourcen haben keinen Nutzen für die weitaus größte Anzahl der Menschen, sie werden vielmehr von der Nutzung ihrer Möglichkeiten ausgeschlossen.

Der Gedanke von Jean Ziegler[68]

„Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, dass heute an Hunger stirbt, wird ermordet."

scheint absurd übertrieben zu sein. Er trifft eine Welt, die den Hunger beseitigen könnte, in der aber für einen anderen Zweck Summen an Geld ausgegeben werden, die die Vorstellungskraft übersteigen[69].

„Die Regierungen der Welt geben so viel Geld für ihr Militär aus wie nie zuvor. Laut dem Internationalen Friedensforschungsinstitut Sipri haben die globalen Militärausgaben 2025 ein Rekordhoch von 2.887 Milliarden US-Dollar erreicht – ein Anstieg von 2,9 Prozent gegenüber 2024 und der elfte jährliche Zuwachs in Folge."

Das sind 2.887.000.000.000 Dollar ohne jeden produktiven Nutzen. Obwohl es keinen unmittelbaren Zusammenhang gibt, kann man eine Zahl aus der Ernährungsstatistik danebenstellen[70].

„Laut dem Bericht „Stand der Ernährungssicherheit und Ernährung in der Welt" aus dem Jahr 2025 litten im Jahr 2024 schätzungsweise 8,2 % der Weltbevölkerung – etwa 673 Millionen Menschen – unter Hunger."

[68] ZIEGLER 2026.
[69] ZDFHEUTE 27. Apr. 2026.
[70] UNITED NATIONS 2026.

Die Denkschrift bezieht diese weltweiten Folgen des Rüstungswachstums weder in ihre politischen und wirtschaftlichen noch in ihre theologischen Überlegungen mit ein. Der Evangelische Erwachsenenkatechismus von 2010, der in der Friedensfrage auf der Denkschrift von 2007 beruht, bietet hier eine Möglichkeit zu theologischen Überlegungen[71]:

> *„Weder im Blick auf individuelle Verletzungen Einzelner, noch bei Akten internationaler Kriminalität sprechen wir von Sünde. Wo Menschen sich gegenseitig ausbeuten und verbrauchen, Eheleute einander, Eltern ihre Kinder, Jugendliche ihre Lehrer, Besitzende die, die nichts haben, und Machthaber die, die ihnen anvertraut sind, kommen wir gar nicht auf die Idee, das Wort Sünde zu gebrauchen, obwohl durchaus Schuld erkannt wird und Entsetzen über Gewaltausbrüche und Menschenverletzungen lebendig ist. Der Verlust des Wortes Sünde hat mit einer Verengung und Verarmung unserer Wahrnehmung zu tun: Wir sehen uns nicht mehr als Menschen, die vor Gott stehen und nur in der Rückbindung an ihn die Chance haben, zu einem gelingenden Leben zu finden.* […]
>
> *Aus der Perspektive der Geschichte Gottes erweist sich Sünde letztlich gegen Gott gerichtet. Sie steht jenseits von Moral und Gesetz als Verletzung des Lebens, der Liebe und Gottes, als Lebenswidrigkeit, Lieblosigkeit und Gottlosigkeit. Aus der Perspektive von Güte und Barmherzigkeit zeigt sich die Verhältnislosigkeit der Sünde, der Bruch aller Beziehungen, die rücksichtslose Selbstperspektive mit tödlichem Trend."*

Für die Denkschrift ist das letztlich kein Problem. Das skandalöse Verhältnis von Rüstungsmilliarden und millionenfachem Hunger scheint theologisch außerhalb des Sündenzusammenhangs[72] zu stehen. Sünde scheint zurechenbare Handlungen Einzelner vorauszusetzen. Gibt es solche nicht, oder können sie nicht erkannt werden, scheint es keine Sünde zu geben.

Rüstung ist aber Teil von Sünde, Handlung in Sünde, Folge von Sünde.

---

[71] KIRCHENLEITUNG DER VELKD 2010, S. 217, 222 f.

[72] Eine Unmöglichkeit, s. VOGEL 1952, S. 481. Wieder ein Beispiel für die doppelte Sünden-Anthropologie der Denkschrift: Die da oben machen letztlich schon alles richtig, sie irren höchstens das eine oder andere Mal, wie es im Leben halt so vorkommt.

Der Sünder bedarf der Rechtfertigung, es gibt keinen Schonbereich, in dem man ohne Rücksicht auf diesen Zusammenhang tun und lassen kann, was man will[73], auch dieses muss vor Gott vertreten werden können. Dieses andere Geschehen muss deshalb auch theologisch konkret erfasst werden.

Es geht um Barmen II[74]:

> *„Durch Gott seid ihr in Christus Jesus, der uns von Gott gemacht ist zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung.* (*1. Kor 1,30*)
> *Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen.*
> *Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürften.“*

Wie aber soll eine theologische Reflexion von Realität in einem Text gelingen, der über Schlaglichter statt Analyse nicht hinauskommt?

5.2.4 Frieden und Gemeinsame Sicherheit

(73) Die Suche nach Frieden geht in der gegenwärtigen Situation einer vernetzten und globalisierten Welt einher mit einem Ruf nach einem Mehr an Sicherheit. Gerade für betroffene Länder und Opfergruppen ist dieser Ruf nach Sicherheit nur allzu verständlich. Friede gibt es nicht ohne Sicherheit, Sicherheit nicht ohne Frieden. **Verteidigungsfähigkeit als Teil einer umfassenden Sicherheitspolitik erhält ihre Berechtigung, ihr Ziel und auch ihre Grenze aus der Friedenslogik. Umgekehrt kann die Friedenslogik nur dort Raum gewinnen, wo die Sicherheitslogik die Bedingungen dafür geschaffen hat**.

---

[73] S. EVANGELISCHER ERWACHSENENKATECHISMUS, S. 302 ff.

[74] EKD [1934] 2025a

1990 wurde friedenslogisch ein großer Schritt nach vorn gemacht: Die Charta von Paris. Der Text ist dieser Denkschrift völlig unbekannt, so scheint es. Sie gibt sich unwissend und kann daher einseitig tun.

Die Teilnehmerstaaten der KSZE haben in diesem Text beschlossen[75]:

> *„Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur friedlichen Beilegung von Streitfällen. Wir beschließen, Mechanismen zur Verhütung und Lösung von Konflikten zwischen den Teilnehmerstaaten zu entwickeln. Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten."*

Nicht Verteidigungsfähigkeit (besser: Kriegsfähigkeit) ist in diesem Text die Grundlage der Sicherheit, sondern das sich langsam entwickelnde Vertrauen, das von der Sicherheit aller Teilnehmer bestimmt ist. Genau deshalb ist Abrüstung möglich. Sicherheit entsteht durch die Qualität der Beziehungen zwischen den Staaten. Friedliche, vertrauensvolle und kooperative Beziehungen schaffen Sicherheit. Innerhalb der Bündnisse gilt das sowieso. Sonst müsste sich Deutschland gegen Überfälle durch Dänemark und Luxemburg wappnen, jeder gegen jeden. Militär ist nur für den Ausnahmefall erforderlich, wenn davon ausgegangen wird, dass dieser oder jener Krieg möglich sein könnte. Friedenslogik ist die Grundlage von Sicherheit, Sicherheitslogik bestenfalls eine Seitenstütze.

Warum aber ist dieser Weg verlassen worden? Wer hat ihn mit welcher Absicht verlassen? Die Denkschrift kann diese Fragen nicht stellen, weil sie den Text und die damaligen politischen Zukunftsvorstellungen und -wünsche in ganz Europa nicht mitdenkt.

---

[75] WIKIPEDIA 18. Feb. 2026c, KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG 14. Juni 2007, https://www.bundestag.de/resource/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf

(77) Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden – wie umgekehrt jede rechtserhaltende Gewalt selbst auf ihre Vereinbarkeit mit dem Recht und auf die Überwindung von Gewalt ausgerichtet sein muss. **Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden**. Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen. Wenn die Position der Verhandlungspartner primär durch militärische und ökonomische Macht bestimmt wird, besteht die Gefahr, dass Verhandlungsergebnisse Machtverhältnisse festschreiben, die keinem dauerhaften Frieden dienen. Eine ethisch reflektierte Friedenspolitik muss daher genau prüfen, unter welchen Bedingungen Verhandlungen friedensförderlich sind und welche Kriterien ein gerechtes Verhandlungsergebnis erfüllen muss. Sie muss ebenso sensibel dafür sein, wenn unter dem Vorwand des Schutzes vor Gewalt oder der Erhaltung des Rechts Freiheitsrechte missachtet und Menschen, aber auch Infrastruktur und natürliche Ressourcen vernichtet werden.

Das war im russisch-ukrainischen Krieg die Position des Westens während der Zeit, als es so schien, die Ukraine könne irgendwann aus der Position der Stärke mit Russland verhandeln. 2025 wandelte sich diese Auffassung nach der Wahl Trumps zum US-Präsidenten und der Veränderung der Ukraine-Politik der USA: Der Ukraine wird keine Chance auf einen Sieg gegeben, sie möge aber durchhalten, dazu solle Russland zu einem Waffenstillstand gedrängt werden, begleitet von Verhandlungen, der der Ukraine die Möglichkeit der Regeneration gibt. Jetzt, 2026 stellt sich diese Frage wieder anders.

Was hier von der Denkschrift als grundsätzliche Position ausgegeben wird, ist nur zeitweiliger Reflex täglich wechselnder Taktik.

Man hat wohl vergessen, den Text den jeweiligen taktischen Gegebenheiten anzupassen.

So etwas passiert, wenn die Aufgabe der Kirche politischen Tagesbedürfnissen der eigenen Regierung untergeordnet wird.

Dazu Günter Brakelmann und Arno Lohmann[76]:

> *„Die Kirche muss in dieser Situation (des Kriegs; HL) ohne Wenn und Aber zur Änderung des politisch-militärischen Handelns aufrufen, und dazu, sich zum Waffenstillstand als Voraussetzung von Friedensverhandlungen zum Waffenstillstand als Voraussetzungen für Friedensverhandlungen bereit zu finden. Sie kann sich nicht der üblichen Logik der machtpolitischen Argumente beugen. Sie hat zu schreien über die Kriegsverbrechen und hat sich von ihrer Botschaft her gegen das Verbrechen des Kriegs überhaupt zu wehren.* […]
> *Was in der Kirche zuerst geschehen muss, ist nicht der Ruf nach neuem Frieden, sondern der Ruf nach Buße, d. h. zu erkennen, dass es zeitgenössische Politiker und Militärs sind, die das Elend im Krieg zu verantworten haben. Sie selbst nehmen an den Kämpfen mit den Verlusten an Menschen und an der Zerstörung von Lebensräumen nicht teil. Sie bestimmen und befehlen, was und wie es zu zerstören ist. Sie aber haben die Letztverantwortung für das Kriegsgeschehen. Mit göttlichem Geschichtswillen hat das nichts zu tun.“*

5.2.5 Der hybride Krieg

(87) **Eine besondere Herausforderung stellt die internationale Zunahme hybrider Kriegsführung dar, deren Ziel es ist, die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit des Gegners empfindlich einzuschränken**.

Es folgen viele weitere Abschnitte zur hybriden Kriegsführung[77]. Einer davon:

---

[76] In: BÜRGER (2026a), S. 14, 18.

[77] Verteidigung BMVg 2026 – Selbst die Formulierungen sind ähnlich. – „Hybride Kriegführung“ dürfte wissenschaftlich ein Null-Begriff sein, der eine Durchblicker-Haltung nur vortäuscht, s. KLAUS 2026. – Ein Fall von Kriegspropaganda, s. MORELLI 2014, Prinzip Nr. 3, S. 35 ff.

(90) Eine besondere Zäsur bildete die Besatzung der Krim durch russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen 2014 mit dem sich anschließenden Scheinreferendum. Externe Angreifer arbeiteten mit internen Kräften zusammen, wodurch die Grenze zwischen Angreifer und Angegriffenen verschwamm. Seitdem ist der Begriff des hybriden Kriegs im allgemeinen Sprachgebrauch angekommen.

Dass der Regierungswechsel in der Ukraine 2014 eine Folge und Maßnahme „hybrider Kriegsführung" gewesen sein könnte, kann nicht gedacht werden, denn der Westen kommt als politischer Akteur nicht vor. Und außerdem ist diese Sicht der Dinge sowieso falsch.

5.2.6 Ein historischer Versuch

(114) Die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands, die insbesondere seit 1990 auf die Stärkung der internationalen regelbasierten Ordnung setzte, ist unter Druck geraten. Ihr Ziel war, dem sanktionsbewehrten Recht Anerkennung zu verschaffen und für den Konfliktfall das Militär zu einer Art „Weltpolizei" umzuformen. Europa reduzierte in dieser Zeit seine Militärausgaben, während die USA durchgängig hohe Summen in ihr Militär investierten. Ohne diese Aufwendungen der USA wären internationale Einsätze kaum möglich gewesen. Fortschreitende Wirtschaftsverflechtungen und weitere Kooperationen sollten helfen, eine Lage herzustellen, die es für Staaten unattraktiv machen sollte, einen Krieg zu beginnen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist eine markante Disruption dieser international regelbasierten Ordnung. Erschwerend kommt hinzu, dass die USA, aber auch andere ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sich als wenig verlässliche Ordnungshüter zeigen und ihre Mitgliedschaft in und ihre Mitwirkung an internationalen Organisationen teilweise aufgekündigt haben, wie etwa der WHO oder dem Weltklimarat.

Der Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien, der Überfall der USA und ihrer Hilfswilligen auf den Irak und auf Libyen, die Unter-

stützung islamistischer Terroristen durch die USA in Syrien – all das kommt nicht vor. Die Kosten der Kriege der USA („Weltpolizei", „internationale Einsätze") fehlen. – Eine sachlich angemessene Kommentierung dieses Absatzes wäre nur in einem Vokabular möglich, in dem man sich nicht äußern möchte. Und so geht es in diesem ganzen Kapitel der Denkschrift weiter.

> (118) Die Überzeugung, dass das Recht das entscheidende Mittel zum Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen darstellt, bildet einen wichtigen Bestandteil des Leitbilds des Gerechten Friedens. Dem entspricht es, dass der Einsatz von Gewalt ethisch nur dann legitim sein kann, wenn sich dieser am Recht als einer für alle verbindlichen Ordnung sowie den dieses Recht tragenden ethischen Grundsätzen orientiert.

Wenn das so wäre, enthielte der Text flammende Anklagen gegen die Zerstörung des Völkerrechts durch die USA und andere Nato-Staaten seit dem Krieg gegen Jugoslawien. Da findet man aber nichts. Redlichkeit?

Warum denn sollte das Recht nicht Teil des Sündenzusammenhangs sein? Ist das Recht vom Himmel gefallen, als göttliche Offenbarung, unfehlbar, wie das in anderen Religionen der Fall sein soll?

5.3 Bekannte friedensethische Fragen benötigen aktuelle Antworten

5.3.1 Atomwaffen und Politik

> Zwischen politischer Verantwortung und dem ethischen Ziel einer atomwaffenfreien Welt: Nukleare Abschreckung als zu überwindendes Dilemma
> (142) **Eine besondere Aufmerksamkeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland galt der nuklearen Abschreckung, niedergelegt insbesondere in den Heidelberger Thesen 1959 und den Friedensdenkschriften 1981 und 2007. Die**

> **Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR setzten sich ebenfalls intensiv mit diesem Thema auseinander. Auf ihrer Synode 1987 in Görlitz bekannten sie sich ausdrücklich zur „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung" und formulierten ein theologisches und friedensethisches Bekenntnis, das als verbindliche Orientierung ihrer Kirchen festgeschrieben wurde**. Deutschland besitzt zwar selbst keine Atomwaffen, aber es verfügt über Flugzeuge, die mit in Deutschland gelagerten Atomwaffen der USA bestückt werden können. Damit ist das Problem der „nuklearen Teilhabe" angesprochen. Während vielen diese nukleare Teilhabe zu weit geht, werden derzeit Stimmen laut, die eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Atombewaffnung fordern.

Das ist richtig wiedergegeben.

> (143) Atomwaffen sind eine existentielle Bedrohung für Menschen und ganze Lebensräume. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine macht beispielhaft die Problematik nuklearer Rüstung in heutigen Konflikten deutlich: Zum einen hat der Verzicht der Ukraine auf die auf ihrem Gebiet verbliebenen sowjetischen Atomwaffen wohl mit dazu beigetragen, dass sie Opfer eines konventionellen Angriffs geworden ist. Zum anderen sind die teils versteckten, teils offenen Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt die Drohung mit nuklearen Waffen eine entscheidende Rolle spielen kann. **In einer Welt, in der nukleare Waffen existieren, ist eine ethische Auseinandersetzung mit dieser Bedrohung unabdingbar**.

Die Ukraine verzichtete auf etwas, das sie gar nicht besaß. Explizite offizielle russische Drohungen mit Atomwaffen gegen den Westen sind nicht bekannt[78]. Allerdings haben sich in Russland seit Beginn des russisch-ukrainischen Kriegs die Atomkriegsdoktrin und die akademische Diskussion über die Funktion von Atomwaffen in gefährlicher Weise geändert[79].

[78] Man kann natürlich vieles interpretieren, vermutlich sogar richtig.

[79] ROSSIJSKAJA GASETA 19.11.2024, TRENIN, AWAKFJANZ und KARAGANOW 2025.

Dennoch sind, zutreffend von der Denkschrift gesagt, Atomwaffen in diesem Krieg von Bedeutung. Die Eskalationen erfolgen schrittweise, weil sowohl Russland als auch der Westen eine atomare Eskalation fürchten und vermeiden wollen.

> (145) Die teils offenen, teils versteckten Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen durch die Russische Föderation sind jedoch ein Zeichen dafür, dass auch in einem konventionellen Konflikt nukleare Waffen eine entscheidende Rolle spielen können. In diesem Szenario würden alle Staaten, die nicht glaubwürdig auf eine nukleare Abschreckung verweisen können, zu potenziellen Opfern konventioneller Angriffe von Staaten oder Regimes, die über Atomwaffen verfügen. In dieser Konstellation auf nuklearen Schutz gänzlich zu verzichten, wäre sicherheitspolitisch kaum zu verantworten. So konturiert sich das ethische Dilemma: **Der Besitz von Nuklearwaffen kann sicherheitspolitisch notwendig sein, auch wenn ihr Einsatz durch nichts zu rechtfertigen ist. Eine ethisch richtige Option ist, einseitig auf Atomwaffen zu verzichten. Dies wäre im Blick auf die Folgen in der jetzigen konkreten politischen Situation wiederum kaum politisch zu vertreten. Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann also vor diesem konkreten Hintergrund eine ethisch begründbare Entscheidung sein. Egal welche Option sie wählen, die Verantwortlichen laden Schuld auf sich**.

Es ist richtig, dass die Atomwaffen auch dann von Bedeutung sind, wenn sie nicht in einem Krieg eingesetzt werden. Und deshalb muss ethische Reflexion sich mit dieser Art von „Einsatz" der Atomwaffen beschäftigen.

Was jedoch stört, ist die FAZ-mäßige Schmalführung des Gedankens. Man könnte auch sagen, dass Nordkorea ohne Atomwaffen das Schicksal des Iraks, Libyens oder Syriens erfahren hätte, aber das geht wegen des impliziten politischen Weltbildes nicht.

5.3.2 Präemptiver Krieg gegen eine Atommacht

Ein rätselhafter Abschnitt[80]:

> **(146) Die unvergleichlichen Gefahren, welche die nukleare Bewaffnung, aber auch andere Massenvernichtungswaffen mit sich bringen, werfen die Frage auf, ob die strengen Anforderungen an rechtmäßige Selbstverteidigung aufzuweichen sind, wenn es um die Zerstörung oder Verhinderung völkerrechtswidriger Bewaffnung geht**.

Geht es hier darum, ob der Westen vorbeugend Russland oder jeden anderen Staat angreifen darf? Dieser Abschnitt ergibt einen Sinn im Zusammenhang mit der 2025 (noch) geplanten Stationierung von weitreichenden Waffensystemen[81], eine Stellungnahme vor der öffentlichen Debatte.

> (147) **Allerdings kann die Eigenart der abzuwendenden Gefahr eine Rolle bei der Anwendung der anerkannten Kriterien für rechtmäßige Selbstverteidigung spielen, also insbesondere der Unmittelbarkeit des bevorstehenden Angriffs sowie der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit militärischer Abwehrmaßnahmen**. Das hängt mit den kaum vorstellbaren Folgen eines eventuellen Gebrauchs nuklearer Waffen zusammen. Daher kann sich in Extremszenarien die Frage stellen, ob bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch einen Staat bereits dann eine unmittelbare Angriffsgefahr vorliegt, wenn Trägersysteme und Einsatzbereitschaft absehbar sind, ohne

---

[80] Dieser Abschnitt ist nur wenigen Lesern aufgefallen. Jakob AUGSTEIN: „Notwendig sei ‚eine Kirche, die an ihren unwandelbaren Werten festhält, die standhaft ist, und nicht eine, die sich anpasst', sagte der Publizist. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Anfang des Monats veröffentlichte neue Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als ‚Katastrophe'. In dem Papier ‚verdammt die Kirche den Krieg, wie es sich gehört – aber dann findet sie ganz viele Gründe, ihn zu führen', kritisierte er. Sie rechtfertige den Besitz von Atomwaffen und rede sogar einem Präventivkrieg das Wort." epd 28. Nov. 2025.

[81] VARWICK 2025. – Dieser Abschnitt der Denkschrift muss öffentlich skandalisiert werden.

> dass ein konkreter Angriff direkt bevorsteht. Dazu muss auch gehören, dass das Ziel der Waffenentwicklung in einem entsprechenden Angriff besteht. Wenn friedliche Mittel der Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sind und bewaffnete Gegenwehr die einzig verbleibende Möglichkeit zur Abwehr einer existenziellen Bedrohung darstellt, kann aus ethischer wie völkerrechtlicher Perspektive eine präventive militärische Reaktion gerechtfertigt sein.

Der Inhalt ist letztlich einfach: Dass Atombomben zur Vernichtung der Menschheit führen können, müssen wir riskieren, sonst kommt der Russe. Ob damit das Völkerrecht verletzt wird, ist ohne Bedeutung.

Diese theologische Kommission wäre in den Augen Bismarcks unfromm und leichtsinnig:

> *„Der Gedanke, einen Krieg zu führen, weil er vielleicht späterhin unvermeidlich ist und späterhin unter ungünstigeren Verhältnisse geführt werden könnte, hat mir immer fern gelegen, und ich habe ihn immer bekämpft* […] *ich kann der göttlichen Vorsehung nicht so in die Karten sehen, daß ich das vorher wüßte."*[82]

Weil das Risiko „kaum vorstellbar" ist, wird es gar nicht erst vorgestellt, noch nicht einmal mit einem Terminus eingeführt, auch keinem verschleiernden: der atomaren Selbstvernichtung.

Ein Günther Anders ist vergessen; er schrieb über „die Bombe"[83]:

> *„Daß ihr geringster Effekt, wenn sie eingesetzt würde, größer wäre als jeder noch so große von Menschen gesetzte (politisch, militärische) Zweck; daß ‚effectus transcendit finem'; und daß ihr Effekt nicht nur größer wäre als ihr angeblicher Zweck, sondern daß er aller Voraussicht nach jede weitere Setzung von Zwecken überhaupt in Frage stellen würde, also auch jede weitere Verwendung von Mitteln, mithin das Mittel-Zweck-Prinzip als solches auslöschen würde. – Einen derartigen Gegenstand ein ‚Mittel' zu nennen, wäre absurd."*

---

[82] Nach KRIPPENDORFF 1985, S. 22 f.

[83] ANDERS 1988, S. 249, über den Einsatz der „Bombe" zur Abschreckung genannten Erpressung S. 216 ff.

Und dennoch haben wir keine Angst[84]:

> *„Schon die Todesangst von zehn Menschen nachzufühlen, ist uns zuviel. Vor dem Gedanken der Apokalypse aber streikt die Seele. Der Gedanke bleibt nur ein Wort."*

Anders spricht von „Apokalypse-Blindheit" als Folge einer Trennung von Verstand und Gefühl im Zuge der Technikentwicklung[85].

Dass im weiteren Verlauf der Denkschrift hohe ethische Anforderungen an die Eröffnung der Massenvernichtung gestellt werden, ist nicht wichtig. In der Tageshetze der Politik wird das vergessen werden. Man kann aber festhalten: Ein Angriffskrieg des Westens gegen wen auch immer ist im Grundsatz erlaubt, mit welchen Folgen für die Menschheit auch immer.

> (148) **Hinsichtlich der nuklearen Abschreckung und der nuklearen Teilhabe lassen sich keine eindeutigen, ethisch begründeten Vorgaben treffen, sondern lediglich die genannten Dilemmata festhalten. Denjenigen, die als Volksvertretung diese schwierige Abwägung vornehmen müssen, ist in dieser Entscheidung zur Seite zu stehen**.

Obwohl solch eine Politik ethisch unmöglich ist, kann sie also militärstrategisch notwendig sein, was auch immer passieren mag und die Folgen sein werden[86]. Und dann wird sie gemacht, wenn auch mit seelsorgerlicher Begleitung. Die Waffen werden nicht gesegnet, aber die Täter werden gerechtfertigt und damit die Taten. So einfach löst sich das in den Heidelberger Thesen benannte Dilemma, über das jahrzehntelang in der EKD gerungen wurde[87].

---

[84] ANDERS 1988, S. 69.

[85] S. SCHUBERT 1992, S. 75-81. – Wie solche Texte wie die Denkschrift möglich sind: „Die Antiquiertheit des Konformismus", in: ANDERS 1987, S. 193-207.

[86] Hier verlässt die Denkschrift ihre eigene Darstellung des „gerechten Kriegs": „Weiterhin muss die Verhältnismäßigkeit der Folgen (*proportionalitas ad finem*) gewahrt sein: Der durch Gegengewalt verursachte Schaden darf kein noch größeres Übel nach sich ziehen, wobei auch langfristige politische, soziale und kulturelle Auswirkungen zu bedenken sind." (Nr. 38)

[87] EKD [1959] 2025d. Eine kritische Betrachtung, ob sie weiterhin Fixpunkt in der evangelischen Diskussion sein können: GOLLWITZER 1988c.

Exkurs: Gollwitzer zum Heidelberger Dilemma[88]:

„Zu Beginn einer wichtigen Synodalberatung über dieses Thema hat vor einigen Jahren ein namhafter Kirchenführer sofort eine verhängnisvolle Weichenstellung vorgenommen, indem er erklärte, die Kirche dürfe kein Nein sprechen, bei dem sie den verantwortlichen Politikern nicht zugleich sagen könne, wie sie das im politischen Handeln befolgen könnten. […] *Er hat getan, als habe die Kirche Gottes Willen zu verantworten wie ihr eigenes Gutdünken, als handle es sich bei den Weisungen des Evangeliums um kirchliche Erlaubnisse und Verbote, die nach dem Maßstabe der Opportunität und der angebbaren Praktikabilität von der Kirche zu beschließen oder zu unterlassen sind. Die echte Frage nach Gottes Willen war damit erfolgreich sabotiert. An ihre Stelle tritt dann das Politisieren.* […]
Der Christ in politischer Verantwortung, der Gottes Gebot nicht für eine lästige Einschränkung der menschlichen Freiheit hält, sondern als Befreiung der Vernunft zu sinnvollem Handeln erkennt, wird sich dadurch nicht täuschen lassen: das Gleichgewicht des Schreckens ist nie ein stabiles Gleichgewicht, voraussichtlich auch dann nicht, wenn der Wettlauf der Erfindungen endlich zu der idealen Abwehrwaffe auf beiden Seiten geführt haben wird; es ist zwar bisher ein Mittel der Kriegsverhinderung gewesen, aber damit noch längst nicht, wie man es euphemistisch nennt, ein Mittel der Friedenssicherung. Denn die Abschreckung funktioniert ja nur, wenn man die Möglichkeit des kriegerischen Ernstfalles einbezieht. Der Christ in politischer Verantwortung, dem es ernst ist mit der Erkenntnis der Gottwidrigkeit des Atomkrieges, wird deshalb die Gefahren der Abschreckungsphase unverstellt sich vor Augen halten und der Abschreckung – was auch andere neben ihm mit ihr bezwecken mögen – nur den Sinn der möglichst rasch zu durchschreitenden Durchgangsphase geben können; er wird das Vorhandensein dieser Rüstung nur ausnützen, um vermittels ihres Druckes zu Abkommen und Regelungen zu gelangen, durch die sie endlich ganz liquidiert wird."

Von einer Politik, die den Übergang bewältigt, ist in der Denkschrift nicht die Rede. Hier wäre irgendwo wie in der EKD-Kundgebung

[88] GOLLWITZER 1962d, S. XIX-XXXI.

von 2019 in der Denkschrift der Atomwaffenverbotsvertrag[89] zu erwarten gewesen. Man nimmt sich selbst theologisch nicht ernst. Man politisiert lieber, verantwortungsethisch natürlich.

5.3.3 Heidelberger Thesen

Um diesen abenteuerlichen Unsinn zu rechtfertigen, werden die Heidelberger Thesen neu interpretiert,

> (149) Die im Dilemma formulierten Handlungsoptionen zwischen einem vollständigen Verzicht auf Atomwaffen einerseits und einem politisch verantworteten, abschreckenden Besitz andererseits sollte aber – entgegen früherer Deutungen etwa in den Heidelberger Thesen – nicht als komplementär verstanden werden. Denn die Formel der Komplementarität beschreibt die Gleichzeitigkeit von zwei Möglichkeiten, bringt aber nicht hinreichend zum Ausdruck, dass sich aus ethischer Perspektive die nukleare Abschreckung ethisch nur als eine politisch immer zu überwindende Übergangslösung rechtfertigen lässt. Deshalb gilt: **Die Teilhabe an nuklearer Abschreckung darf keinesfalls als Normalität hingenommen werden. Sie ist stets von glaubwürdigen Initiativen zu Rüstungskontrolle, Gewaltminimierung und vertrauensbildender Diplomatie zu begleiten**. Es muss also grundsätzlich darum gehen, eine globale gemeinsame Strategie der nuklearen Abrüstung zu entwickeln und diese mit großem Engagement voranzutreiben. Politisch sollte nach Lösungen mit weiteren Bündnispartnern gesucht werden, wie eine solche Abrüstung erfolgen kann.

In These VII der Heidelberger Thesen geht es um die Entscheidung der Einzelnen. Von komplementärer Strategie ist dort nicht die Rede.

Gesprochen wird in These I vielmehr von der Notwendigkeit des Weltfriedens. Jeder Krieg müsse unterbleiben, weil auch jeder konventionelle Krieg die Gefahr einer atomaren Eskalation in sich trägt.

[89] WIKIPEDIA 23. Dez. 2025a.

These III verlangt in einer *„andauernden und fortschreitenden Anstrengung"* die Abschaffung des Kriegs. Rüstungskontrolle allein würde nicht ausreichen.

Der in der Denkschrift vorgenommene Umbau der Kriterien des Gerechten Friedens macht es der Kirche nicht gerade einfacher, hierzu einen Beitrag zu leisten. Er fehlt also. Kein Zufall also, dass die für jeden zukünftigen Frieden in Europa grundlegende Charta von Paris der Denkschrift unbekannt geblieben ist. Sie kann den Prozess zum Frieden nicht wirklich denken.

Helmut Gollwitzer schrieb schon 1981, dass die Heidelberger Thesen gern selektiv gelesen werden[90]:

> *„Im enorm gesteigerten Risiko des atomaren Vernichtungsfalles liegt die Veränderung gegenüber den heute wieder viel zitierten ‚Heidelberger Thesen' der 1957 im Aufträge der EKD gebildeten Kommission über Atomwaffen als Problem der christlichen Ethik. In dieser Kommission war man sich, was von den auf jene Thesen gern sich berufenden Vertretern der Militärseelsorge in der Bundeswehr übersehen wird, einig darüber, daß die Lehre vom ‚gerechten Krieg' auf den mit ABC-Waffen geführten Krieg nicht angewendet werden kann, weil ‚er zerstört, was er zu schützen vorgibt', daß also im Konfliktfall ‚das Recht keine Waffe mehr hat', weil diese Art von ‚Waffen' nicht mehr Waffen des Rechts sein können (These 5), und daß nur das ‚Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens' (These 6) die vorläufige (These 8) Beteiligung an der Atomrüstung, „komplementär" zur Verweigerung dieser Beteiligung (These 6), rechtfertigen kann; dabei gehöre es zur Aufgabe der Kirche, ‚das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf' (These 10). […] Die fast 25 Jahre seither sind also mit nichts als ‚verlorenen Tagen' angefüllt – eine vertane Frist mit rasch ablaufender Sanduhr. Denn das Gegenteil vom Abbau der Atomrüstung zugunsten anderer Politik der Friedenssicherung ist geschehen. Das Vernichtungspotential wurde weiter aufgetürmt, das Wettrennen der quantitativen und qualitativen Rüstungssteigerung ging als logische Konsequenz der gebetsmühlenhaft hergeleierten Magie-Formeln ‚Abschreckung' und ‚Gleichgewicht' weiter; ständig stehen militärtechnologische Durch-*

[90] GOLLWITZER 1988c, S. 71ff.

brüche in Aussicht, mit denen man hofft, den Gegner aus dem Rennen zu werfen. […]
So haben wir die ‚Gnadenfrist' nur ideologisch zur Rechtfertigung der Beibehaltung der Atomrüstung benützt, nicht wirklich, nicht zum Abbau dieser Menschheitsgefährdung. Was hätte geschehen müssen? Alle Energie, die für die Rüstungssteigerung verwendet wurde, hätte für ihre Minderung eingesetzt werden müssen – in hartnäckigen Verhandeln für dieses *Ziel, in Konferenzen, Verträgen, vertrauensbildenden Maßnahmen, kalkulierten einseitigen Vorleistungen, mit bereitwilligem Aufgreifen von Abrüstungsvorschlägen der anderen Seite."*

Der Journalist Andreas Zumach[91], Experte für internationale Beziehungen, bewertet diese gegenwärtige Wendung der EKD so[92]:

„Der Selbstbetrug liegt darin, dass die Denkschrift einerseits weiterhin behauptet, die Bereithaltung von Atomwaffen zur Abschreckung – und damit auch die Androhung ihres Einsatzes – sei auch für Christen legitim. Gleichzeitig spricht man sich gegen deren Einsatz aus.
Das geht natürlich nicht. Es gilt entweder oder: Wenn man glaubwürdig abschrecken will und droht, ist man auch bereit, Atomwaffen einzusetzen. Sonst verliert diese Drohung an Glaubwürdigkeit. Das wäre Selbstbetrug. Damit hat sich zumindest die Führung der evangelischen Kirche in Deutschland als glaubwürdiger Akteur in der friedenspolitischen Debatte weitgehend verabschiedet."

Momentan wächst allerdings die Gefahr eines Atomwaffenkriegs.[93]

5.3.4 Kriegsdienstverweigerung

Der Abschnitt zur Kriegsdienstverweigerung ist recht lang: Die Abschnitte 156 bis 172, die Seiten 121-137. Unbestreitbar ist das Thema von großer Bedeutung. Dass in Abschnitt 164 der aktuelle Gesetzgebungsvorgang kommentiert wird und in 166 sogar der Einsatzort

[91] WIKIPEDIA 29. Jan. 2026a.
[92] ZUMACH 15. Mai 2026.
[93] In Russland wird momentan der Einsatz von Atomwaffen im gegenwärtigen Krieg diskutiert. Noch sind die Befürworter eines Einsatzes in der Minderheit.

eine Frage evangelischer Ethik ist, ist dann doch schon seltsam. Militärgeistliche diskutieren ihre Praxisprobleme.

Wenn der Schutz der Bürger Aufgabe des Staates ist, wenn der Schutz des Nächsten vor Gewalt Pflicht eines Christenmenschen ist, dann kann es zunächst keine grundsätzlichen Einwände gegen eine Wehrpflicht geben. Ihr weitere Ausgestaltung – z. B. ob auch Frauen einbezogen werden – ist Aufgabe des Gesetzgebers, nicht von theologischen Kommissionen.

> (161) […] **Die offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung zeigt, dass Sicherheit derzeit nicht allein, möglicherweise auch nicht vorrangig durch die Stabilisierung der internationalen Rechtsordnung erreicht werden kann. Vielmehr ist die eigene sicherheitspolitische Resilienz, zu der auch die Verteidigungsfähigkeit und die Abschreckungsfähigkeit gehören, neu zu bedenken**. In diesem Kontext sind auch die Fragen nach einer möglichen Rückkehr zur Wehrpflicht oder die einer allgemeinen Dienstpflicht wieder stärker in den Fokus gerückt.

Die Wehrpflicht wird mit einer bestimmten politischen Sicht der Entwicklung der internationalen Beziehungen begründet. Diese Auffassung wurde in der Denkschrift an keiner Stelle geklärt; das ist auch nicht erforderlich, denn es hat eine *offenkundige Missachtung der internationalen Rechtsordnung* gegeben.

Offenkundig ist aber offenkundig, die Sonne steigt *offenkundig* im Osten auf und geht im Westen unter, also dreht sich die Sonne *offenkundig* um die Erde.

Dass die Denkschrift sich um gegenteilige Auffassungen nicht schert, wurde schon festgestellt. Sie will Gewissen in eine bestimmte Richtung formen. Und die staatliche Obrigkeit hat schon deshalb Anspruch auf die jungen Männer und auch Frauen, weil sie die Obrigkeit ist.

Weil, wie Abschnitt 164 der Denkschrift erklärt, die vier Dimensionen des Gerechten Friedens, an erster Stelle die Sicherheit, letztlich alle Bereiche des Lebens umfassen, muss letztlich jeder Bereich des Lebens dem Sicherheitsimperativ unterstellt werden. Die Sicherheit wird total, gar totalitär, denn jeder Bürger hat sich jederzeit mit jeder Faser seiner Existenz dieser Sicherheit dienend zu unterwerfen.

(174) Die Legitimität der Androhung bzw. Ausübung von Gewalt müssen zunächst die politischen Verantwortlichen sicherstellen und einsichtig machen. Soldaten und Soldatinnen sind in Deutschland weisungsgebunden. Sie dienen in einer parlamentarisch legitimierten Bundeswehr. Die Verantwortung des einzelnen Soldaten bzw. der einzelnen Soldatin bleibt von der politischen Entscheidung aber unberührt. **Er und sie haben die Androhung bzw. Ausübung von militärischer Gewalt vor ihrem Gewissen zu verantworten**.

Im realen Leben reicht es, wenn die Verantwortlichen die Legitimität eines Einsatzes bloß behaupten. Jeder wusste 1999, dass der Angriff gegen Jugoslawien rechtswidrig war, also behauptete man eine Art höherer Gerechtigkeit[94]. Es zeigte sich auch sehr schnell, dass die Einsätze von Nato-Staaten und anderen in Afghanistan zu keinem sinnvollen Ende geführt werden konnten. Dennoch haben die Soldatinnen und Soldaten mitgemacht.

Nie hat sich einer der Generäle der Bundeswehr für irgendetwas verantwortlich gezeigt. Sie dürften sowohl um die Rechtswidrigkeit des einen Kriegs gewusst haben wie um die Sinnlosigkeit des anderen. Es gab noch nicht einmal Gerüchte über heimliche kritische Bemerkungen aus der Führung der Bundeswehr. Und wenn dennoch alle mitgemacht haben, dürfte das mit Korpsgeist, Gruppendruck und finanziellen Bindungen zu erklären sein.

Aus dem „Reibert", dem „Handbuch für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr"[95]:

„Der Soldat der Bw hat die Pflicht, die Regeln des Völkerrechts zu achten, einzuhalten und seinem Handeln zugrunde zu legen. Bei Zweifeln über die Rechtslage muss er ggf. die Entscheidung seiner Vorgesetzten herbeiführen. Ist das nicht möglich, handelt er nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und folgt seinem Gewissen."

[94] VARWICK 2017, S. 151 f.
[95] BOCKLET 2019, S. 148.

Hier ist Gelegenheit, eine andere wesentliche Frage zu stellen: Wer befiehlt über Krieg und Frieden in unserem Land? Wie souverän ist Deutschland, wenn es um den Einsatz von Waffen, insbesondere Atomwaffen vom eigenen Gebiet aus geht? Die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg verlangt eine legitime Obrigkeit, die das Recht hat, einen Krieg für das Gemeinwesen zu führen[96]. Gollwitzer erinnerte an einen im SPIEGEL berichteten Vorgang[97]:

> *„W. Bittorf* […] *berichtet* (*Spiegel 1981, Nr. 28, 123 f*), *bei der Beratung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO über die neuen Mittelstreckenraketen habe Bundesverteidigungsminister Hans Apel ‚vorsichtig' die Frage nach dem Vetorecht der Stationierungsländer gestellt. Der US-Verteidigungsminister Brown habe dies daraufhin an die Bedingung geknüpft, daß die betreffenden Länder mindestens die Hälfte der Kosten der neuen Waffensysteme übernähmen* (*nach dem letzten Voranschlag die Hälfte von 14 Milliarden DM*). *Auch diesen nur fiktiven Vorschlag griffen die Europäer nicht auf, und so blieb es bei der Absicht der amerikanischen Seite: keine Mitentscheidung der Europäer über die Verwendung der gefährlichsten Waffen, die je auf ihrem Boden standen. – Die Geschichte der Preisgabe unserer nationalen Selbstbestimmung ist unglaublich. Von der Bundesregierung und den drei Bundestagsparteien, die sie zu verantworten haben, wird dafür beharrlich Rechenschaft verlangt werden müssen."*

Es sieht leider nicht so aus, dass Deutschland politisch-militärisch souveräner geworden ist. Eine Auswertung gegenwärtiger Entwicklungen in der Nato ergibt ein anderes Bild[98]:

> *„Washington verfolgt das Ziel, die Taktik – die eigentliche Kriegsführung am Boden – abzugeben. Allerdings bleibt die Strategie als übergeordnete Planungsebene fest in den USA verankert.* […]
> *Weit davon entfernt, sich zurückzunehmen, signalisierte der Ankara-Gipfel eine massive Zentralisierung dieser Macht. Er trieb Rahmenwerke voran, die dem SACEUR die Befugnis erteilen, Truppen und*

[96] WIKIPEDIA 1. März 2026d.
[97] GOLLWITZER 1988c, S. 350.
[98] BONILLA 31. Aug. 2026b.

Ressourcen der Mitgliedstaaten unilateral quer über den Kontinent zu verlegen sowie Alarmbereitschaftsstufen festzulegen, ohne dafür im Einzelfall eine formelle Genehmigung einholen zu müssen – ein Schritt, der die nationale Souveränität in Europa faktisch aushöhlt. Was an diesem nicht unwichtigen Machttransfer vielleicht am erstaunlichsten ist, ist der geradezu totale Medien-Blackout, der ihn begleitete. Eine Entscheidung, die es einer US-geführten Kommandostruktur erlaubt, europäische Parlamente zu umgehen, hätte eigentlich die Schlagzeilen dominieren müssen."

Die verfassungsrechtlichen Regelungen zur Feststellung des Verteidigungsfalles in Artikel 115a Abs 1 und 2 GG (WIKIPEDIA 15. Sep. 2026f) sollen von einem US-General beiseitegeschoben werden können, Konsultationen sind nicht erforderlich. Damit stünde die Bundeswehr in einer Krise zur Verfügung einer Macht, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Von einer legitimen Obrigkeit kann dann nicht mehr die Rede sein. Die Bundeswehr ist auf dem Weg, unter allen Aspekten eine von den USA abhängige Hilfstruppe zu werden, am Beispiel der F35-Bomber[99]:

„Wobei ohne die USA ohnehin nichts läuft: Abgesehen von Übungsflügen muss die Bundeswehr jeden einzelnen Missionsflug von den Amerikanern programmieren lassen: Routen, Ziele, Taktiken."

Manchen in der Politik scheint diese zunehmende Abhängigkeit aber gar nicht zu stören. Vielleicht ist unsere Vorstellung, Politiker der verschiedenen Nato-Staaten seien zuerst Angehörige ihrer Staaten und dann erst Verbündete, überholt. Vielleicht muss man stattdessen von einer über den Staaten stehenden Nato-Elite ausgehen, die die Interessen und die Politik der Nato schon längst über die ihrer eigenen Staaten gestellt hat. Vielleicht ist es besser, von einem Deep-State der Nato auszugehen, der die einzelnen Staaten schon längst überformt[100].

Dann wäre schon der Ausgang der Denkschrift von der Frage, wie die deutsche Außen- und Militärpolitik neu zu gestalten sein,

[99] SCHWEPPE 22. Sep. 2026.
[100] BONILLA 24. Aug. 2026a.

unsinnig, denn es ginge nur noch um die Frage, wie man die längst entschiedene Änderung der Politik mit allerlei Argumentationsfiguren, wie immer man sie basteln möge, den Deutschen zu verklickern habe[101].

5.3.6 Ausklang

> (180) Wer so betet, dass Gottes Friede erfahrbar wird, und sei diese Erfahrung auch noch so fragmentarisch, handelt aber auch anders – nicht aus Kalkül, sondern aus Vertrauen in Gott. Wer sich vom Frieden Gottes berühren lässt, gewinnt Kraft zum Handeln. Daraus folgt: **Die Botschaft, die vom Frieden Gottes ausgeht, beschränkt sich nicht auf fromme Innerlichkeit. Sie drängt hinaus in die Welt, prägt den Alltag, das Miteinander, das politische und soziale Engagement**.

Wie mag ein atheistischer Kritiker der gegenwärtigen Außen- und Militärpolitik diesen Abschnitt über das Beten von Angehörigen der Bundeswehr lesen? – Das muss hier nicht ausgeführt werden.

> (186) Friede braucht soziale Gerechtigkeit. Armut, Ausgrenzung und ungleiche Bildungschancen gefährden nicht nur individuelles Leben, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb gehört zur Friedensethik und, daraus abgeleitet, zur Friedensarbeit der Einsatz für gerechte Strukturen – lokal und global. Christlicher Glaube kennt keinen Frieden ohne Teilhabe und Befähigung, keine Gerechtigkeit ohne Engagement für die Schwachen.

Die Aussage ist richtig. Aber genau deshalb hätte man im Abschnitt über die Rüstung gerne mehr gelesen.

> (187) **Gerechter Friede braucht einen friedensfördernden Umgang mit Pluralität**. Die Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen und all der unterschiedlichen Befähigungen und Bedürfnis-

[101] Verschwörungstheorie, natürlich.

se sprechen unbedingt dafür, Pluralität grundsätzlich zu fördern. Die Kraft für ein friedvolles Zusammenleben von Pluralität gilt es zu stützen. In der erlösungsbedürftigen Welt wird es aber immer auch destruktive Mächte geben. Wo sie den Frieden gefährden, müssen sie eingehegt werden.

Die Denkschrift ist nun gerade kein Ausdruck von Pluralität, sie kennt nur eine einzige politische Sichtweise. Alles andere gehört in die hybride Kriegsführung des Feindes. (Das sagt die Denkschrift zwar nicht explizit, praktiziert sie aber.)

(188) **Gerechter Friede kann sich am umfassendsten in pluralen Demokratien entfalten**. Plurale Demokratien sind in besonderer Weise auf die Beteiligung mündiger und informierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Kirchen können Räume schaffen, in denen Dialog gelingt, Würde geachtet wird und politische Bildung stärkt, was andernorts fragil geworden ist. Gerade in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft braucht es solche Orte der Verständigung, die auf dem Vertrauen gründen, dass diese Welt eine andere sein kann.

Mit dieser Denkschrift wird gerade kein Dialog geschaffen. Eine Kirche dieser Denkschrift wäre nur ein religiös argumentierender Propagandaapparat.

(190) **Friedensbildung ist zentral für jede friedensfähige Gesellschaft. Sie gründet auf der Vermittlung sachlicher Information einerseits und auf der Förderung der Reflexionsfähigkeit andererseits**. Damit ermutigt sie zur Gestaltung von Frieden im eigenen Umfeld und darüber hinaus, auch und gerade unter komplexen weltpolitischen Bedingungen. Als Bildungsauftrag der ganzen Gesellschaft gehört Friedensbildung in Schulcurricula und in die politische Bildung. Aufgabe der Kirche ist es, eine auf Gewissensbildung angelegte Friedensbildung in Religions- und Konfirmandenunterricht, in Erwachsenenbildung und Gemeindearbeit vor dem Hintergrund neuer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen stetig fortzuentwickeln. Friedensbildung ist eine geistliche, ethische und politische Aufgabe

zugleich. Denn sie macht Menschen zu Trägerinnen und Trägern von Hoffnung und Verantwortung.

Weder informiert diese Denkschrift „sachlich“ noch fördert sie die „Reflexionsfähigkeit“. Das ist in dieser Kritik klipp und klar nachgewiesen. Der Zweck dieses Abschnitts kann nur sein, dass gesagt wird, was das Publikum hören möchte. Inhaltlich ist das ohne Bedeutung.

6. | Resümee

„Es ist eine Aufgabe der Kirchenführer aller Ränge, die Führer der anderen sozialen Gruppen so zu beeinflussen, daß sie das Recht der Kirchen zur Ausübung der priesterlichen und der prophetischen Funktion anerkennen. Es gibt viele Wege, auf denen das geschehen kann, je nach der verfassungsmäßigen Struktur der Gesellschaft und der juristischen Stellung der Kirchen in dieser. In jedem Fall aber gilt: Wenn die Kirchen politisch handeln, so müssen sie es im Namen der Geistgemeinschaft tun, d. h. die Kirchen müssen alle Methoden vermeiden, die der Geistgemeinschaft widersprechen, wie militärische Aktionen, vergiftende Propaganda, diplomatische List, das Erwecken von religiösem Fanatismus usw. Je entschiedener eine Kirche solche Methoden verwirft, um so größer wird ihre Macht letztlich sein, denn ihre wahre Macht liegt darin, daß sie eine Schöpfung des göttlichen Geistes ist."

PAUL TILLICH[102]

„Überhaupt liest sich die Denkschrift über weite Strecken, als hätte eine KI eine regierungsamtliche Verlautbarung in eine ‚besondere' evangelische Diktion verwandelt, garniert mit allerlei einerseits andererseits und sowohl als auch."

UWE-KARSTEN PLISCH[103]

Die Diskussion dieser Denkschrift muss die theologische und die politische Ebene unterscheiden:

1. Eine kirchliche Schrift über Krieg und Frieden, die im selbsterteilten Öffentlichkeitsauftrag in die politischen Auseinandersetzungen eingreifen soll, sollte unter politischen Gesichtspunkten diskutiert werden:
   a. Sehen: Ist ihre Analyse dem Gegenstand angemessen? Oder ist der Text einseitig und ideologiegeladen?
   b. Urteilen: Beurteilt sie die Handlungsmöglichkeiten verantwortungsvoll? Oder wählt sie unter ideologischen Gesichtspunkten aus? Werden die Optionen offengelegt?

[102] TILLICH 1987, S. 248.
[103] In: BÜRGER 2026b, S. 210.

c. Handeln: Schlägt sie Handlungen vor, die tatsächlich oder nur behauptet geeignet sind, Kriegsgefahren zu vermindern und Frieden zu festigen?

2. Sie muss natürlich auch binnenkirchlich, also theologisch beurteilt werden: Wird die Schrift dem Wort Gottes gerecht?

a. Welche theologisch-ethischen Traditionen nimmt sie auf? Wie gewichtet sie diese Traditionen?
b. Stellt sie ihre Positionen in einen weltweiten christlichen Zusammenhang?
c. Wie nimmt sie die Vielfalt der Positionen im eigenen kirchlichen Raum wahr?

Es könnte sich dieses Ergebnis zeigen:

1. Die politische Diskussion: Die Autoren, soweit sie öffentlich auftreten, verweigern sich jeder politischen Diskussion. Sie sind von geradezu fanatischer Einseitigkeit[104]. Aber genau an dieser Stelle ist die Denkschrift verwundbar. Sie hat keine politisch-Analyse

a. der gegenwärtigen Situation. Deshalb kann sie nicht zeigen, warum andere politische Einschätzungen falsch sind. Sie ist intellektuell hilflos.
b. Das betrifft sowohl den russisch-ukrainischen Krieg als auch den im Gaza-Streifen.
c. Soweit sie sich überhaupt zum Bündnis äußert, sind ihre Aussagen ein blindes Wünsch-Dir-Was.
d. Sie kann deshalb kein Konzept einer Außenpolitik des Friedens entwickeln. Denn wer sich weigert, die Welt zu verstehen, kann in ihr auch nicht verantwortungsvoll handeln.
e. Die Behauptung, in ihr drücke sich deshalb Verantwortungsethik gegen fahrlässige Gesinnungsethik aus, ist deshalb haltlos. Es handelt sich vielmehr um eine weltblinde Gehorsamsethik.

[104] Man höre sich Frau Krippner im Podcast mit dem ehemaligen hamburgischen Schulsenator Ties Rabe an (EKD 2025b). Da scheint keine rationale Diskussion mehr möglich. (Scheint: Man gebe die Hoffnung bei niemanden auf.)

2. Die theologische Diskussion: Die Autoren geben sich als harte Lutheraner, als Verantwortungsethiker. Es gilt ausschließlich das konstantinische Paradigma. Dieser Ansatz hat durchaus große Tradition für sich. Jener anderen Sicht aber, die mit Jesus, dem Gekreuzigten, das Reich Gottes in der Welt aufscheinen lassen will, wird die Gleichberechtigung verweigert.[105] Sie muss in der Diskussion immer wieder nach vorn gebracht werden, denn ein Verein mit einem Jesus, dessen Reich Gottes in die Rede über dieses Reich verschoben wird, ist keine Kirche. Das Kriterium sind die Atomwaffen. Wird theologische Ethik aus dem Bekenntnis zum Herrn Jesus Christus oder aus (angeblichen) politischen Notwendigkeiten bestimmt?

Der grundlegende und nicht korrigierbare Fehler dieses Textes ist, dass er eine durchaus passable theologische Tradition mit Nato- und BMVg-Propaganda vermischt. Er entzieht sich jeder differenzierten Analyse der gegenwärtigen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, er verweigert sich jeder Kontroverse, respektiert genau damit nicht das Bedürfnis der Menschen, christlichen und nichtchristlichen, sich mit eigenem Kopf selbstständig zu orientieren. Der Text eröffnet die Möglichkeit eines Angriffskriegs mit unvorstellbaren Folgen.

Die Friedensbewegung der 1980er Jahre hatte einen politischen Minimalkonsens, den „Krefelder Appell“[106]. Die christlichen Gruppen der Friedensbewegung hatten zwar ihre besonderen christlichen und politischen Anliegen, aber keine gegensätzlichen.

Auch heute müssen die Gemeinsamkeiten betont werden:

1. Die Ablehnung des Kriegskurses der Bundesregierung und jeder kirchlichen Unterstützung, wie immer man politisch zum Krieg in der Ukraine steht. (Es gibt keinen Grund, die russische Politik zu unterstützen. Aber es gibt viele Gründe, die vielen

[105] Reiner Anselm im Podcast (EKD 2026): Was immer Jesus gesagt haben soll, sagt etwas über die Zeit, die das behauptet. Woraus eben folgt: Es ist also ohne Bedeutung.

[106] KREFELDER ERKLÄRUNG (11. November 1980) *1981.*

Politiken aus dem Westen als falsch anzusehen.)

2. Die Mitbrüder und Mitschwestern der verschiedenen christlichen Wege stellen hier ihre Unterschiede zurück, verstehen sie vielmehr als Reichtum.

Der gedankliche Horizont dieser Denkschrift ist in Größenordnungen enger als der der Heidelberger Thesen. Diese Thesen sind in einer Kommission entstanden, die aus Persönlichkeiten mit sehr gegensätzlichen Auffassungen zusammengesetzt war; Beispiele sind der Militärbischof Hermann Kunst und der Theologe Helmut Gollwitzer. Genau diese Spannung führte zu einem Text, der noch Jahrzehnte später als Referenz zitiert wird[107]. Diese Denkschrift 2025 wird bald verschämt zu den Akten gelegt werden.

Die Heidelberger Thesen geben dem Einzelnen eine Orientierung: Ihm werden die Zusammenhänge und möglichen Folgen seiner Haltung gezeigt, ohne dass ihm die Entscheidung genommen wird. Die Denkschrift 2025 kennt nur eine richtige Analyse und deshalb nur einen richtigen Weg.

Diese Denkschrift lässt einen theologiegeschichtlichen Bruch erkennen: Die durch Krieg und Nachkrieg geprägte Theologenschaft der Bekennenden Kirche und der Kirchlichen Bruderschaften ist weggestorben. Sie gibt es nicht mehr in kirchlichen Leitungen und an theologischen Fakultäten. Die Theologen der 1968er Jahre sind entweder pensioniert oder haben sich bellizistisch so angepasst wie die Grünen, denen sie oft nahe standen.

Diese Denkschrift bereitet die „kriegstüchtige Kirche“[108] vor. Das ist ihre Aufgabe.

---

[107] Die hohe Qualität der „Heidelberger Thesen“ – unabhängig von der Frage, ob ihr Inhalt noch aktuell ist – folgt daraus, dass sie wie ein Resultat einer Dilemma-Diskussion nach Kohlberg/Lind entstanden sind, LIND 6. Mai 2010.

[108] „Teil 3 der Denkschrift, der sich mit diesen Themen befasst [...], liest sich wie eine militärkirchliche Dienstleistung für den Staat und scheint überhaupt der eigentliche Zweck bzw. Kern des ganzen Dokumentes zu sein“ (BÜRGER 2026a, S. 13). Das mag übertrieben erscheinen. Dafür spricht dieser Entwurf: EKD 2025e. Die Kirchen sollen genauso wie Krankenhäuser im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ kriegstüchtig gemacht werden. Dazu MARQUART 20. Mai 2026 und KRUM 2026.

Diese Kirche ist wieder Obrigkeitskirche, Thron und Altar, nicht orientierungslos, weil gehorsam[109]. Sie ist im Militär wieder beliebt, dann hat sich die Anstrengung gelohnt[110].

Kirchliche Friedensgruppen können diesen Text nicht ansatzweise akzeptieren.

Örtliche Gremien der Kirche sollten sich mit ihm gründlich beschäftigen. Er kann dort keinen Bestand haben.

Dieser Text der politischen und theologischen Fehlbeurteilungen hat keine Zukunft. Der Rat der EKD wäre gut beraten, wenn er den Text zurückzieht. Einige theologischen Teile des Textes mag man vielleicht behalten können, alles andere gehört unwiderruflich zurückgenommen. Ein neuer Text wird gebraucht. Dieser Text müsste nicht nur die protestantischen kriegs- und friedensethischen Traditionen darlegen, sondern vor allem einen Blick auf die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zeigen, der die Kontroversen aufnimmt, sie mit ausgewiesenen Kriterien bewertet und so dem Einzelnen eine selbständige Orientierung in den Wirren der Zeit ermöglicht. Die change.org-Initiative „Petition an den Rat der EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik!“[111] weist in die richtige Richtung. Ebenso ein Brief von Karl Barth aus dem Jahr 1959 an an den Europäischen Kongreß gegen atomare Aufrüstung in Basel[112], s. im Anhang.

---

[109] Die Denkschrift bestätigt, was Machiavelli über die Bedeutung der Religion für einen Militärstaat schrieb: Mit ihr ist es leichter, Kriege zu führen. Ein neuer Schleiermacher wird diese Denkschrift in einer neuen Schrift „Über die Religion an die Gebildeten unter ihren Verächtern“ als Beleg für seine kritische Haltung gegenüber der Staatskirche verwenden. Kirche im Kapitalismus hat eben besondere Ausprägungen, s. GOLLWITZER 1988b.

[110] UZULIS 11. Sep. 2026.

[111] PETITION AN DEN RAT DER EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik! *11. Juni 2026.*

[112] Über den Kongress in Basel s. LANG 30. Sep. 2024. Er wurde von der Regierung der Schweiz verboten und fand dann in Frankfurt am Main und London statt, s. WALTHER 1981, S. 171. Karl Barth war einer der Teilnehmer, ferner Bertrand Russel und Günther Anders, SUB-BAVARIA 2025.

Anhang



D. Martin Luther.











MATERIALIEN

(Die Texte sind gekürzt.)

Texte aus den Kirchen

Die Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR 1957

Quelle: adn 27. Apr. 1957

Die Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR haben in einer Erklärung, der Bischof D. Dr. Dibelius und sämtliche evangelischen Bischöfe der DDR beigetreten sind, den Einsatz jedes einzelnen Deutschen zur Ächtung der Massenvernichtungsmittel gefordert. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir danken den westdeutschen Atomforschern für ihre Warnung vor einer atomaren Aufrüstung deutscher Streitkräfte.
Wir danken den ostdeutschen Atomforschern für ihre Warnung vor einer Fortsetzung der Atombombenexperimente.
Mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der gesamten Diskussion sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel.
In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur mißbraucht. In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten.
In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.
Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen.
Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen.

Heidelberger Thesen 1959
Quelle: EKD [1959] 2025d

These I | Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters.
In der verworrenen Debatte über das Atomproblem suchen die Menschen mit Recht nach einer einfachen Aussage, die zum Leitfaden des Handelns werden könnte. Wir glauben, daß diese Einfachheit nicht in Regeln gefunden werden kann, welche einzelne Handlungen gebieten oder verbieten, wohl aber im Ziel des Handelns. Dieses Ziel muß die Herstellung eines haltbaren Weltfriedens sein. Früheren Zeiten mußte der Weltfriede als ein wahrscheinlich unerreichbares Ideal erscheinen. Christen mußten geneigt sein, ihn erst mit dem Jüngsten Gericht zu erwarten. Für unser technisches Zeitalter aber wird er zur Lebensbedingung. Er beginnt heute genau deshalb möglich zu werden, weil er notwendig wird.

Die Notwendigkeit des Weltfriedens ist kein Satz des Christentums und erst recht kein schwärmerischer Satz, sondern eine Aussage der profanen Vernunft. Der Weltfriede des technischen Zeitalters ist nicht das Paradies auf Erden.

These II | Der Christ muß von sich einen besonderen Beitrag zur Herstellung des Friedens verlangen.
Obwohl die Notwendigkeit des Weltfriedens ein Satz der profanen Vernunft ist, hat die Christenheit auf dem Wege zu ihm eine besondere Aufgabe. Den Christen und durch sie allen ihren Brüdern ist gesagt: In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Durch die Christen sollte der Friede Gottes in der Welt wirksam werden, der allein den Frieden der Welt zum Segen werden lassen kann.

These III | Der Krieg muß in einer andauernden und fortschreitenden Anstrengung abgeschafft werden.
Daß in zukünftigen begrenzten Konflikten Atomwaffen eingesetzt werden, ist möglich, ja wachsend wahrscheinlich. Daß ein solcher Kampf in den totalen Weltkrieg umschlägt, ist jederzeit möglich. Die Kapitulation gegenüber einer diktatorischen Weltmacht rechnen wir nicht zu den realen Möglichkeiten.

These IV | Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.
Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß die Zeitspanne, die uns das gegenwärtige Kräftegleichgewicht läßt, in träger Resignation vertan wird.

These V | Der Weg zum Weltfrieden führt durch eine Zone der Gefährdung des Rechts und der Freiheit, denn die klassische Rechtfertigung des Krieges versagt.
Es ist seit langem die herrschende Lehre der Christenheit gewesen, daß der Christ, auch wenn er auf die Gewalt zum Selbstschutz zu verzichten bereit ist, ihrer zum Schutz seiner Mitmenschen nicht entraten könne. Ihre Anwendung wurde durch Regeln des rechten Gebrauchs eingeschränkt. In bezug auf den Krieg waren diese in der Lehre vom gerechten Krieg zusammengefaßt, die ja nicht eine Rechtfertigung, sondern eine Begrenzung des als unvermeidlich anerkannten Übels des Krieges bezweckte. Krieg sollte nur zur Abwehr größeren Übels und nur so geführt werden, daß er nicht selbst zum größeren Übel wurde. Niemand kann leugnen, daß dieses Prinzip in der Christenheit durch die Jahrhunderte hindurch immer wieder flagrant verletzt worden ist. Aber wenigstens war sein prinzipieller Sinn klar; wenigstens die Möglichkeit seiner Anwendung bestand.

Wir sehen nicht, wie dieses Prinzip auf den Atomkrieg noch angewandt werden kann. Er zerstört, was er zu schützen vorgibt. Wie können wir die Erhaltungsordnung, die der Schöpfer gewollt hat, zur Rechtfertigung atomarer Kriegführung in Anspruch nehmen? Wir brauchen die subjektive Aufrichtigkeit derer nicht in Zweifel zu ziehen, die von der Entwicklung kleiner und sauberer Atomwaffen eine Humanisierung des Atomtodes erhoffen, ebensowenig wie die Möglichkeit, daß einmal begrenzte Konflikte mit diesen Waffen ausgefochten werden können; aber auch ihre Wirkung ist schlimm genug, die Gefahr einer Überschreitung so künstlich gezogener Grenzen des Einsatzes vorhandener Waffen ist groß genug, um uns die Errichtung einer neuen stabilen Ordnung humaner Kriegführung mit ihnen als ausgeschlossen erscheinen zu lassen.

Dies aber bedeutet, daß in unserer Welt Lagen eintreten, in denen das Recht keine Waffe mehr hat. Die ultima ratio der kriegeri-

schen Selbsthilfe wird durch die Mittel, derer sie sich bedienen müßte, lebensgefährlich und moralisch unerträglich; eine Instanz, an die sich das bedrängte Recht, die bedrängte Freiheit mit Aussicht auf Erfolg wenden könnte, besteht aber für viele Fälle nicht.

These VI | Wir müssen versuchen, die verschiedenen, im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.

Die Liebe muß uns drängen, die Gründe des Bruders, der sich anders entscheidet als wir, mit besonderer Sorgfalt zu prüfen und sie zu verstehen, auch wo wir sie verwerfen. Wir glauben jedoch, daß es für nach außen entgegengesetzte Entscheidungen im Atomproblem einen gemeinsamen Grund geben kann, von dem aus verstanden sie einander geradezu fordern.

Der gemeinsame Grund muß das Ziel der Vermeidung des Atomkrieges und der Herstellung des Weltfriedens sein. Keine Handlungsweise, die nicht auf diesem Grund ruht, scheint uns für einen Christen möglich.

These VII | Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.

Die einzige und begreifliche Rechtfertigung des Besitzes von Atomwaffen ist, daß ihre Anwesenheit heute den Weltfrieden vorläufig schützt. Ihre Anwesenheit wirkt aber nur, wenn mit ihrer Anwendung für bestimmte Fälle gedroht wird. Die Drohung wirkt nur, wenn die Bereitschaft, ernst zu machen, vorausgesetzt werden kann.

Eine Rechtfertigung ihres tatsächlichen Einsatzes durch die traditionelle Kriegsethik vermögen wir aber nicht mehr zu geben.

Dieser Gedankengang hat nach unserer Ansicht jedenfalls eine allgemeine und eine individuelle Konsequenz.

Die allgemeine Konsequenz ist, daß die Unmöglichkeit einer grundsätzlichen Rechtfertigung des Atomkriegs nach der Lehre vom gerechten Krieg ausdrücklich anerkannt werden muß. Über die Frage, ob Atomrüstung gleichwohl gerechtfertigt werden kann.

Die individuelle Konsequenz ist, daß jeder, den sein Gewissen drängt, hieraus die Konsequenz eines vollen freiwilligen Verzichts auf jede Beteiligung an diesen Waffen zu ziehen, von der Kirche in dieser Haltung anerkannt werden muß. Auch wer die entgegen-

gesetzte Entscheidung trifft, weiß nicht, ob nicht jener den Weg gewählt hat, der mehr im Sinne des Evangeliums ist.
[…]

These IX | Für den Soldaten einer atomar bewaffneten Armee gilt: Wer A gesagt hat, muß damit rechnen, B sagen zu müssen; aber wehe den Leichtfertigen!

Für den Christen stellt sich die Frage atomarer Bewaffnung oft weniger als die ihm praktisch entzogene politische Entscheidung über Ja oder Nein solcher Rüstung, sondern als die seines persönlichen Wehrdienstes. Aber indem er sich dem militärischen Gehorsam unterstellt, erklärt er sich bereit, die größten vorhandenen Waffen gegebenenfalls auch anzuwenden; die Drohung, die ja den Frieden schützen soll, ist sonst illusorisch.

Wie fragwürdig diese Lage immer bleibt, zeigt jedoch die folgende Überlegung: Sollte es zum Ausbruch eines atomaren Krieges kommen, so könnten wir als Rechtfertigung des Einsatzes dieser Waffen – da wir die traditionelle Rechtfertigung dafür ausdrücklich verworfen haben – nur die Feststellung zulassen, daß die Drohung ohne Bereitschaft zum Ernstmachen sinnlos gewesen wäre; daß also nun die Folgen des Versagens des Friedensschutzes durch diese Drohung eingetreten und von uns zu tragen sind. Der Christ wird dies nicht anders denn als ein Gericht Gottes über uns alle verstehen können.

These X | Wenn die Kirche überhaupt zur großen Politik das Wort nimmt, sollte sie den atomar gerüsteten Staaten die Notwendigkeit einer Friedensordnung nahebringen und den nicht atomar gerüsteten raten, diese Rüstung nicht anzustreben.

These XI | Nicht jeder muß dasselbe tun, aber jeder muß wissen, was er tut.

Quelle: Atomzeitalter – Krieg und Frieden, herausgegeben von Günter Howe, Witten/Berlin 1959, S. 226-236.

Eine Erklärung
des Moderamens des Reformierten Bundes (1982)
Quelle: REFORMIERTER BUND 1982.

Im Folgenden lesen Sie die Thesen der Erklärung zur Friedensverantwortung, die das Moderamen des Reformierten Bundes 1982 einstimmig annahm.

I. | Jesus Christus ist unser Friede. In seinem Tod am Kreuz und in seiner Auferstehung von den Toten hat Gott die ganze gottfeindliche Welt mit sich versöhnt und alle Menschen unter den Zuspruch und Anspruch seines Friedens gestellt. Dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn gehört alle Macht im Himmel und auf Erden. Er hat seine Gemeinde in die Welt gesandt, das Wort von der Versöhnung auszurichten, seinen Frieden zu bezeugen und im Gehorsam gegen sein Wort Frieden zu halten mit allen Menschen. Sein Friede, den die Welt nicht geben, nicht sichern oder zerstören kann, befreit und verpflichtet dazu, für den Frieden unter den Menschen zu beten, zu denken und zu arbeiten.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Meinung, die Frage des Friedens auf Erden unter den Menschen sei eine politische Ermessensfrage und darum unabhängig von der Friedensbotschaft des Evangeliums zu entscheiden.

Angesichts der Bedrohung des Friedens durch die Massenvernichtungsmittel (A-B-C Waffen und konventionelle Massenvernichtungswaffen) haben wir als Kirche meist geschwiegen oder nicht entschieden genug den Willen des Herrn bezeugt. Jetzt, da stärker als zuvor die Möglichkeit des Atomkriegs zur Wahrscheinlichkeit wird, erkennen wir: Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht.

II. | In Jesus Christus hat Gott allen Menschen Frieden gewährt. In der Versöhnungstat Jesu Christi begründet er die neue Wirklichkeit: Die ganze Welt ist mit Gott versöhnt. In dieser Wirklichkeit leben wir. Ihr sollen wir durch unser ganzes Leben im Glauben und im Gehorsam entsprechen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller lebensbedrohenden Feindschaft unter den Menschen und allen ideologischen Feindbildern, mit denen eine bislang ungebändigte Aufrüstung begründet wird.

III. | Gott ist der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz unserer Schuld hält und erneuert er in Treue den Bund mit uns Menschen und gibt nicht preis die Werke seiner Hände.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Entwicklung, Bereitstellung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die den von Gott geliebten und zum Bundespartner erwählten Menschen ausrotten und die Schöpfung verwüsten können.

Im Vertrauen auf den Gott des Bundes und der Treue wollen wir uns nicht länger von solchen „Waffen" umgeben, „schützen" und gefährden lassen.

IV. | Gott verbindet in Christus seinen Frieden mit der Verheißung und dem Gebot menschlicher Gerechtigkeit.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Bejahung oder auch nur Duldung eines „Sicherheitssystems", das auf Kosten der Hungernden und Elenden der Erde und um den Preis ihres Todes erhalten wird.

Im Gehorsam gegen den Gott des Friedens und der Gerechtigkeit wollen wir uns einsetzen für einschneidende Kürzungen der Rüstungshaushalte zugunsten der Armen. Im Vertrauen auf ihn sind wir bereit zu ersten, auch einseitigen Schritten der Abrüstung, deren politische Durchsetzung wir fordern und voranbringen wollen. Solche ersten Schritte sind:

- die grundsätzliche Verpflichtung, Konflikte ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt lösen zu wollen,
- der Verzicht auf immer neue Waffen,
- der sofortige Einhalt der Entwicklung und Stationierung neuartiger Massenvernichtungsmittel,
- die Verpflichtung, die vorhandenen Massenvernichtungsmittel in einem Krieg nicht anzuwenden und erst recht nicht als erster einzusetzen,

– die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen,
– kalkulierte, einseitige Abrüstungsmaßnahmen,
– das Verbot und die Verhinderung der Rüstungsexporte.

V. | Jesus Christus, der Sohn Gottes, ist der eine und einzige Herr, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Sein Gebot ist Maßstab und Grenze auch aller innerweltlichen, politischen Verantwortung der Christen.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit der Auffassung, die Lösung des Problems der notwendigen und angemessenen Machtmittel des Staates sei allein dem politischen Ermessen und der „praktischen Vernunft" vorbehalten und es könne für Christen dabei keine eindeutige Entscheidung geben, die sich von ihrem Glauben her hinreichend begründen ließe.

Im Glaubensgehorsam gegen Jesus Christus sagen wir: Auch für staatliche Machtmittel gibt es eine durch das Gebot des Herrn gesetzte Grenze, die nicht überschritten werden darf. Massenvernichtungsmittel sind keine angemessenen und notwendigen Machtmittel, mit denen ein Staat potentielle militärische Gegner abschrecken und im Kriegsfall bekämpfen darf. Es ist zwar Aufgabe des Staates, für Recht und Frieden zu sorgen und das Leben seiner Bürger zu schützen. Aber Massenvernichtungsmittel zerstören, was sie zu verteidigen vorgeben. Ihnen gilt von seiten der Christen ein aus dem Bekenntnis zu Gott dem Schöpfer, Versöhner und Erlöser gesprochenes bedingungsloses „Nein!", ein „Nein ohne jedes Ja".

VI. | Jesus Christus, der für uns gekreuzigte und auferstandene Herr, ist gegenwärtig in der Kraft des Heiligen Geistes. Unter seiner Herrschaft, die sich ohne Gewalt durchsetzt, und unter seiner Leitung, die niemanden zwingt, gewinnen wir Hoffnung und Zuversicht.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit aller Hoffnungslosigkeit und Passivität angesichts der ungeheuren Bedrohung und der oft aussichtslos erscheinenden Mühe um die Bewahrung des Friedens.

VII. | Gott wird die in Christus beschlossene Versöhnung mit der Wiederkunft des Herrn vollenden und einen neuen Himmel und eine neue Erde schaffen, in denen Gerechtigkeit und Frieden ohne

Ende wohnen. Steht diese Vollendung des Heils auch noch aus, so wird sie doch – von Gott in der Auferstehung des Gekreuzigten verbürgt und von ihm bestimmt – kommen und mit der Auferweckung aller Toten und dem letzten Gericht anheben.

Dieses Bekenntnis unseres Glaubens ist unvereinbar mit allem aufgeregten, ziellosen Aktivismus, allem blasphemischen Spekulieren über die „Schrecken der Endzeit", allem Desinteresse an den Fragen der Friedenserhaltung und aller politischen Gleichgültigkeit hinsichtlich der Entwicklung der Welt.

In der Hoffnung auf den wiederkommenden Herrn sind wir frei zu vorläufigen, auch unvollkommenen, aber tapferen und entschiedenen Schritten für den Frieden. Vor ihm als dem letzten Richter über unser Leben werden wir Rechenschaft darüber ablegen müssen, was wir mit den jeweils eigenen Gaben dazu beigetragen haben, Widerstand gegen die Bedrohung zu leisten, die atomare Katastrophe zu verhindern und seinen Frieden in Wort und Tat zu bezeugen.

Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift

Quelle: REFORMIERTER BUND o. D.

Uneingeschränkte Ächtung von Massenvernichtungswaffen muss bestehen bleiben!

Die evangelische Kirche hat [im Jahr 2025] eine Friedensdenkschrift vorgelegt, in der sich die reale Bedrohung spiegeln soll. Die geänderte Position zu Atomwaffen wird vom Moderator des Reformierten Bundes kritisch gesehen.

Der Moderator des Reformierten Bundes in Deutschland, Bernd Becker, hat die aktualisierte Bewertung von Massenvernichtungswaffen in der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) kritisiert. „Jedem Versuch, biblische Friedensgebote zu relativieren oder nukleare Abschreckung theologisch oder ethisch zu legitimieren, ist entschieden zu widersprechen", sagte der Theologe dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bielefeld.

„Christliches Zeugnis drängt zum Eintreten für Ächtung von Atomwaffen."

Das christliche Zeugnis dränge vielmehr darauf, „im Vertrauen auf Gottes Frieden für die internationale Ächtung und vollständige Abrüstung von Atomwaffen einzutreten und Initiativen zu unterstützen, die einer friedlichen und gerechten Weltordnung ohne nukleare Bedrohung dienen“, erklärte Becker, der auch Vorstand des Evangelischen Presseverbandes für Westfalen und Lippe ist. Das am Montag auf der EKD-Synode in Dresden präsentierte Grundsatzpapier mit dem Titel „Die Welt in Unordnung“ ächtet Atomwaffen wie bereits das Vorgängerpapier von 2007 weiterhin als friedensethisch nicht zu rechtfertigen. Zugleich erkennt es an, dass die Drohung mit Atomwaffen einer wirkungsvollen Verteidigung dienen könne. „Auch die nukleare Teilhabe oder der Besitz von Nuklearwaffen kann eine ethisch begründbare Entscheidung sein“, heißt es in der Denkschrift.

„Drohung mit solchen Waffen widersprechen
Geist des gerechten Friedens.“

„Der Besitz und die Drohung mit solchen Waffen widersprechen dem Geist des gerechten Friedens, wie er in der Botschaft Jesu Christi verankert ist“, erklärte der Theologe. Über die notwendige Würdigung solcher realpolitischen Erwägungen hinaus gebe es die bleibende Mahnung, am durch Gottes Gebot begründeten radikalen „Nein ohne jedes Ja“ zu Massenvernichtungsmitteln festzuhalten, unterstrich er. So sei es auch in der Reformierten Friedenserklärung von 1982 formuliert.

Becker ist seit 2022 ehrenamtlicher Leiter des Reformierten Bundes. Zum Reformierten Bund gehören eigenen Angaben zufolge rund 1,5 Millionen evangelisch-reformierte Christen in ganz Deutschland. Der 1968 in Siegen geborene evangelische Theologe Becker ist Herausgeber der evangelischen Wochenzeitung „Unsere Kirche“ (UK).

Ökumenisches Rahmenkonzept –
Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall
Quelle: EKD 2025e

Das ökumenische Rahmenkonzept „Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall" beschreibt die Rolle und Verantwortung kirchlicher Seelsorgepraxis angesichts neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Es benennt die seelsorglichen Aufgaben in Szenarien militärischer Bedrohung und gewaltsamer Konflikte, die auch Deutschland unmittelbar betreffen können. Dabei werden mögliche Belastungen für Zivilbevölkerung, Soldatinnen und Soldaten, Einsatzkräfte, Verwundete, Gefallene, Kriegsgefangene und Geflüchtete in den Blick genommen. Das Konzept zeigt auf, wie kirchliche Strukturen vorbereitet, vernetzt und gestärkt werden können, um in Krisenfällen handlungsfähig zu bleiben und den Menschen beizustehen. Leitend ist dabei das christliche Motiv des Dienstes am Nächsten, verbunden mit organisatorischen Maximen wie ökumenischer Geschlossenheit, klaren Zuständigkeiten und professioneller Krisenkommunikation. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen zu bündeln und durch frühzeitige Qualifizierung und Begleitung von Seelsorgenden eine krisensensible Seelsorge zu gewährleisten.

Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit
„Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei"
Quelle: LUTHER [1523] 1967a; im Internet s. LUTHER [1523] 2026.

Aufs sechste: Nun fragst du, ob denn auch ein Christ das weltliche Schwert führen und die Bösen strafen dürfe, weil Christi Worte so streng und unzweideutig lauten: „du sollst dem Übel nicht widerstreben", […] Antwort: Du hast jetzt zwei Stücke gehört. Eins, daß unter den Christen das Schwert nicht sein kann; darum kannst du es über und unter den Christen nicht führen, die seiner nicht bedürfen. Darum müßtest du die Frage aufwerfen in bezug auf den andern Haufen derer, die nicht Christen sind, ob du es daselbst christlich gebrauchen könntest. Da ist das andere Stück, daß du dem Schwert zu dienen schuldig bist und es fördern sollst, womit du kannst, es sei mit Leib, Gut, Ehre und Seele. Denn es ist ein Werk, dessen du (zwar) nicht bedarfst, das aber aller Welt und deinem Nächsten ganz von Nutzen und nötig ist. Du solltest, wenn du sähest, daß es am Henker, Büttel, Richter, Herrn oder Fürsten mangelte, und du dich geschickt dazu fändest, dich dazu erbieten und dich darum bewerben, auf daß ja die notwendige Gewalt nicht verachtet und matt würde oder unterginge. Denn die Welt kann und vermag ihrer nicht entraten. […]

Denn wo das nicht wäre, sintemal alle Welt böse und unter Tausenden kaum ein rechter Christ ist, würde eines das andere fressen, daß niemand Weib und Kind aufziehen, sich nähren und Gott dienen könnte, wodurch die Welt wüste würde. Deshalb hat Gott die zwei Regimente verordnet: das geistliche, welches durch den heiligen Geist Christen und fromme Leute macht, unter Christus, und das weltliche, welches den Unchristen und Bösen wehrt, daß sie gegen ihren Willen äußerlich Friede halten und still sein müssen. So deutet Paulus das weltliche Schwert Rom, 13, 3 und sagt, es sei nicht für die guten, sondern für die bösen Werke zu fürchten. Und Petrus sagt (1. Petr. 2, 14), es sei zur Strafe für die Übeltäter gegeben.

Wenn nun jemand die Welt nach dem Evangelium regieren und alles weltliche Recht und Schwert aufheben und vorgeben wollte,

sie wären alle getauft und Christen, unter welchen das Evangelium kein Recht noch Schwert haben will, (bei denen es) auch nicht nötig ist: Lieber, rate, was würde der machen? Er würde den wilden, bösen Tieren die Bande und Ketten auflösen, daß sie jedermann zerrissen und zerbissen, und daneben vorgäben, es waren feine, zahme, kirre Tierlein. Ich würde es aber an meinen Wunden wohl fühlen (was sie in Wirklichkeit sind). So würden die Bösen unter dem christlichen Namen die evangelische Freiheit mißbrauchen, ihre Büberei treiben und sagen, sie seien Christen und keinem Gesetz noch Schwert unterworfen, wie jetzt schon etliche toben und närrisch behaupten.

Diesen muß man sagen; ja freilich ists wahr, daß Christen um ihrer selbst willen keinem Recht noch Schwert Untertan sind, noch seiner bedürfen; aber siehe zu und mach die Welt zuvor voll rechter Christen, ehe du sie christlich und evangelisch regierst. Das wirst du aber nimmermehr tun, denn die Welt und die Menge sind und bleiben Unchristen, ob sie gleich alle getauft (sind) und Christen heißen. Aber die Christen wohnen, wie man sagt, fern voneinander. Deshalb ists in der Welt nicht möglich, daß ein christliches Regiment sich über alle Welt erstrecke, ja, nicht einmal über ein Land oder eine große Menge. Denn der Bösen sind immer viel mehr als der Frommen. Ein ganzes Land oder die Welt mit dem Evangelium zu regieren sich unterfangen, das ist deshalb ebenso, als wenn ein Hirt in einen Stall Wölfe, Löwen, Adler, Schafe zusammentäte und ein jegliches frei neben dem andern laufen ließe und sagte: Da weidet und seid rechtschaffen und friedlich untereinander, der Stall steht offen, Weide habt ihr genug, Hunde und Keulen braucht ihr nicht zu fürchten. Hier würden die Schafe wohl Frieden halten und sich friedlich so weiden und regieren lassen, aber sie würden nicht lange leben, noch würde ein Tier vor dem andern bleiben. […]

Das weltliche Regiment hat Gesetze, die sich nicht weiter erstrecken als über Leib und Gut und was äußerlich auf Erden ist. Denn über die Seele kann und will Gott niemand regieren lassen als sich selbst allein. Deshalb: wo weltliche Gewalt sich vermißt, der Seele Gesetze zu geben, da greift sie Gott in sein Regiment und verführt und verdirbt nur die Seelen. Das wollen wir so klar machen, daß mans mit Händen greifen solle, auf daß unsere Junker, die Fürsten und Bischöfe sehen, was sie für Narren sind, wenn sie die Menschen

mit ihren Gesetzen und Geboten zwingen wollen, so oder so zu glauben. […]

Und du sollst wissen, daß es von Anbeginn der Welt gar ein seltener Vogel ist um einen klugen Fürsten, noch viel seltener um einen frommen Fürsten. Sie sind im allgemeinen die größten Narren oder die ärgsten Buben auf Erden; weshalb man bei ihnen allezeit auf das ärgste gefaßt sein und wenig Gutes von ihnen erwarten muß, besonders in göttlichen Sachen, die der Seelen Heil belangen. Denn es sind Gottes Stockmeister und Henker, und sein göttlicher Zorn gebraucht sie, die Bösen zu strafen und äußerlichen Frieden zu halten. Es ist ein großer Herr, unser Gott. Deshalb muß er auch solche edlen, hochgeborenen, reichen Henker und Büttel haben, und will, daß sie Reichtum, Ehre und Furcht von jedermann den Überfluß und die Menge haben sollen. Es gefällt seinem göttlichen Willen, daß wir seine Henker „gnädige Herrn" nennen, ihnen zu Füßen fallen und mit aller Demut Untertan sind, sofern sie ihr Handwerk nicht zu weit erstrecken, so daß sie Hirten aus Henkern werden wollen. Gerät nun ein Fürst, daß er klug, fromm oder ein Christ ist, das ist der großen Wunder eins und das allerteuerste Zeichen göttlicher Gnade über dasselbe Land.

Welcher nun ein christlicher Fürst sein will, der muß wahrlich die Meinung ablegen, daß er herrschen und mit Gewalt verfahren wolle. Denn verflucht und verdammt ist alles Leben, das sich selbst zu Nutzen und zugute gelebt und gesucht wird, verflucht alle Werke, die nicht in der Liebe erfolgen. Dann aber erfolgen sie in der Liebe, wenn sie nicht auf eigene Lust, Nutzen, Ehre, Sicherheit und Heil, sondern auf anderer Nutzen, Ehre und Heil von ganzem Herzen gerichtet sind. […]

Da sagst du dann: Soll denn ein Fürst nicht Krieg führen, oder seine Untertanen ihm nicht in den Streit folgen? Antwort: Das ist eine weitläufige Frage. Aber aufs kürzeste: christlich hierin zu verfahren, sage ich, daß kein Fürst gegen seinen Oberherrn, wie den König und Kaiser oder sonst seinen Lehnsherrn, Krieg führen soll, sondern er soll nehmen lassen, wer da nimmt. Denn der Obrigkeit soll man nicht mit Gewalt widerstehen, sondern nur mit Bekenntnis der Wahrheit. Kehrt sie sich dran, ist es gut; wo nicht, so bist du entschuldigt und leidest Unrecht um Gottes willen. Ist aber der Widerpart deinesgleichen oder geringer als du oder eine fremde Obrigkeit,

so sollst du ihm aufs erste Recht und Frieden anbieten, wie Mose die Kinder Israel lehrt. Will er dann nicht, so gedenke auf dein Bestes und wehre dich mit Gewalt gegen Gewalt, wie Mose das alles 5. Mose 20,10 fein beschreibt. Und hierin mußt du nicht das Deine ansehen und wie du Herr bleibest, sondern deine Untertanen, denen du Schutz und Hilfe schuldig bist, auf daß solch Werk in der Liebe geschehe. Denn dieweil dein ganzes Land in Gefahr steht, mußt du es wagen, ob dir Gott helfen wollte, daß nicht alles verderbt werde. Und wenn du auch nicht wehren kannst, daß etliche Witwen und Waisen darüber werden, so mußt du doch wehren, daß nicht alles zu Boden gehe und lauter Witwen und Waisen werden.

Und hierin sind die Untertanen schuldig zu folgen, Leib und Gut daranzusetzen. Denn in solchem Fall muß einer um des andern willen sein Gut und sich selbst wagen. Und in solchem Krieg ist es christlich und ein Werk der Liebe, die Feinde getrost zu würgen, zu rauben und zu brennen und alles zu tun, was (den Feinden) schädlich ist, bis man sie nach Kriegsbräuchen überwinde, nur daß man sich vor Sünden hüten, Weiber und Jungfrauen nicht schänden soll. […] Wie, wenn ein Fürst unrecht hätte, ist ihm sein Volk dann auch schuldig zu folgen? Antwort: Nein. Denn gegen das Recht gebührt niemand zu tun; sondern man muß Gott (der Recht haben will) mehr gehorchen als den Menschen (Apg. 5,29). Wie, wenn die Untertanen nicht wüßten, ob er recht hätte oder nicht? Antwort: Solange sie es nicht wissen noch durch möglichen Fleiß erfahren können, so mögen sie ihm ohne Gefahr für die Seelen folgen.

Martin Luther:
Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können
Quelle: LUTHER [1526] 1967b, S. 52, 78, 79 f

Aufs erste ist der Unterschied vorwegzunehmen, daß Amt und Person, oder Werk und Täter verschiedene Dinge sind. Denn es kann wohl ein Amt oder Werk an sich gut und recht sein, das doch böse und unrecht ist, wenn die Person oder der Täter nicht gut oder recht ist oder es nicht recht treibt. Ein Richteramt ist ein köstlich, göttlich Amt, es sei der Richter mit dem Mund oder mit der Faust, welchen man den Scharfrichter nennt. Aber wenns einer vornimmt, dem es

nicht befohlen ist, oder wenn der, welcher den Befehl dazu hat, es nach Geld und Gunst ausrichtet, so ists bereits nicht mehr recht noch gut. […] Aber darauf ist zu achten, daß es die Person auch sei, die dazu gehöre, und daß sie rechtschaffen sei, wie wir hören werden. […]

Wohl ist das wahr: wenn einer mit solchem Herzen und Absicht im Kriege dient, daß er nichts anderes sucht noch denkt, als Gut zu erwerben, und zeitlich Gut ist seine einzige Ursache, so daß er nicht gern sieht, daß Friede ist, und es ihm leid ist, daß nicht Krieg ist, der tritt gewiß aus der (rechten) Bahn und ist des Teufels, wenn er gleich aus Gehorsam und auf Aufgebot seines Herrn Krieg führt. Denn er macht selbst aus einem guten Werk durch den Zusatz ein böses, daß er nicht viel achtet, wie er aus Gehorsam und Pflicht dient, sondern allein das Seine sucht. […]

Eine zweite Frage: Wie, wenn mein Herr unrecht hätte, Krieg zu führen? Antwort: Wenn du sicher weißt, daß er unrecht hat, so sollst du Gott mehr fürchten und gehorchen als den Menschen, Apg. 5, 29, und sollst nicht Krieg führen noch dienen; denn du kannst da kein gutes Gewissen vor Gott haben. Ja, sagst du, mein Herr zwingt mich, nimmt mir mein Leben, gibt mir mein Geld, Lohn und Sold nicht; dazu würde ich vor der Welt als ein Feigling verachtet und gescholten, ja als ein Treuloser, der seinen Herrn in Nöten verläßt usw. Antwort: Das mußt du darauf ankommen und um Gottes willen geschehen lassen, was da geschieht.

Friedrich Schleiermacher
Quelle: *„Reden über die Religion“*
SCHLEIERMACHER [1799] 1993, S. 140, 143.

So oft ein Fürst eine Kirche für eine Korporation erklärte, für eine Gemeinschaft mit eignen Vorrechten, für eine ansehnliche Person in der bürgerlichen Welt – und es geschah nie anders als wenn bereits jener unglückliche Zustand eingetreten war, wo die Gesellschaft der Gläubigen und die der Glaubensbegierigen, das wahre und das falsche, was sich bald wieder auf immer geschieden hätte, bereits vermischt war, denn ehe war nie eine religiöse Gesellschaft groß genug um die Aufmerksamkeit der Herrscher zu erregen – so oft ein Fürst

sage ich zu dieser gefährlichsten und verderblichsten aller Handlungen sich verleiten ließ, war das Verderben dieser Kirche unwiderruflich beschlossen und eingeleitet. […] Er ist aber auf eine noch unmittelbarere Art Ursach, daß das Band zwischen der wahren Kirche und der äußeren Religionsgesellschaft sich gelöst hat. Denn nachdem er dieser jene unselige Wohltat erwiesen meinte er ein Recht auf ihre tätige Dankbarkeit zu haben, und hat sie belehnt mit drei höchst wichtigen Aufträgen in seinen Angelegenheiten. Der Kirche hat er mehr oder weniger übertragen die Sorge und Aufsicht auf die Erziehung; unter den Auspizien der Religion und in der Gestalt einer Gemeine, will er, daß das Volk unterrichtet werde in den Pflichten, die seine Gesetze nicht fassen, und beredet zu sittlichen Gesinnungen; und von der Kraft der Religion und den Unterweisungen der Kirche fordert er, daß sie ihm seine Bürger wahrhaft mache in ihren Aussagen. Und zur Vergeltung für diese Dienste die er begehrt beraubt er sie nun – so ist es ja fast in allen Teilen der gesitteten Welt, wo es einen Staat und eine Kirche gibt – ihrer Freiheit, er behandelt sie als eine Anstalt die er eingesetzt und erfunden hat, und freilich ihre Fehler und Mißbräuche sind fast alle seine Erfindung, und er allein maßt sich die Entscheidung darüber an, wer tüchtig sei als Vorbild und als Priester der Religion aufzutreten in dieser Gesellschaft.

Heinrich Vogel

Quelle: *„Kampf dem Atomtod* (1958)" – Rede in der Frankfurter Kongreßhalle am 23. März 1958: VOGEL 1960b, S. 10 ff.

Schwerer aber wiegt noch das Zweite: Der Verrat am Menschen. Dabei geht es nicht nur um eines der *Bilder,* die wir uns vom Menschen machen, so daß dann etwa ein westlicher und ein östlicher Humanismus ihr Verständnis vom Menschen gegeneinander geltend machen könnten. Es geht *um den Menschen, der Gott gehört,* mag er sich selbst verstehen und gebärden, wie er will. Es geht um den Menschen, der in einem eminenten Sinn dazu geschaffen ist, Gott zu antworten, als Gottes Ebenbild die Herrlichkeit Gottes zu rühmen.

Ja, es geht um den Menschen, für den Gott sich so eingesetzt hat, dessen verlorene und verfluchte Existenz Gott so übernommen hat,

wie es die Geschichte von dem Gekreuzigten und Auferstandenen uns sagt. Es geht um den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es keine Vernunft, keine Religion und Moral fassen kann. Diesen Menschen wie Ungeziefer behandeln zu wollen, ihn, und liege er noch als Säugling in der Wiege, wie einen Schwarm giftiger Fliegen ausrotten und nihilisieren zu wollen, das ist – *Sünde!* Das ist nicht nur Wahnsinn und Verbrechen, sondern ich wiederhole es: das ist *Sünde! Darum* geht es. Sünde ist das aber nicht nur an dem Menschen Gottes, sondern an Gott selbst.

Die Massenvernichtungswaffen sind eine materialisierte Leugnung Gottes, ein Eingriff in das Majestätsrecht des Gottes, bei dem allein das Gericht und die Gnade ist, und der den Menschen nicht dazu gesetzt hat, um so etwas wie ein jüngstes Gericht in eigener Regie vorwegzunehmen. Diese Sätze richten sich insbesondere an diejenigen, die meinen, die Sache wäre allenfalls verantwortbar, wenn christliche Verantwortung darüber wachte, daß kein Mißbrauch stattfindet. Ich behaupte, kein Christ kann die hier ausgesprochenen Erkenntnisse aus der heiligen Schrift bestreiten. Niemand, auch nicht der Bundeskanzler Adenauer oder sein Verteidigungsminister, kann auf biblischem Grunde das klare „Nein", zu dem wir hier gefordert sind, auch nur in so etwas wie ein bedingtes „Ja" verwandeln.

Karl Barth
Quelle: WALTHER 1981, S. 164f.

Brief an den Europäischen Kongreß gegen atomare Aufrüstung, Basel, 7.1.1959 (Auszug).

I. | Die entscheidenden Argumente zum Aufweis des Unrechts und der Gefahr der atomaren Aufrüstung sind in den letzten Jahren von den verschiedensten Seiten mit aller wünschenswerten Deutlichkeit vorgebracht und allgemein bekannt gemacht worden. Wer Ohren hatte zu hören, der konnte hören.

II. | Wir stehen aber vor der Tatsache:

a. daß unsere Regierungen das Problem zwar sehen und seinen Ernst anerkennen oder doch nicht leugnen, zur Durchführung

und Fortsetzung ihres fatalen Unternehmens aber trotzdem entschlossen sind,

b. daß wohl auch die Mehrheit unserer Bevölkerungen von der mit der atomaren Aufrüstung verbundenen radikalen Bedrohung heimlich und z. T. auch offen tief erschrocken, zu entschlossenem Widerspruch oder gar Widerstand in dieser Sache aber nicht bereit sind,

c. daß sich insbesondere die gebildeten und auch ein großer Teil der kirchlich gesinnten Kreise zwar gerne in tiefgründigen philosophischen und theologischen Erörterungen über die Tragik des Menschen des Atomzeitalters und dergl. ergehen, einer konkreten Entscheidung gegen die atomare Aufrüstung aber hartnäckig ausweichen.

III. | Der Grund dieses Selbstwiderspruchs besteht überall in der Angst vor der vermeintlich noch schwereren Bedrohung heiligster Güter durch den ideologischen und weltpolitischen Gegner, dem man anders als mit der Gegendrohung mittels der Atomwaffe nicht begegnen zu können meint.

IV. | Läßt sich dieser ideologische und weltpolitische Gegensatz und die aus ihm erwachsende gegenseitige Angst nicht aus der Welt schaffen, so dürfte der Widerspruch zwischen der besseren Erkenntnis und der schlechten Praxis unserer Regierungen, der Majorität und unseren Bevölkerungen, unserer Bildungswelt und unseren Kirchen unüberwindlich — dürfte also mit dem unheiligen und unheilvollen Fortgang der atomaren Rüstung zu rechnen sein.

V. | Die entscheidende Aufgabe der Gegner der atomaren Aufrüstung dürfte also in einer neuen, von Vorurteilen unbelasteten Anstrengung zur Überwindung jenes ideologisch-weltpolitischen Gegensatzes, d. h. aber darin bestehen, daß sie selbst eine von jener gegenseitigen Angst freie, allein an Gott und am wirklichen Menschen orientierte Position beziehen und sichtbar machen.

VI. | Es ist selbstverständlich, daß die Opposition gegen atomare Aufrüstung auch unabhängig von diesem größeren Zusammenhang und also ohne Rücksicht auf direkte Erfolge oder Mißerfolge auf der ganzen Linie (in jedem Land und Bereich in der den Verhältnissen angemessenen Weise) weiter gehen muß.

VII. | Die Frage drängt sich auf — und es möchte sein, daß der Kongreß auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen hat: ob diese Opposi-

tion sich nicht — da der Worte nun genug gewechselt sein dürften — zum aktiven Widerstand (etwa in der Form von offener Aufforderung zur Dienstverweigerung) verdichten sollte?

Andere Texte

Carl von Clausewitz

(In einem Text, der sich mit kirchlichen Dingen beschäftigt, macht ein längeres Clausewitz-Material von 1832 einen seltsamen Eindruck. Aber wer Kriege verhindern will, muss sie verstehen lernen. Clausewitz gibt dafür elementares Handwerkszeug.)

Quelle: CLAUSEWITZ [1832]1973, S. 209f, 959, 961, 977, 992f und ‚Sammlung Gutenberg: Autor Clausewitz o. D.'

23. *Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.* So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit andern Mitteln. Was dem Kriege nun noch eigentümlich bleibt, bezieht sich bloß auf die eigentümliche Natur seiner Mittel. Daß die Richtungen und Absichten der Politik mit diesen Mitteln nicht in Widerspruch treten, das kann die Kriegskunst im allgemeinen und der Feldherr in jedem einzelnen Falle fordern, und dieser Anspruch ist wahrlich nicht gering; aber wie stark er auch in einzelnen Fällen auf die politischen Absichten zurückwirkt, so muß dies doch immer nur als eine Modifikation derselben gedacht werden; denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.

Was aber auch der Schwerpunkt des Gegners sein mag, gegen welchen unsere Wirksamkeit zu richten ist, so bleibt doch die Besiegung und Zerstörung seiner Streitkraft der sicherste Anfang und in allen Fällen das Wesentlichste.

Diese Einheit nun ist der Begriff, daß der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs sei, also durchaus nichts Selbständiges.

Man weiß freilich, daß der Krieg nur durch den politischen Verkehr der Regierungen und der Völker hervorgerufen wird; aber gewöhnlich denkt man sich die Sache so, daß mit ihm jener Verkehr aufhöre, und ein ganz anderer Zustand eintrete, welcher nur seinen eigenen Gesetzen unterworfen sei.

Wir behaupten dagegen: Der Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen: mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, nicht in etwas ganz anderes verwandelt wird, sondern daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch die Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient, und daß die Hauptlinien, an welchen die kriegerischen Ereignisse fortlaufen, und an welche sie gebunden sind, nur seine Lineamente sind, die sich zwischen den Krieg durch bis zum Frieden fortziehen. Und wie wäre es anders denkbar? Hören denn je mit den diplomatischen Noten die politischen Verhältnisse verschiedener Völker und Regierungen auf? Ist nicht der Krieg bloß eine andere Art von Schrift und Sprache ihres Denkens? Er hat freilich seine eigene Grammatik, aber nicht seine eigene Logik.

Hiernach kann der Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.

Daß die Politik alle Interessen der inneren Verwaltung, auch die der Menschlichkeit, und was sonst der philosophische Verstand zur Sprache bringen könnte, in sich vereinigt und ausgleicht, wird vorausgesetzt, denn die Politik ist ja nichts an sich, sondern ein bloßer Sachwalter aller dieser Interessen gegen andere Staaten.

Gustav Heinemann
Quelle: LIMEBIT GmbH 2021

Rede Gustav Heinemann im Deutschen Bundestag am 23.1.1958

Ich verbinde damit an die früheren Freunde der CDU nun noch eine ganz besonders ernste Frage im Hinblick darauf, daß sie christliche Politik zu treiben angetreten sind. Ich meine dieses: Es soll ja nun – und das ist doch wohl klar durchzufühlen durch alles, was wir heute hier gehört haben – die Fortentwicklung auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr hingetrieben werden. Früher konnte man sicher sein, wenn man so stark war, den Gegner zerschlagen und erschlagen zu können. So stark ist der Westen heute auch. Aber er würde darüber selbst zerschlagen werden, und das bedingt die Notwendigkeit eines gründlichen Umdenkens. […]

Verehrter Herr Dr. Strauß, Albert Schweitzer ist kein Panikmacher, die 18 Göttinger sind keine Panikmacher, die 9000 Wissenschaftler aus 40 Ländern, die gerade eine Eingabe an die Vereinten Nationen eingereicht haben, sind keine Panikmacher! […]

Nun beobachten Sie doch bitte einmal, wie diese Bewegung in steigendem Maße um sich greift, insbesondere im Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich weise im Augenblick auf die Erklärung hin, die die sechs Dekane der sechs theologischen Fakultäten in der DDR im April 1957 abgaben, in der sie einen Dank an die Göttinger Professoren aussprachen und einen Dank an die ostdeutschen Atomforscher, die ähnliche Erklärungen abgaben, wo sie sagten: […] In den Massenvernichtungsmitteln werden Gottesgaben […] mißbraucht, wird der Mensch verraten. Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen. Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen. Diese Erklärung, die also zunächst von den Dekanen der theologischen Fakultäten in der DDR ausging, wurde alsbald von sämtlichen Bischöfen der evangelischen Gliedkirchen in der DDR einschließlich des Bischofs Dibelius in Berlin aufgegriffen. Sie wurde von einer Mehrzahl von Kirchenleitun-

gen hier aus Westdeutschland aufgegriffen, und sie wurde in besonderer Weise vor sechs Wochen auf einer Synode der Kirchen der Union aufgegriffen. […]

Verehrte frühere Freunde von der Christlich-Demokratischen Union! Ich appelliere hier unter besonderem Hinweis auf Erklärungen aus kirchlichem Kreise an Sie mit der Frage, ob oder wie Sie glauben verantworten zu können, auf Massenvernichtungsmittel zuzuschreiten, von denen auch Herr von Brentano sagt, daß sie keine Waffen mehr seien. Sie werden nicht etwa mit dem Satz durchkommen, daß eine solche atomare Bewaffnung zwangsläufig sei, weil andere Mächte, weil die Sowjetunion solche Massenvernichtungsmittel besitze. „Zwangsläufig" – das ist eine atheistische Denkkategorie! Von Zwangsläufigkeit kann nur derjenige sprechen, für den Gott nicht mehr im Weltregimente sitzt. – Diese Dinge will ich jetzt nicht bis ins letzte vertiefen.

Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen

Quelle: BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG – Hamburg 1983

Die Erziehung soll die Heranwachsenden befähigen, als mündige demokratische Bürger zu einer aktiven und kritischen Mitgestaltung der Friedenspolitik in der Lage zu sein. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Fragen der Sicherheitspolitik. Schüler müssen in die Lage versetzt werden, sich auf der Grundlage möglichst umfassender Sachkenntnis und aktueller Information mit der Bundeswehr und ihrer zentralen Aufgabe der Friedenssicherung und Landesverteidigung zu befassen.

Das schließt ein, daß Schülerinnen und Schüler in einem problemorientierten Arbeitsprozeß Informationen über die Grundlagen und Grundfragen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und der NATO erhalten und dadurch die Fähigkeit und Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen entwickeln. Zu den Zielen eines solchen Unterrichts gehört es, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, daß der Bundeswehr ein fester Platz in unserem Staat als Instrument der Verteidigung zugewiesen wurde. Diesem Auftrag ist sie durch das Grundgesetz ausdrücklich verpflichtet. […]

Die Schülerinnen und Schüler sollen erfassen, daß sich die gegenwärtige Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland von vier Elementen leiten läßt:

- einer Politik des politischen, des strategischen und auch des militärischen Gleichgewichts, zu der Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft gehören,
- einer Politik der Entspannung, der Konflikteindämmung und des Interessenausgleiches,
- der Fähigkeit zu wirksamer Krisenbeherrschung,
- der Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit des politischen Verhaltens für alle.

Für eine Diskussion bieten sich folgende Thesen und Gegenthesen an: einerseits

- zur Sicherung und Verteidigung der freiheitlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, des Lebens des einzelnen sowie zur Abwehr eines durch den Druck oder Gewaltandrohung aufgenötigten fremden Willens sind militärische Mittel unverzichtbar und legitim,
- die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts war bislang Voraussetzung für die Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen und die Sicherung einer selbstbestimmten gesellschaftlichen Entwicklung vor allem in Europa,
- durch militärische Abschreckung wird die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringert,
- militärisches Gleichgewicht ist günstig für Stabilität und damit Frieden,
- im Verteidigungsfall ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Abwehr möglich,
- Abschreckung und Verteidigung sind nur im Rahmen des NATO-Bündnisses zu gewährleisten,
- *andererseits*
- die Abschreckung mit militärischen Mitteln hebt das Kriegsrisiko aber grundsätzlich nicht auf,
- die Abschreckung beinhaltet Bedrohung und ruft immer wieder Instabilität hervor: Der Rüstungswettlauf selbst ist ein Sicherheitsrisiko, und er gefährdet den Frieden,
- Möglichkeiten von Fehleinschätzungen und irrationalem Verhalten sowie wechselseitige Bedrohtheitsvorstellungen und

Feindbilder können zu unkalkulierbaren Reaktionen führen,

- die Overkill-Waffenpotentiale der Weltmächte stellen das Prinzip des militärischen Gleichgewichts in Frage,
- im Verteidigungsfall ist das Risiko einer totalen oder zumindest weitgehenden Zerstörung unseres Landes sehr hoch,

———

– Buchhinweis –



[Band I von drei Bänden]
UMDENKSCHRIFT ZUM EVANGELISCHEN DISKURS ÜBER KRIEG UND FRIEDEN.
Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse. – Eine Sammlung.
Herausgegeben von Peter Bürger, im Auftrag der Solidarischen Kirche
im Rheinland und des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie
(Reihe = edition pace, Band 43). Hamburg: BoD 2026.
(ISBN 978-3-6957-4347-6; Paperback; 300 Seiten; Ladenpreis 12,99 €)

Literaturverzeichnis

adn (27. April 1957): „DDR-Bischöfe: Atomwaffen ächten“, in: *Neue Zeit* – Tageszeitung der CDU der DDR.

ANDERS, Günther (1987): *Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution* Bd. 1, 4. Auflage, Die Antiquiertheit des Menschen – Bd. 2, München: C.H. Beck.

– (1988): *Über die Seele des Menschen im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution,* 7. Auflage, Die Antiquiertheit des Menschen – Band 1, München: C. H. Beck.

ARISTOTELES (2003): *Nikomachische Ethik,* Universal-Bibliothek, Stuttgart: Reclam.

ARNDT, Andreas (2019): *Die Reformation der Revolution* – Friedrich Schleiermacher in seiner Zeit, Berlin: Matthes & Seitz.

BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG, Hrsg. (2023): *Hamburgisches Schulgesetz,* URL: https://www.hamburg.de/resource/blob/119676/97f8c3dba0e78795497517a661b7edf8/schulgesetzdownload-data.pdf (besucht am 24.09.2026).

BEHÖRDE FÜR SCHULE UND BERUFSBILDUNG – Hamburg, Hrsg. (1983): *Grundsätze zur Friedenserziehung für Hamburger Schulen.*

BOCKLET, Wilhelm, Hrsg. (2019): *Der Reibert* – Das Handbuch für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, Mittler.

BONHOEFFER, Dietrich (1970a): *Gegenwart und Zukunft der Kirche 1933-1936,* hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer-Auswahl. München und Hamburg: Siebenstern- Taschenbuch-Verlag.

– (1970b): *Entscheidungen 1936-1939,* hrsg. von Otto Dudzus, Bonhoeffer, Dietrich – Bonhoeffer- Auswahl. München und Hamburg: Siebenstern-Taschenbuch-Verlag.

BONILLA, Nel (24. Aug. 2026a): *NATO 3.0 – Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 1),* URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=155266 (besucht am 24.09.2026).

– (31. Aug. 2026b): *NATO 3.0: Deutschland im transatlantischen Käfig (Teil 3),* URL: https://www.nachdenkseiten.de/?p=155446 (zuletzt besucht am 24.09.2026).

BROWN UNIVERSITY, Hrsg. (17. Juni 2026): *Human / Costs of War /,* URL: https://costsofwar.watson.brown.edu/costs/human (Seite zuletzt besucht am 28.08.2026).

BUNDESMINISTERIUM DER VERTEIDIGUNG, Hrsg. (2006): *Weißbuch 2006* zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr.

– Hrsg. (26. Nov. 2025): *Deutschland investiert in Verteidigung und stärkt das*

Bündnis, URL: https://www.bmvg.de/de/aktuelles/deutschland-investiert-in-verteidigung-und-staerkt-das-buendnis-6045046 (Seite zuletzt besucht am 06.06.2026).

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (7. Apr. 2011): *Beutelsbacher Konsens,* bpb.de, URL: https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/ (besucht am 17. 05. 2026).

BÜRGER, Peter, Hrsg. (2026a): *Umdenkschrift zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden,* Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse, Hamburg: edition pace 43, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/Umdenkschrift_2026.pdf.

– Hrsg. (2026b): *Umdenkschrift II zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden,* Weitere kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse, Hamburg: edition pace 44, URL: https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/media/pdf/LE-Umdenkschrift-Zwei%202026.pdf.

CLAUSEWITZ, Carl von ([1832]1973): *Vom Kriege,* 18. Aufl., Bonn: Dümmler.

– (o. D.): *Schriften,* URL: https://projekt-gutenberg.org (Seite besucht am 05.08.2026).

DOHNANYI, Klaus von (2022): *Nationale Interessen* – Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche, Siedler.

DRECHSLER, Hanno, Wolfgang Hilligen und Franz Neumann, Hrsg. (2003): *Gesellschaft und Staat.*

LEXIKON DER POLITIK, 10., neubearbeitete und erweiterte Auflage, München: Verlag Franz Vahlen.

EKD (2008): *Das rechte Wort zur rechten Zeit* – eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.

– ([1934]2025a): *Barmer Theologische Erklärung,* URL: https://www.ekd.de/Barmer-Theologische-Erklarung-Thesen-11296.htm (Seite besucht am 16.05.2026).

– Hrsg. (2025b): *Folge 3: Demokratie unter Druck – hilft Bildung gegen hybride Kriegsführung und Terrorismus? • Frieden denken* – Friederike Krippner und Ties Rabe, Spotify, URL: https://open.spotify.com/show/6UTXSzeL8OYAa7i2BCZhmX (besucht am 06.08.2026).

– (besucht am 17.05.2026).

– ([1959] 2025d): *Heidelberger Thesen,* URL: https://www.ekd.de/ekd%5C_de/ds%5C_doc/Heidelberger%5C_Thesen.pdf (Seite zuletzt besucht am 19.05.2026), Kopie des Originals.

– (2025e): *Ökumenisches Rahmenkonzept Seelsorge und Akutintervention im Spannungs-, Bündnis- und Verteidigungsfall* – Ein internes Arbeitspapier der evangelischen und katholischen Kirche, URL: https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Oekumenisches-Rahmenkonzept-Seelsorge.pdf (besucht am 20.05.2026).

– (2025g): *Welt in Unordnung – Gerechter Friede im Blick,* URL: https://www.ekd.de/ekd_ de/ds_doc/denkschrift-welt-in-unordnung-EVA-2025.pdf.
– Hrsg. (2026): *Folge 12: Verantwortung statt Ideologie – zu den Reaktionen auf die Denkschrift. • Frieden denken,* Spotify, URL: https://open.spotify.com/episode/2xkOkIBYhWLDcMjxYMna8s (besucht am 06.08.2026).

epd (28. Nov. 2025): *Augstein: Kirche kann nicht politisch neutral sein,* PRO | Das christliche Medienmagazin, URL: https://www.pro-medienmagazin.de/augstein-kirche-kann- nicht-politisch-neutral-sein/ (besucht am 04.06.2026).

EVANGELISCHE AKADEMIE ZU BERLIN, Hrsg. (2026): *Interview mit Reiner Anselm und Friederike Krippner zur neuen EKD-Friedensdenkschrift,* Evangelische Akademie zu Berlin, URL: https://www.eaberlin.de/aktuelles/2025/interview-friedensdenkschrift-anselm-krippner/ (besucht am 06.08.2026).

GIESECKE, Hermann (1965): *Didaktik der Politischen Bildung,* Juventa, URL: https://giesecke.uni-goettingen.de/polditot.pdf.

GOLLWITZER, Helmut (1962a): „Der Friedensbeitrag der Christen", in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, S. 322-337, Erstveröffentlichung 1960.
– (1962b): *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, S. 60-70.
– (1962d): „Zur Einführung", in: *Forderungen der Freiheit* – Aufsätze und Reden zur politischen Ethik, München, S. XI-XXXIX.
– ([1957] 1981): „Die Christen und die Atomwaffen", in: *Theologische Existenz heute* 61, 6. erweiterte Auflage.
– (1982): „Wie konntet Ihr das zulassen?" – Rede zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Mainz, in: *Frieden 2000* – Fragen nach Sicherheit und Glauben, München: Kaiser, S. 7–21.
– (1988a): Pangritz, Andreas, Hrsg.: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser.
– (1988b): „Die evangelische Kirche und unser Staat", in: *... daß Gerechtigkeit und Friede sich küssen 2:* – Aufsätze zur politischen Ethik, hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, S. 262-272, Erstveröffentlichung 1976.
– (1988c): „Die Heidelberger Thesen nach einem Vierteljahrhundert", in: Hrsg. von Andreas Pangritz, Ausgewählte Werke in zehn Bänden, Bd. 5, München: Kaiser, S. 340-361, Erstveröffentlichung 1982.
– (1998): *Skizzen eines Lebens,* hrsg. von Friedrich-Wilhelm Marquardt, Wolfgang Brinkel und Manfred Weber, Gütersloh: Kaiser – Gütersloher.

GRAMMES, Tilman und Horst Leps (2014): „Rechtskunde und Politikunterricht", in: *Handbuch fächerübergreifender Unterricht in der politischen Bildung,* hrsg. von Carl Deichmann und Christian Tischner, Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 27-40.

JACK, Victor (12. Juni 2026): *NATO allies seek to give top commander more freedom to shoot down drones,* POLITICO, URL: https://www.politico.eu/article/nato-allies-back-greater-drone-defense-powers-for-top-commander/ (besucht am 24.09.2026).

JÄGER, Michael (3. Apr. 2025): „Gorbatschow reloaded: ‚Gemeinsames Haus Europa' als Alternative zum Krieg", in: *Der Freitag*, URL: https://www.freitag.de/autoren/michael-jaeger/aufruestung-gorbatschow-reloaded (besucht am 19.05.2026).

KIESEWETTER, Roderich und Susann WORSCHECH (11. Mai 2026): *Europa muss auf die Kapitulation Russlands hinarbeiten,* FOCUS online, URL: https://www.focus.de/politik/ausland/europa-muss-auf-die-kapitulation-russlands-hinarbeiten_86fec2de-a6b7-4a62-9464-9143100fa63b.html (besucht am 19.05.2026).

KIRCHENLEITUNG DER VELKD, Hrsg. (2010): *Evangelischer Erwachsenenkatechismus* – suchen – glauben – leben, 8. Auflage, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

KIRSCH, Martin (2026): *Operationsplan Deutschland,* hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI), URL: https://www.imi-online.de/2026/03/16/operationsplan-deutschland-2/ (besucht am 06.06.2026).

KLAUS, Bernhard (2026): *„Hybride Kriegführung" – Pseudowissenschaftliche Propaganda,* hrsg. von Informationsstelle Militarisierung (IMI), URL: https://www.imi-online.de/2026/05/12/hybride-kriegfuehrung-pseudowissenschaftliche-propaganda/ (besucht am 16.05.2026).

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG, Hrsg. (14. Juni 2007): *Charta von Paris für ein neues Europa vom 21.11.1990,* www.kas.de, URL: https://www.kas.de/de/statische-inhalte-detail/-/content/charta-von-paris-fuer-ein-neues-europa-vom-21.-11.-1990.

KRAUS, Karl ([1922]1986): *Die letzten Tage der Menschheit* – Tragödie in fünf Akten, Frankfurt/Main: suhrkamp.

KREBS, Tom und Patrick KACZMARCZYK (Juni 2025): *Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland,* hrsg. von Universität Mannheim, URL: https://www.vwl.uni-mannheim.de/media/Lehrstuehle/vwl/Krebs/wirt_Auswirk._Militaerausgaben.pdf/flipbook (besucht am 11.06.2026).

Krefelder Erklärung (11. Nov. 1980) (1981): German History in Documents and Images, URL: https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/krefelder-erklaerung-november-1980 (besucht am 10.08.2026).

KRIPPENDORFF, Ekkehart (1985): *Staat und Krieg* – die historische Logik politischer Unvernunft, Frankfurt a. M: Suhrkamp.

KRUM, Horsta (2026): *Kirche und Krieg: Umfassend einsatzbereit,* URL: https://www.jungewelt.de/artikel/521665.kirche-und-krieg-umfassend-einsatzbereit.html (besucht am 16.05.2026).

LANG, Josef (30. Sep. 2024): *Die Bewegung gegen die atomare Bewaffnung der Schweiz,* GSoA, URL: https://gsoa.ch/die-bewegung-gegen-die-atomare-bewaffnung-der-schweiz/ (besucht am 24.08.2026).

LIMEBIT GmbH, Hrsg. (2021): *Plenarsitzung im Deutschen Bundestag am 23.1.1958,* URL: https://opendiscourse.de/plenarsitzungen/3-9 (besucht am 25.08.2026).

LIND, Georg (6. Mai 2010): *Dilemma-Discussion KMDD,* URL: http://moral-competence.net/moral/dildisk-d.htm (besucht am 23.05.2026).

LUTHER, Martin ([1523]1967a): „Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr gehorsam sei, Der Christ in der Welt", in: *Luther deutsch* – die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart, hrsg. von Kurt Aland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-51.

– ([1526]1967b): „Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können, Der Christ in der Welt", in: *Luther deutsch* – die Werke Martin Luthers in neuer Auswahl für die Gegenwart, hrsg. von Kurt Aland, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 53-86.

– ([1523]2026): *Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei,* URL: https://projekt-gutenberg.org/authors/martin-luther/books/von-weltlicher-obrigkeit-wie-weit-man-ihr-gehorsam-schuldig-sei/ (Seite besucht am 28.08.2026).

MACHIAVELLI, Niccolo (1977): *Discorsi* – Gedanken über Politik und Staatsführung, hrsg. von Rudolf Zorn, 2. Auflage, Kröner.

MARQUART, Oliver (20. Mai 2026): *Arbeitspapier der Kirchen: Seelsorge im Krieg,* URL: https://www.sonntagsblatt.de/kirchen-arbeitspapier-seelsorge-krieg (besucht am 16.05.2026).

MARX, Karl (1967): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie,* URL: http://gesd.free.fr/grundd.pdf (besucht am 09. 10.2026).

MORELLI, Anne (2014): *Die Prinzipien der Kriegspropaganda,* 2. Auflage, Lüneburg: zu Klampen.

MÜLLER, Hanfried (1989): *Evangelische Dogmatik im Überblick. 1,* Thesen und Exkurse, 2. Auflage, Berlin/DDR.

NIALL FERGUSON, MORITZ SCHULARICK (26. Juni 2024): *Schuldenbremse und Verteidigung: Deutschland hat den Schuss nicht gehört,* FAZ.NET, URL: https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schuldenbremse-und-verteidigung-deutschland-hat-den-schuss-nicht-gehoert-19815310.html (zuletzt besucht am 07.06.2026).

Nordatlantikvertrag (1949) (3. Juni 2004), URL: https://www.staatsvertraege.de/natov49. htm (besucht am 21.03.2026).

NOWAK, Kurt (2001): *Schleiermacher* – Leben, Werk und Wirkung, Theologie, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

PAPST LEO XIV. (15. Mai 2026): *„Magnifica Humanitas" – Enzyklika vom 15. Mai 2026,* URL: http://www.vatican.va/content/leo-xiv/de/encyclicals/documents/20260515-magnifica-humanitas.html (besucht am 23. 06. 2026).

Petition an den Rat der EKD: Überarbeitet die neue Denkschrift zur Friedensethik! (11. Juni 2026): Change.org, URL: https://www.change.org/p/petition-an-den-rat-der-ekd-%C3%BCberarbeitet-die-neue-denkschrift-zur-friedensethik (besucht am 16.05.2026).

REFORMIERTER BUND, Hrsg. (1982): *Das Bekenntnis zu Jesus Christus und die Friedensverantwortung der Kirche,* URL: https://www.reformiert-info.de/230-0-0-20.html (besucht am 16.05.2026).

– Hrsg. (o. D.): *Moderator des Reformierten Bundes kritisiert EKD-Friedensdenkschrift,* URL: https://www.reformiert-info.de/Moderator_des_Reformierten_Bundes_kritisiert_EKD_Friedensdenkschrift-40705-0-0-20.html (besucht am 20.05.2026).

REUTERS (16. Mai 2014): „Ukraine-Krise: Helmut Schmidt wirft EU Größenwahn vor", in: *Die Zeit,* URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-05/helmut-schmidt-ukraine-eu-weltkrieg (besucht am 30.07. 2026).

RIECKE, Torsten (28. Feb. 2025): *Globale Trends: „Kanonen statt Butter" – Europas AufrüstungsDilemma,* URL: https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/globale-trends-kanonen-statt-butter-europas-aufruestungsdilemma/100109886.html (besucht am 06.06.2026), Section: Meinung – Kolumnen.

ROBERT, Anne-Cecile (7. November 2024): *Ein geopolitischer Kampfbegriff,* URL: https://monde-diplomatique.de/artikel/!6045961 (Seite zuletzt besucht am 17.05.2026).

ROSENKRANZ, Erhard und Dieter O. A. WOLF (1979): „Theorie der Strategien im Ost-West- Konflikt", in: *Einführung in die Sicherheitspolitik* – ein Lehr- und Studienbuch, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, München: Oldenbourg, S. 71-108.

ROSSIJSKAJA GASETA, Hrsg. (19. Nov. 2024): Dekret des Präsidenten der Russischen Föderation vom 19. November 2024 Nr. 991 *„Über die Genehmigung der Grundlagen der Staatspolitik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung"*, URL: https://rg.ru/documents/2024/11/19/prezident-ukaz991-site-dok.html (besucht am 04.06.2026).

SANDER, Evelyn (1. Aug. 2024): *Immer mehr Menschen in Deutschland sammeln Pfandflaschen, um sich etwas dazuzuverdienen,* URL: https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/immer-mehr-menschen-deutschland-sammeln-pfandflaschen-um-sich-etwas (besucht am 06.06.2026).

SCHISSLER, Jakob (25. Okt. 1980): „Die US-amerikanische Menschenrechtspolitik 1973-1977", bpb.de, in: *APuZ 43/1980,* URL: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/531732/die-us-amerikanische-menschenrechtspolitik-1973-1977/ (besucht am 10.10.2026).

SCHLEIERMACHER, Friedrich ([1818]1984): „Über die Begriffe der verschiedenen Staatsformen", in: *Philosophische Schriften,* hrsg. von Jan Rachold, Berlin/DDR: Union Verlag, S. 267-301.

– ([1799]1993): *Über die Religion,* Stuttgart: Reclam.

– ([1830]1999): *Der christliche Glaube*, Nachdruck der 7. Aufl., de Gruyter.
SCHUBERT, Elke (1992): *Günther Anders* – mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Rowohlts Monographien, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Tb.
SCHWEPPE, Christian (22. Sep. 2026): „Abhängigkeit von den USA: Trumps geheime Knebelverträge", in: *Die Zeit*, URL: https://www.zeit.de/wirtschaft/2026-09/abhaengigkeit-usa-bundeswehr-ruestungsindustrie-kampfjet-f-35 (besucht am 24. 09. 2026).
SUB-BAVARIA, Hrsg. (2025): *1959: Frieden/Abrüstung*, URL: http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/203?mobile=1 (besucht am 24.08.2026).
SUTOR, Bernhard (2004): *Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden?* Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses, Schwalbach Ts.: Wochenschau-Verlag.
SWP und GMF, Hrsg. (2013): *Neue Macht – Neue Verantwortung*, Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Stiftung Wissenschaft und Politik, URL: https://www.swp-berlin.org/publications/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf.
TAGESSCHAU (2026): *Was sich mit dem Gesundheits-Sparpaket für gesetzlich Versicherte ändern soll*, URL: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gesundheitsreform-krankenversicherung-neu-100.html (besucht am 07.06.2026).
TILLICH, Paul (1987): *Systematische Theologie – III*, Nachdruck der 4. Auflage, Berlin – Boston: de Gruyter.
TRENIN, Dimitrij, Sergej Awakfjanz und Sergej Karaganow (2025): *Von der passiven zur aktiven Abschreckung* – Russlands neue Sicherheits- und Geopolitik, Potsdam: Welttrends.
UNITED NATIONS (2026): *Food*, URL: https://www.un.org/en/node/118143 (besucht am 11.06.2026).
UZULIS, André (11. Sep. 2026): *„Die pazifistische Fraktion ist not amused"*, Reservistenverband, URL: https://www.reservistenverband.de/magazin-loyal/interview-felmberg/ (besucht am 21.09.2026).
VARWICK, Johannes (2017): *NATO in (Un-)Ordnung wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird*, Lizenzausgabe, Bundeszentrale für Politische Bildung.
– Hrsg. (2025): *Die Debatte um US-Mittelstreckenraketen in Deutschland* – sicherheitspolitische Weichenstellungen der Jahre 2024 / 2025, Reihe WIFIS-aktuell, Verlag Barbara Budrich.
VERHEUGEN, Günter und Petra ERLER (2024): *Der lange Weg zum Krieg – Russland, die Ukraine und der Westen Eskalation statt Entspannung*, Originalausgabe, Wilhelm Heyne Verlag. Verteidigung BMVg, Bundesministerium der, Hrsg. (2026): *Was sind hybride Bedrohungen?*, URL: https://www.bmvg.de/de/themen/sicherheitspolitik/hybride-bedrohungen/was-sind-hybride-bedrohungen--13692 (besucht am 21.03.2026).

VOGEL, Heinrich (1952): *Gott in Christo* – ein Erkenntnisgang durch die Grundprobleme der Dogmatik, 2. Auflage, Berlin: Lettner.
– (1960a): *Die eiserne Ration eines Christen,* Neuauflage, Berlin: Lettner.
– (1960b): *Um die Zukunft des Menschen im atomaren Zeitalter*, Berlin: Lettner.
WALLACH, Jehuda Lothar (1972): *Kriegstheorien ihre Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert,* Frankfurt am Main: Bernard & Graefe.
WALPUSKI, Günter und Dieter O. A. WOLF (1979): „Zur Entwicklung der internationalen Politik", in: *Einführung in die Sicherheitspolitik* – ein Lehr- und Studienbuch, hrsg. von Günter Walpuski und Dieter O. A. Wolf, Oldenbourg, S. 11-70.
WALTHER, Christian, Hrsg. (1981): Atomwaffen und Ethik der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954 – 1961; Dokumente und Kommentare, *Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte 3, Kaiser.*
WIKIPEDIA (23. Dezember 2025a): *Atomwaffenverbotsvertrag,* https://de.wikipedia.org/Atomwaffenverbotsvertrag (besucht am 21.03.2026).
– (18. Juli 2025b): *Farbrevolutionen,* URL: https://de.wikipedia.org/Farbrevolutionen (besucht am 21.03.2026).
– (16. Mai 2025c): *Harmel-Bericht,* URL: https://de.wikipedia.org/Harmel-Bericht (besucht am 17.05.2026).
– (11. August 2025d): *Heinrich Vogel (Theologe),* URL: https://de.wikipedia.org/Heinrich_Vogel_(Theologe) (besucht am 18.05.2026).
– (29. Januar 2026a): *Andreas Zumach,* URL: https://de.wikipedia.org/Andreas_Zumach (besucht am 21.05.2026).
– (15. Juni 2026b): *Arthur Ponsonby,* in: URL: https://de.wikipedia.org/Arthur_Ponsonby,_1._Baron_Ponsonby_of_Shulbrede (Seite besucht am 20.05.2026).
– (18. Februar 2026c): *Charta von Paris,* URL: https://de.wikipedia.org/Charta°/„5C_von°/„5C_Paris (besucht am 17.05.2026).
– (1. März 2026d): „Gerechter Krieg", URL: https://de.wikipedia.org/Gerechter%5C_Krieg (besucht am 22.03.2026)
– (5. Feb. 2026e): *Helmut Gollwitzer,* URL: https://de.wikipedia.org/Helmut_Gollwitzer (besucht am 18.05.2026).
– (15. Sep. 2026f): *Verteidigungsfall (Deutschland),* URL: https://de.wikipedia.org/ Verteidigungsfall_(Deutschland) (besucht am 21.03.2026).
ZDFheute (27. Apr. 2026): Sipri-Studie: Rüstungsausgaben weltweit so hoch wie nie, *URL:* https://www.zdfheute.de|politik|sipri-bericht-2025-militaerausgaben-weltweit-100.html (besucht am 11.06.2026).
ZIEGLER, Jean (2026): *Zitate,* URL: https:||www.nur-zitate.com|zitat|13747 (besucht am 11.06.2026).
ZUMACH, Andreas (15. Mai 2026): *Das Gerede über eine europäische Atomstreitkraft,* infosperber, URL: https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-gerede-ueber-eine-europaeische-atomstreitkraft/ (besucht am 21.05.2026).

Über den Autor

Dr. HORST LEPS, 1948, Bevensen / Lüneburger Heide, Abitur, Bundeswehr, Studium der Politikwissenschaft und der Theologie in Göttingen, Berlin und Freiburg, Lehrer an Gymnasien in Hamburg, Promotion Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg, Lehrbeauftragter Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg, Pensionär. – Publikationen zur Didaktik des Politikunterrichts – Seit 1975 in der Friedensbewegung in Hamburg und Schleswig-Holstein aktiv.
Internetseite: https://www.leps.de

edition pace

Begründet von Peter Bürger & Thomas Nauerth

John Dear:
EIN MENSCH DES FRIEDENS UND DER GEWALTFREIHEIT WERDEN.
Ausgewählte Aufsätze und Reden.
Norderstedt: BoD 2018. – ISBN: 978-3-7460-8898-3
(Paperback; 168 Seiten; 6,99 Euro)

Heinrich Missalla:
„GOTT MIT UNS".
Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918.
Norderstedt: BoD 2018. – ISBN: 978-3-7528-1568-9
(Paperback; 132 Seiten; 5,60 Euro)

Christian Weisner / Friedhelm Meyer / Peter Bürger (Hg.)
„GEDENKT DER HEILIGSPRECHUNG VON OSCAR ROMERO.
DURCH DIE ARMEN DIESER ERDE"
Dokumentation des Ökumenischen Aufrufes zum 1. Mai 2011.
Norderstedt: BoD 2018. – ISBN: 978-3-7460-7979-0
(Paperback; 268 Seiten; 9,99 Euro)

Reinhard J. Voß:
DIE KATHOLISCHE KIRCHE IN DER DR KONGO
IM KONTEXT VON GESELLSCHAFT UND ÖKUMENE.
Norderstedt: BoD 2019. – ISBN: 978-3-7481-4482-3
(Paperback; 372 Seiten; 12,99 Euro)

Matthias-W. Engelke:
ZELT DER FRIEDENSMACHER
Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik.
Norderstedt: BoD 2019. – ISBN: 978-3-7494-3645-3
(Paperback; 464 Seiten; 15,90 Euro)

IM SOLD DER SCHLÄCHTER
Texte zur Militärseelsorge im Hitlerkrieg.
Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.
Norderstedt: BoD 2019. – ISBN: 978-3-7481-0172-7
(Paperback; 440 Seiten; 14,99 Euro)

John Dear:
GEWALTFREI LEBEN
Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler,
herausgegeben von Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2019. – ISBN: 978-3-7494-5179-1
(Paperback; 192 Seiten; 8,90 Euro)

DIE SEELEN RÜSTEN.
ZUR KRITIK DER STAATSKIRCHLICHEN MILITÄRSEELSORGE.
Hg. von R. Schmid, Th. Nauerth, M.-W. Engelke, P. Bürger.
Norderstedt: BoD 2019. – ISBN: 978-3-7494-6804-1
(Paperback; 456 Seiten; 15,99 Euro)

Peter Bürger:
OSCAR ROMERO, DIE SYNODALE KIRCHE
UND ABGRÜNDE DES KLERIKALISMUS.
Zum 40. Todestag des Lebenszeugen aus El Salvador.
Norderstedt: BoD 2020. – ISBN: 978-3-7504-9377-3
(Paperback; 112 Seiten; 8,90 Euro)

Ullrich Hahn:
VOM LASSEN DER GEWALT.
Thesen, Texte, Theorien zu Gewaltfreiem Handeln heute.
Hg. von Annette Nauerth & Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2020. – ISBN: 978-3-7519-4442-7
(Paperback; 344 Seiten; 14,80 Euro)

Wilhelm Wille:
SIE SAGEN FRIEDE, FRIEDE …
Zwanzig Jahre Forum Friedensethik
in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE).
Norderstedt: BoD 2020. – ISBN: 978-3-7526-2956-9
(Paperback; 492 Seiten; 15,90 Euro)

Thomas Nauerth /
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.):
WAS IST FRIEDENSTHEOLOGIE ? EIN LESEBUCH.
Norderstedt: BoD 2020. – ISBN: 978-3-7526-4444-9
(Paperback; 256 Seiten; 9,90 Euro)

George Pattery S.J.:
GANDHI ALS GLAUBENDER.
Eine indisch-christliche Sichtweise.
Aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.
Herausgegeben von Klaus Hagedorn & Thomas Nauerth.
Norderstedt: BoD 2021. – ISBN: 978-3-7557-0056-2
(Paperback; 240 Seiten; 9,90 Euro)

Ulrich Frey:
AUF DEM WEG DER GERECHTIGKEIT UND DES FRIEDENS.
Texte aus drei Jahrzehnten. Herausgegeben von Gottfried Orth.
Norderstedt: BoD 2022. – ISBN: 978-3-7543-8569-2
(Paperback; 452 Seiten; 14,90 Euro)

Thomas Nauerth / Annette M. Stroß (Hg.):
IN DEN SPIEGEL SCHAUEN.
Friedenswissenschaftliche Perspektiven für das 21. Jahrhundert.
Ein Lesebuch mit Texten von Egon Spiegel.
Norderstedt: BoD 2022. – ISBN: 978-3-7562-2081-6
(Paperback; 160 Seiten; 9,90 Euro)

Jochen Vollmer:
„FRIEDENSKIRCHE WERDEN – ANKOMMEN
IM POSTKONSTANTINISCHEN ZEITALTER".
Friedenstheologische Beiträge zur Entgiftung von Kirche und Glauben.
In Zusammenarbeit mit dem OekIF, hg. von Matthias-W. Engelke.
Norderstedt: BoD 2023. – ISBN: 978-3-7583-0420-0
(Paperback; 180 Seiten; 10,99 Euro)

Gottfried Orth (Hg.):
… DASS GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN SICH KÜSSEN.
Helmut Gollwitzer (1908-1993).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7583-7214-8
(Paperback; 188 Seiten; 12,90 Euro)

Gottfried Orth:
ICH MÖCHTE ETWAS FÜR DEN FRIEDEN TUN …
Ernst Lange oder: Das Paradies könnte heute sein.
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-3070-1
(Paperback; 192 Seiten; 12,90 Euro)

Alfred Hermann Fried:
GESCHICHTE DER FRIEDENSBEWEGUNG.
Eine Darstellung zum Pazifismus bis 1912.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 1).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN 978-3-7597-0334-7
(Paperback; 256 Seiten; 10,90 Euro)

Ludwig Quidde:
ÜBER MILITARISMUS UND PAZIFISMUS.
Vier friedensbewegte Texte aus den Jahren 1893-1926.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 2).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN 978-3-7597-0320-0
(Paperback; 184 Seiten; 8,90 Euro)

Richard Barkeley:
DIE DEUTSCHE FRIEDENSBEWEGUNG 1870-1933.
Unveränderter Text der Darstellung von 1947 – Bibliographie.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 3).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN 978-3-7597-0405-4
(Paperback; 156 Seiten; 8,90 Euro)

Eberhard Bürger:
FRIEDENSBEWEGUNGEN IN DER ÖKUMENE UM DIE ZEIT DES ERSTEN WELTKRIEGS – EIN ÜBERBLICK. (= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 4). Norderstedt: BoD 2024. – ISBN 978-3-7597-0660-7
(Paperback; 148 Seiten; 8,60 Euro)

Dieter Riesenberger:
DIE KATHOLISCHE FRIEDENSBEWEGUNG IN DER WEIMARER REPUBLIK.
Neuedition der Auflage von 1976. – Mit einem Vorwort von Walter Dirks und einem Nachruf für Dieter Riesenberger von Helmut Donat.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 5).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN 978-3-7597-0649-2
(Paperback; 368 Seiten; 14,90 Euro)

David Low Dodge:
KRIEG IST MIT DER RELIGION JESU CHRISTI UNVEREINBAR.
Eine pazifistische Pionierschrift aus dem Jahr 1812, mit einer Einführung von Edwin D. Mead – aus dem Englischen von Ingrid von Heiseler.
(= Regal: Geschichte der Friedensbewegung 6).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-3038-1
(Paperback; 168 Seiten; 8,90 Euro)

Erasmus von Rotterdam:
ALLE MÜSSEN DEN KRIEG VERLÄSTERN.
„Die Klage des Friedens“ 1517, übersetzt von Rudolf Liechtenhan –
mit einem Vorwort von Eugen Drewermann.
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7583-8178-2
(Paperback; 128 Seiten; 7,90 Euro)

Ernst Toller: NIE WIEDER FRIEDE.
Eine bittere Komödie über Militarismus und
Antipazifismus aus dem Jahr 1936.
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7583-8246-8
(Paperback; 140 Seiten; 7,80 Euro)

Johann von Bloch:
DIE WAHRSCHEINLICHEN POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN
FOLGEN EINES KRIEGES ZWISCHEN GROßMÄCHTEN.
Neuedition der Übersetzung von 1901 mit Begleittexten von
B. Friedberg, Manfred Sapper und Jürgen Scheffran (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 1).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-2313-0
(Paperback; 176 Seiten; 9,90 Euro)

Rudolf Goldscheid:
MENSCHENÖKONOMIE, WELTKRIEG UND WELTFRIEDEN.
Ausgewählte Schriften 1912 – 1926. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 2).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-7885-7
(Paperback; 268 Seiten; 11,90 Euro)

Moritz Adler:
WENN DU DEN FRIEDEN WILLST, BEREITE FRIEDEN VOR.
Texte wider den Krieg 1868 – 1899. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 3).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-9450-5
(Paperback; 272 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Loewenthal:
DER KRIEG IST ABZUSCHAFFEN.
Friedensbewegte Schriften für das Europa
der Völker und einen Weltstaatenbund, 1870 – 1912. (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 4).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7583-5069-6
(Paperback; 252 Seiten; 11,99 Euro)

Eduard Bernstein:
DER FRIEDE IST DAS KOSTBARSTE GUT.
Schriften zum Ersten Weltkrieg.
Mit einem Essay von Helmut Donat.
Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 5).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7693-1268-3
(Paperback; 352 Seiten; 14,99 Euro)

Adolf von Harnack:
MILITIA CHRISTI.
Die christliche Religion und der Soldatenstand
in den ersten drei Jahrhunderten.
Mit einem einleitenden Essay von Franz Segbers.
(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 1).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7597-6020-3
(Paperback; 180 Seiten; 9,99 Euro)

Thomas Gerhards:
PAZIFISMUS UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN DER FRÜHEN KIRCHE.
Eine Quellensammlung. – Mit einer Einleitung von Konrad Lübbert.
Neuedition der sechsten, überarbeiteten Auflage von 1991.
(= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 2).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7693-2108-1
(Paperback; 108 Seiten; 6,99 Euro)

Egon Spiegel:
GEWALTVERZICHT.
Grundlagen einer biblischen Friedenstheologie.
Neuedition nach der Zweiten Auflage 1989. (= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 3). Norderstedt: BoD 2024. –
ISBN: 978-3-7693-2404-4 (Paperback; 412 Seiten; 15,99 Euro)

Gerrit Jan Heering:
DER SÜNDENFALL DES CHRISTENTUMS.
Eine Untersuchung über Christentum, Staat und Krieg.
Aus dem Holländischen übersetzt durch Octavia Müller-Hofstede de Groot, 1930. (= edition pace | Regal: Pazifismus der frühen Kirche 4).
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN: 978-3-7693-2488-4
(Paperback; 316 Seiten; 12,99 Euro)

Antony Spiri, Markus Euskirchen, Matthias-W. Engelke,
Stefan Gehrt, Christoph Münchow, Hanns-Werner Heister,
Theodor Ziegler, Rainer Schmid (Hg.):
MILITÄRKONZERTE IN KIRCHEN?
Wissenschaftliche und theologische Beiträge sowie Erfahrungsberichte.
Norderstedt: BoD 2024. – ISBN-13: 978-3-7597-7940-3
(Paperback; 162 Seiten; 10,99 Euro)

Kurt Eisner:
TEXTE WIDER DIE DEUTSCHE KRIEGSTÜCHTIGKEIT.
Zusammengestellt von Peter Bürger – mit einem einleitenden
Essay von Volker Ullrich. (= edition pace | Regal: Pazifisten
& Antimilitaristen aus jüdischen Familien 6).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-7693-5730-1
(Paperback; 448 Seiten; 16,99 Euro)

KURT EISNER ALS REVOLUTIONÄR
UND ANKLÄGER DES DEUTSCHEN MILITARISMUS.
Ein Lesebuch – eingeleitet durch die Darstellung des Weggefährten
Felix Fechenbach. Herausgegeben von Peter Bürger, in Kooperation mit
dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Pazifisten &
Antimilitaristen aus jüdischen Familien 7).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-7693-6836-9
(Paperback 464 Seiten; 17,99 Euro)

Kurt Eisner:
REVOLTE FÜR DEN FRIEDEN
Nachlese, Erinnerung und Kontroversen.
Zusammengestellt von Peter Bürger – Mit Beiträgen von
Helmut Donat und Lothar Wieland. (= edition pace |
Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 8).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8192-2747-9
(Paperback; 404 Seiten; 16,99 Euro)

Rainer Hoffmann / Hu Qiuhua:
KEIN KRIEG IST DER BESTE KRIEG!
Das chinesische Werk „Die Kunst des Krieges“ (bingfa)
von Sunzi – dargeboten im Vergleich mit Anschauungen des
Preußen Carl von Clausewitz. (= edition pace, Bd. 32).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN 978-3-8482-5962-5
(Paperback; 104 Seiten; 6,99 Euro)

Erich Mühsam:
DAS GROßE MORDEN
Texte gegen Militarismus und Krieg.
Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation
mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 9).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-6558-7
(Paperback; 516 Seiten; 18,99 Euro)

Erich Mühsam:
JEDOCH DER MUT IST MEIN GENOSSE
Texte über Kampf und Revolution.
Zusammengestellt von Peter Bürger. Herausgegeben in Kooperation
mit dem Lebenshaus Schwäbische Alb. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 10).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4868-9
(Paperback; 312 Seiten; 13,99 Euro)

Karl Kraus:
ZUM EWIGEN GEDÄCHTNIS. TEXTE ZU KRIEG UND FRIEDEN.
Herausgegeben von Bruno Kern. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 11).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-7878-5
(Paperback 136 Seiten; 7,99 Euro)

DIE VERSÖHNUNG MIT RUSSLAND ALS AUFTRAG.
Eine Textdokumentation mit drei Beiträgen
von Ulrich Frey, Werner Krusche und Wolfram Wette.
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4884-9
(Paperback; 108 Seiten; 6,99 Euro)

Simon Bernfeld (Bearb.):
SITTLICHKEIT ALS GRUNDFORDERUNG DES JUDENTUMS.
Nach den Quellen: Gleichheit aller Menschen, Gerechtigkeit,
Nächstenliebe, Frieden, Universalismus | Auswahlband
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen
aus jüdischen Familien 12). Hamburg: BoD 2025.
ISBN: 978-3-6951-7939-8
(Paperback; 220 Seiten; 9,99 Euro)

Rosa Luxemburg:
„Nein, auf unsere Brüder schießen wir nicht!“
Der Militarismus als kapitalistische Krankheit.
Zusammengestellt und eingeleitet von Bruno Kern
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 13). Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-6951-6182-9
(Paperback; 192 Seiten; 9,99 Euro)

Joris Vercammen:
An den Frieden glauben.
Überlegungen zu Glaube, Gewalt und Frieden.
Geleit- und Nachwort von Franz Segbers.
Aus dem Niederländischen übersetzt. (= edition pace).
Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-6951-4253-8
(Paperback; 176 Seiten; 9,99 Euro)

Gustav Landauer:
Abschaffung des Kriegs durch Selbstbestimmung.
Ausgewählte Texte | 1895–1919.
Bearbeitet von Peter Bürger & Jan Rolletschek
(= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 14). Hamburg: BoD 2025. – ISBN: 978-3-8192-4282-3
(Paperback; 376 Seiten; 15,99 Euro)

Sei von den Schülern Aarons.
Ein Lesebuch über die Friedensliebe der Rabbiner.
Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal: Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 15). Hamburg: BoD 2026.
ISBN: 978-3-8192-2601-4 (Paperback; 312 Seiten; 13,99 Euro)

Umdenkschrift
zum Evangelischen Diskurs über Krieg und Frieden
Kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse.
Eine Sammlung. – Herausgegeben von Peter Bürger.
Im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland (SoKi)
und des Ökumenischen Instituts für Friedenspolitik.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6957-4347-6
(Paperback; 300 Seiten; 12,99 Euro)

UMDENKSCHRIFT II
ZUM EVANGELISCHEN DISKURS ÜBER KRIEG UND FRIEDEN.
Weitere kritische Wortmeldungen aus der EKD-Kontroverse.
Zweite Sammlung. Herausgegeben von Peter Bürger.
Im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland
und des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6957-4733-7
(Paperback; 152 Seiten; 7,99 Euro)

Magda Trocmé
EINE JUGEND AUßERHALB DER NORMEN.
Erinnerungen | Band I
Mit Begleittexten von Patrick Cabanel,
Nicolas Bourguinat und Frédéric Rognon.
Aus dem Französischen übersetzt und
herausgegeben von Gottfried Orth.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6957-1521-3
(Paperback; 312 Seiten; 14,99 Euro)

Magda Trocmé
EIN LEBEN IN WIDERSTAND UND SOLIDARITÄT.
Erinnerungen | Band II
Mit Texten von Pierre Boismorand,
Nicolas Bourguinat, Patrik Cabanel,
Olivier Hatzfeld und Frédéric Rognon.
Aus dem Französischen übersetzt und
herausgegeben von Gottfried Orth.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6957-3181-7
(Paperback; 312 Seiten; 14,99 Euro)

Egon Spiegel:
PAZIFISMUS. EIN GRUNDRISS.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6963-9380-9
(Paperback; 236 Seiten; 11,99 Euro)

GEWALT UND KRIEGSTHEOLOGIE IN DER HEBRÄISCHEN BIBEL.
Ein Lesebuch der Schalom-Bibliothek.
Mit Texten von Peter Bürger (Hg.), Friedrich Erich Dobberahn,
Jürgen Ebach, Bruno Kern, Bernhard Lang, Ansgar Moenikes,
Thomas Nauerth, Egon Spiegel & Jochen Vollmer. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 16).
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6963-9675-6
(Paperback; 400 Seiten; 16,99 Euro)

FRIEDENSBOTSCHAFTEN DER HEBRÄISCHEN BIBEL.
Erster Band – Ein Lesebuch der Schalom-Bibliothek.
Herausgegeben von Peter Bürger. (= edition pace | Regal:
Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien 17).
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6963-6247-8
(Paperback; 448 Seiten; 16,99 Euro)

UMDENKSCHRIFT III
ZUM EVANGELISCHEN DISKURS ÜBER KRIEG UND FRIEDEN.
Texte zur EKD-Kontroverse und Ökumenische Friedensstimmen.
Dritte Sammlung. Herausgegeben von Peter Bürger.
Im Auftrag der Solidarischen Kirche im Rheinland
und des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6957-8405-9
(Paperback; 436 Seiten; 16,99 Euro)

Ralf Becker, Karen Hinrichs,
Heinrich Schäfer, Theodor Ziegler:
WER FRIEDEN WILL, MUSS MIT DEM FEIND REDEN
Eine ökumenische Friedensschrift | 2026.
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6963-9825-5
(Paperback; 130 Seiten; 7,99 Euro)

Ralf Becker / Karen Hinrichs / Heinrich Schäfer / Theodor Ziegler:
IF YOU WANT PEACE, GO AND TALK TO YOUR ENEMY!
An Ecumenical Peace Treatise, 2026.
With a preface by Konrad Raiser.
(Series: edition pace, Special Edition).
Hamburg (germany): BoD 2026. – ISBN: 978-3-6967-7756-2
(Paperback; 112 pages; 7,99 Euro)

Egon Spiegel:
GEWALTFREIE SOZIALE VERTEIDIGUNG
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6967-6472-2
(Paperback; 304 Seiten; 14,99 Euro)

Stefan Zweig:
BEKENNTNISSE ZUM PAZIFISMUS.
Ausgewählte Dichtungen, Aufsätze und Vorträge 1915 – 1941.
(= edition pace | Regal: Pazifisten &
Antimilitaristen aus jüdischen Familien 18).
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6967-5208-8
(Paperback; 404 Seiten; 15,99 Euro)

Stefan Zweig:
JEREMIAS.
Nebst der Legende vom begrabenen Leuchter
und weiteren Beigaben:
(= edition pace | Regal: Pazifisten &
Antimilitaristen aus jüdischen Familien 19).
Hamburg: BoD 2026. – ISBN: 978-3-6967-7065-5
(Paperback; 340 Seiten; 14,99 Euro)

Horst Leps:
GEWISSENSBILDUNG OHNE KONTROVERSE?
Eine Kritik der EKD-Denkschrift
„Welt in Unordnung“ von 2025
(edition pace | 2026)



Jahrbuch Friedenstheologie | OekIF

TOLERANZ UND TEILHABE
Jahrbuch Friedenstheologie 2022
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7557-8011-3; Paperback; 232 Seiten; 8,99 €)

DIE REICH-GOTTES-BOTSCHAFT IN THEOLOGIE UND POLITIK
Jahrbuch Friedenstheologie 2023
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7460-9316-1; Paperback; 416 Seiten; 17,99 €)

SCHÖPFUNG – GEWALTFREIHEIT – WIDERSTAND
Jahrbuch Friedenstheologie 2024
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-7597-6904-6; Paperback; 329 Seiten; 16,99 €)

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG, KIRCHE UND PAZIFISMUS
Jahrbuch Friedenstheologie 2025
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(ISBN: 978-3-6951-1095-7; Paperback; 300 Seiten; 13,99 €)

TEXTE ZUM FRIEDENSZEUGNIS DER KIRCHEN IN DER DDR
Jahrbuch Friedenstheologie 2026
Ökumenisches Institut für Friedenstheologie
(Reservierte ISBN: 978-3-605-09683-8; 436 Seiten)